

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Fred Klinger

Die Krise des Fortschritts in der DDR

Innovationsprobleme und Mikroelektronik

Bernhard Marquardt/Emil Schmickl

Wissenschaft, Macht und Modernisierung  
in der DDR

Ralf Rytlewski/Detlev Kraa

Politische Rituale in der UdSSR und der DDR

Hans-Hermann Höhmann

Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen  
Ländern: Modell für die Sowjetunion?

B 3/87

17. Januar 1987

Fred Klinger, Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Osteuropa- und DDR-Forschung.

Bernhard Marquardt, Dr. rer. oec., Dipl.-Soziologe, geb. 1950; Studium der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften in Halle und Ost-Berlin; von 1974 bis 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität, von 1977 bis 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. stellv. Forschungsgruppenleiter an der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR am Institut für Soziologie und Sozialpolitik; Berufsverbot 1982; seit 1983 in der Bundesrepublik Deutschland, z. Zt. wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gesellschaft zur Erforschung der politischen Systeme in Deutschland e. V., Würzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Soziologie und Politik an der AdW der DDR — Fallstudie zur Entscheidungsvorbereitung der SED, Erlangen 1985; DDR — totalitär oder autoritär?, Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1986.

Emil Schmickl, Dr. rer. pol., Dipl.-Sozialwirt, geb. 1941; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Soziologie und Sozialismustheorie in der DDR, Köln 1973; Probleme und Ergebnisse der Sozialstrukturforschung in der DDR nach 1971, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/76; (zus. mit R. Schwarzenbach) Grundrechte und sozialistische Lebensweise in der DDR, in: Die DDR im Entspannungsprozeß. Lebensweise im realen Sozialismus, Köln 1980.

Ralf Rytlewski, Dr. rer. pol., Dipl. Pol., geb. 1937; Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitherausgeber) Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, Stuttgart 1983; Beiträge in Fachzeitschriften und in Handbüchern, u. a. DDR Handbuch, Köln 1985<sup>3</sup>, Staatslexikon, Freiburg 1985<sup>7</sup> ff.

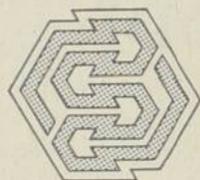
Detlev Kraa, Dr. phil., geb. 1945; Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gesellschaft zur Erforschung der politischen Systeme in Deutschland e. V., Würzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Sowjetstaat contra Verbandsinteressen. Der sowjetische Industrieverband im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik, 1922—1925, Berlin-Wiesbaden 1981; Machtverschiebungen im System der obersten Verfassungsorgane der DDR in der Honecker-Ära (in Vorb.).

Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933; Wirtschaftsreferent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Lehrbeauftragter der Universität zu Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit A. Nove und G. Seidenstecher) The East European Economies in the 1970s, London 1982; (Hrsg. m. H. Vogel) Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden 1984; (Hrsg. mit A. Nove und H. Vogel) Economics and Politics in the USSR: Problems of Interdependence, Boulder (Col.) 1986.

ISSN 0479-611 X



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Krise des Fortschritts in der DDR

## Innovationsprobleme und Mikroelektronik

### I. Vorbemerkung

Unzureichende Leistungen der Forschungspotentiale, technologische Rückstände gegenüber dem Weltmarktstandard, eine innovationsfeindliche Wirtschaftspraxis in den Betrieben und Kombinatn geben Anlaß zu der Vermutung, daß dem real-existierenden Sozialismus der DDR eine neue hausgemachte Krise bevorsteht: die Innovationskrise. Das mag sich angesichts vorweisbarer Erfolge gerade der jüngsten Wirtschaftsentwicklung wie ein vergangener Unkenruf vom Zusammenbruch des Sozialismus anhören. Doch lassen sich für die These von der Innovationskrise stich-

haltige Gründe angeben und deutliche Symptome erkennen. Im wesentlichen sind es zwei Grundtendenzen, die in ihrer Kombination einen kritischen Zustand erzeugen: einerseits die technologischen und ökonomischen Wirkungen der mikroelektronischen Revolution, andererseits die systembedingte Innovationsschwäche des zentralistischen Planungs- und Leitungssystems. Die nachfolgenden Überlegungen versuchen, das Erscheinungsbild, die inneren Zusammenhänge sowie die mutmaßlichen Auswirkungen aktueller Innovationshemmnisse nachzuzeichnen.

### II. Das Erscheinungsbild einer stillgelegten Kreativität

1985 waren rund 200000 Beschäftigte im Bereich von Forschung und Entwicklung (FE) eingesetzt, rund 60% von ihnen waren Hochschulabsolventen. Obwohl Vergleiche aufgrund der vorliegenden Daten auf Schwierigkeiten stoßen, schätzen DDR-Wissenschaftler, daß man „hinsichtlich des Anteils der für FE eingesetzten Berufstätigen im Landesmaßstab in die internationale Spitzengruppe“ aufgestiegen sei. Einem geschätzten DDR-Anteil von 1 bis 2% am Forschungs- und Wissenschaftspersonal der Welt entspricht ein Anteil von weniger als 0,4% der Weltbevölkerung. 4,7% des Nationaleinkommens, knapp 11 Mrd. Mark, wurden 1985 insgesamt für Wissenschaft und Technik bereitgestellt. 1986 wird sich diese Summe auf 11,6 Mrd. Mark belaufen<sup>1)</sup>.

Solche empirischen Befunde veranschaulichen, was selbstverständlich scheint: Eine Gesellschaft, die erheblichen Aufwand für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik treibt und auf die industrielle Nutzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse ausgerichtet ist, muß wie jede andere Industriegesellschaft auch der Bedeutung industriellen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts einen zentralen Platz einräumen (vgl. Tabelle 1).

Doch konstatieren Soziologen, Wissenschaftstheoretiker und Praktiker aus den Forschungs- und Entwicklungsbereichen ein merkwürdiges Phänomen: Man habe zwar in der DDR Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufgebaut, die sich durchaus mit ihren materiellen und personellen Ressourcen am Niveau entwickelter Industriegesellschaften messen könnten, aber diese Potentiale blieben in hohem Maße unwirksam. Ihre virtuelle Potenz müsse aktiviert, in tatsächliche ökonomisch-technische Effektivität überführt werden<sup>2)</sup>. Hierin besteht, so die nahezu übereinstimmende Kritik neuerer wissenschaftstheoretischer und soziologischer Untersuchungen, die entscheidende Herausforderung der weiteren Entwicklung.

Das Wort vom „Mittelmaß“ wird bemüht, wenn es darum geht, den aktuellen Zustand und die Malaise vorhandener Forschungs- und Entwicklungskollektive zu beschreiben. Bei einer Untersuchung von 442 Hoch- und Fachschulkadern und 92 Kollektivleitern wurde beispielsweise festgestellt, daß sich insbesondere in der Altersgruppe der unter dreißigjährigen Wissenschaftler

<sup>1)</sup> Zu den angegebenen Daten vgl. Neues Deutschland vom 30.12.1985, S. 3, und: Intensivierung der Forschung. Bedingungen, Faktoren, Probleme (Autorenkollektiv), Berlin (Ost) 1984, S. 158.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa: Ökonomische und soziale Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Autorenkollektiv), Berlin (Ost) 1986, S. 260.

**Tabelle 1: Ausgaben und Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung in der DDR 1971—1985<sup>3)</sup>**

| Aufwand/Beschäftigte                                  | Zeitraum  | Umfang             |
|---|-----------|--------------------|
| Ausgaben für Wissenschaft und Technik                 | 1971—1975 | 24 101,2 Mio. Mark |
|   | 1976—1980 | 31 188,4 Mio. Mark |
|   | 1981—1985 | 43 645,6 Mio. Mark |
| Anteil der Ausgaben am produzierten Nationaleinkommen | 1971—1975 | 3,5%               |
|   | 1976—1980 | 3,6%               |
|   | 1981—1985 | 4,1%               |
| Beschäftigte insgesamt                                | 1970      | 123 000            |
|   | 1980      | 182 000            |
|   | (1985)    | ca. 200 000        |
| hierunter Absolventen von Hoch- und Fachschulen       | 1970      | 64 000             |
|   | 1980      | 113 000            |
|   | (1985)    | ca. 120 000        |

eine signifikante „Konzentration mittelmäßiger Leistungen“ zeige<sup>4)</sup>. Solche Ergebnisse, die in den hochaggregierten offiziellen Statistiken verschwinden, erhält man freilich erst durch genauere soziologische Analysen, die naturgemäß auch quantitativen Beschränkungen unterliegen. Anonyme Befragungen von Führungskräften in Forschungs- und Entwicklungsbereichen der DDR ergaben, daß diese „bemerkenswert oft“ der Ansicht waren, daß ihre Mitarbeiter für For-

schungszwecke „nicht geeignet“ seien. Leitungskader müssen in der DDR für ihre Mitarbeiter regelmäßig schriftliche Leistungsbewertungen anlegen. Als man nun diese anonymen Befragungen mit den offiziellen Leistungsbewertungen verglich, wurde derselbe Mitarbeiterstamm regelmäßig mit Bewertungen wie „Spitzenkraft“ oder „sehr gute Forscher“ eingestuft<sup>5)</sup>. Wie es scheint, gilt auch für die Forschungs- und Entwicklungsbürokratie der DDR, was für ähnliche Organisationen in aller Welt zutrifft: Sie erzeugen überhaupt erst jene Oberflächenbefunde scheinbarer Meßwerte und fiktiver Daten, die sie dann mit großem Aufwand, Kompetenzansprüchen und statistischem Eifer zu verwalten versuchen.

<sup>3)</sup> Eigene Berechnungen; Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, Berlin (Ost) 1985; verschiedene Jahrgänge der „Einheit“ und des „Neuen Deutschland“.

<sup>4)</sup> Marie-Luise Fieberkorn, Zu einigen Problemen der altersspezifischen Ausprägung des Leistungsverhaltens bei Forschungs- und Entwicklungskadern in der Industrie, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden zitiert: SID), 19 (1983) 6, S. 51.

<sup>5)</sup> Günther Boring (Konferenzbericht), Wissenschaftliche Arbeitstagung zu „Probleme der politisch-ideologischen Führung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, in: SID, 21 (1985) 3, S. 61.

### III. Entscheidungscentralismus und Innovationsprozeß

Während der Gesamtdauer der jährlichen Planerstellung kommt es auf allen Stufen der Leitungspyramide in horizontaler wie vertikaler Richtung zu vielfältigen Koordinations-, Korrektur- und Kontrollprozessen, die bis in den genossenschaftlichen oder kommunalen Bereich hineinreichen (vgl. Schaubild). Aber die hierbei gegebene *funktionale Selbständigkeit* der Teilsysteme (Betriebe, Kombinate, staatliche Instanzen usw.) ist niemals eine prinzipielle, qualitative Entscheidungsautonomie, sondern immer daran gebunden, einen vorgegebenen Rahmen effektiv auszufüllen und festgelegte Ziele nach Maßgabe konkreter Bedingungen umzusetzen. Schon zu Beginn der Planperiode sind die sogenannten *staatlichen Planaufgaben*, die den Betrieben, Kombinat und anderen Organen als Grundlage zur Erarbeitung eigener Planentwürfe dienen, Vorgaben, die im Grundsatz nicht mehr verändert werden können. Bereits sie gelten nämlich als „verbindliche Mindestziele für die zu erreichenden Leistungen“<sup>7)</sup>.

Diese Organisationsprinzipien des *demokratischen Zentralismus* bauen auch heute noch auf den klassischen Vorstellungen Lenins auf, der das Avantgardemodell der bolschewistischen Partei und seine (bisweilen) verklärenden Auffassungen von fabrikmäßiger Disziplin auf den Gesamtbereich staatlicher Planung und Leitung ausgedehnt hatte. Lenin zufolge müssen Leitung und arbeitsteiliges Zusammenwirken der Teilmglieder die „strengste *Einheit des Willens*“ gewährleisten<sup>8)</sup>.

Insbesondere für Innovationsprozesse hat diese Hierarchie von Erfüllungsprozeduren gravierende Folgen. Denn wer innerhalb dieses Systems den Steuermann steuert, bleibt prinzipiell ungeklärt. Selbst wenn inzwischen vorausgesetzt werden darf, daß die Formulierung sogenannter „objektiver gesellschaftlicher Erfordernisse“ in den staatlichen Planaufgaben nach allen Regeln wissenschaftlicher Expertise erfolgt, so verstößt doch die Funktionslogik des gesamten Planungsablaufs gegen elementare kybernetische Erkenntnisse, wie sie übrigens von seiten der Fachwissenschaft auch in der DDR schon in den sechziger Jahren hervorgehoben wurden<sup>9)</sup>. Danach müßte

nämlich bereits die Zielbestimmung und nicht erst die Erfüllungsprozedur das Ergebnis eines *offenen dialogischen Prozesses* sein, der eine Vielzahl wirksamer Feed-back-Impulse reguliert und verarbeitet. In diesem Sinne wäre aber das Steuerungszentrum aus Partei und wirtschaftsleitenden Organen an der Spitze kein autonomes Führungsorgan, das gleich einem Puppenspieler die Marionetten der Wirtschaftseinheiten an dirigierenden Fäden zieht, es wäre vielmehr in seiner Entscheidungsfindung *selbst durch die nachgeordneten Teilsysteme gesteuert*.

Solche Überlegungen mögen aus fachwissenschaftlicher Sicht noch so berechtigt erscheinen — im Kern stoßen sie an die grundlegenden Herrschaftsprinzipien des politischen Systems. Denn dieses System ist gemäß dem — nicht zufällig dogmatisierten — Leninschen Schema darauf ausgerichtet, den universellen Zugriff auf alle relevanten gesellschaftlichen Belange zu wahren<sup>10)</sup>. Eben deshalb gilt für die Steuerung von Innovationsprozessen, was für die Planung und Leitung des Wirtschaftsgeschehens schlechthin gilt: die deterministische Festlegung der Planziele und der einheitliche, steuernde Zugriff von oben<sup>11)</sup>. So besteht in den Forschungs- und Entwicklungsplänen (der „Staatsplan“ bzw. die „Pläne Wissenschaft und Technik“) die nachhaltige Tendenz, die jeweilige Aufgabenstellung als zu erwartendes Ergebnis festzulegen und dieses schließlich als planmäßiges Resultat auch entsprechend abzurechnen.

Die Kontrolle der Zukunft scheint perfekt. Man weiß schon im Vorgriff, was man eigentlich wissen möchte. Das mag wie eine ungläubwürdige Vereinfachung der DDR-Planungspraxis erscheinen, deckt sich aber im Grundsatz mit den kritischen Einwänden verschiedener DDR-Autoren. So wird in einer Studie „Intensivierung der For-

---

Planung von kybernetischen Systemen, in: Technikfolgen und sozialer Wandel, Köln 1981, S. 225 ff.; populärwissenschaftlich ders., Neuland des Denkens, München 1984, hier insbesondere Kapitel 1 u. 2; in der DDR begann die kybernetische Diskussion v. a. unter dem Einfluß der grundlegenden Arbeiten von Georg Klaus. Sein erstes Buch, Kybernetik in philosophischer Sicht, Berlin (Ost), erschien bereits 1961. Kybernetische Auffassungen prägten insbesondere die Vorstellungen der Zeit der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren. Mit dem Machtantritt Honeckers 1971 wurden kybernetische Vorstellungen aus der offiziellen Leitungs- und Planungslehre verbannt.

<sup>10)</sup> Georg Brunner spricht hier zutreffend von der „Kompetenzkompetenz“ der führenden kommunistischen Partei. Vgl. seine Studie: Politische Soziologie der UdSSR, Teil II, S. 188.

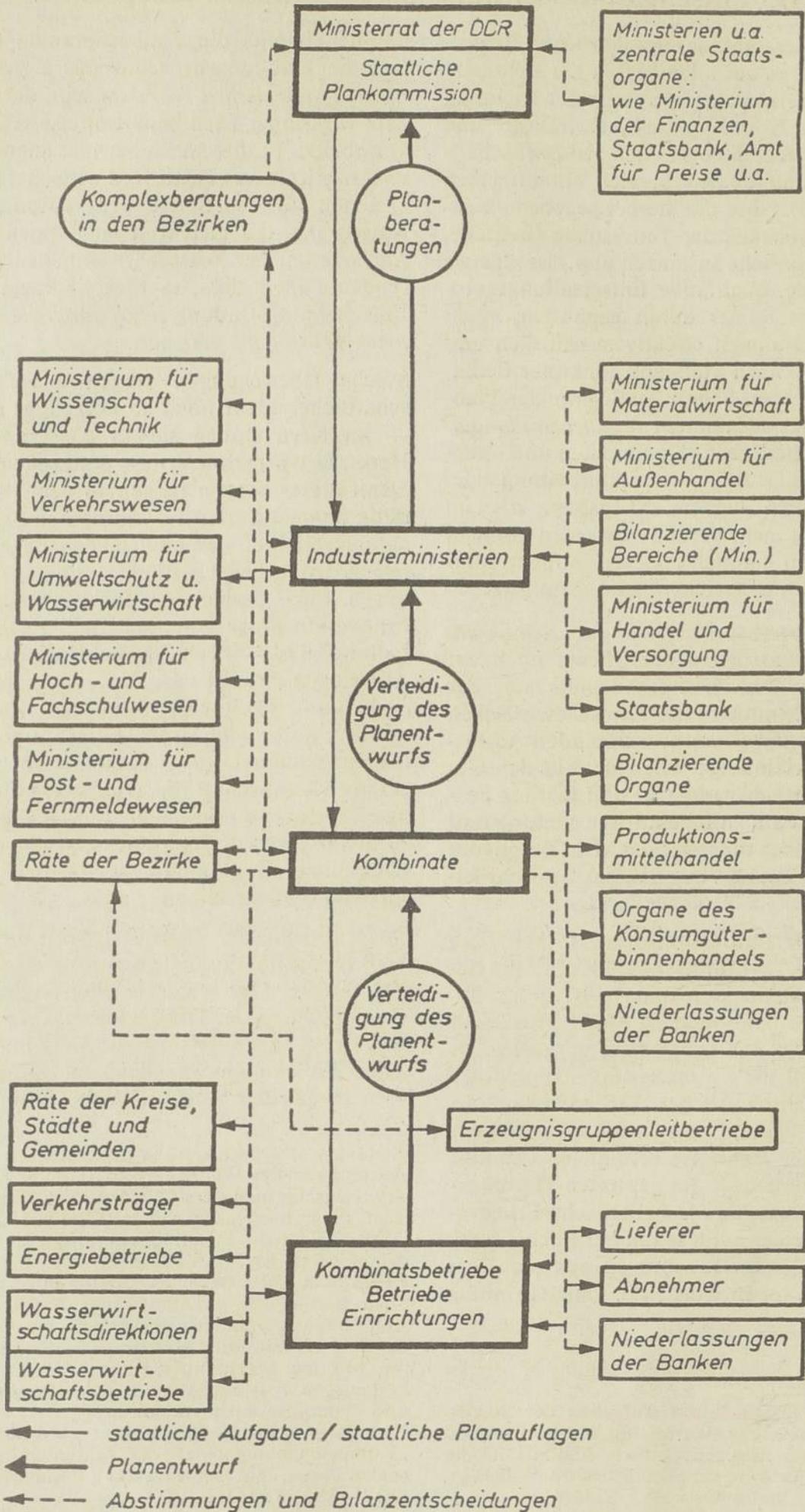
<sup>11)</sup> Vgl. Günter Lauterbach, Technischer Fortschritt und Innovation, Erlangen 1982, S. 44 ff.

<sup>7)</sup> Sozialistische Volkswirtschaft. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1983, S. 132.

<sup>8)</sup> W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin (Ost) 1970, S. 763; zum heutigen Selbstverständnis in der DDR vgl. etwa: Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1983, S. 40 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. Frederic Vester, Das Biokybernetische Sensitivitätsmodell. Eine Methode zur adäquaten Erfassung und

Schaubild: Prozeß der Planerstellung in der DDR<sup>6)</sup>



<sup>6)</sup> Schaubild aus: Sozialistische Volkswirtschaft. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1983, S. 129.

schung“ darauf verwiesen, daß Forschungsprozesse als sich *entwickelnde Systeme* begriffen werden müßten. Das heißt als Systeme, die einerseits genügend offen angelegt sein müßten, um spontanen, unvorhergesehenen Entwicklungen Rechnung zu tragen, und die andererseits entsprechend flexibel sein müßten, um auf selbstregulierte Weise — wenn erforderlich — Forschungspotentiale zu verlagern und Problemschwerpunkte zu modifizieren<sup>12)</sup>. Mit anderen Worten: Wohlformulierte und festgelegte Aufgabenstellungen in Forschungsplänen (Wissenschafts- und Technikplänen) können bestenfalls bereits *verfügbares Wissen* aufbereiten oder absehbare Ergebnisse vorwegnehmen. Für die Erzeugung *neuer Ideen* sind solche Planungsprämissen ungeeignet. Eine solche „eingeeengte Auffassung“ der Forschungsplanung sei, wie die Autoren der Forschungsstudie einräumen, „noch“ in der Praxis anzutreffen. Von ihr müsse man sich „entschie-

den ... distanzieren“, da sich die „Forschungsplanung“ dann „auf die Vorausplanung absehbarer Resultate (reduzieren)“ würde. „Die Konsequenz einer derartigen Auffassung ist, daß das Unvorhersehbare, die fundamental neuartige Idee, das in höchstem Grade Kreative neben der Planung steht. ... Wenn aber Forschungsplanung praktisch auf die Programmierung des Absehbaren beschränkt bleibt, dann organisiert sie ... tatsächlich den Nachtrab.“<sup>13)</sup>

Man hat in der DDR erkannt, daß mit vorgegebenen ökonomischen und technischen Parametern in den wissenschaftlich-technischen Plänen bestenfalls „internationale Durchschnittswerte“ zu erreichen sind<sup>14)</sup>. Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die „auf der Basis ‚sicher‘ realisierbarer Lösungen“ aufgebaut werden, „transformieren Mittelmaß in die Zukunft und bedeuten ökonomischen Prestigeverlust auf dem Weltmarkt“<sup>15)</sup>.

#### IV. Fehlsteuerungen und Rückstand in der Mikroelektronik

Zentralistische Systeme erliegen leicht der Gefahr von Fehlsteuerungen. Denn innerhalb des Systems gibt es keine ausreichend wirksamen Mechanismen zur Korrektur einmal getroffener Entscheidungen, wenn diese sich als Fehlorientierung erweisen sollten. Da alles auf die gesellschaftlich bedeutsamen Entscheidungen im Führungszentrum der SED und der von ihm kontrollierten Staatsorgane ausgerichtet ist, hängt die positive Gesamtentwicklung in hohem Maße davon ab, ob die Zentrale die richtigen Entscheidungen zum rechten Augenblick trifft. Dafür aber gibt es keinerlei Garantien, wie sich am Beispiel der Mikroelektronik in der DDR veranschaulichen läßt.

Die mikroelektronische Entwicklung ist in diesem Zusammenhang besonders aussagekräftig, weil zum einen durch diese Basistechnologie und die Fähigkeit zu ihrer Beherrschung mittelfristig das ökonomische Schicksal ganzer Gesellschaften entschieden wird und weil zum anderen die DDR auf diesem Gebiet schon seit den fünfziger Jahren kein Neuling mehr war. Namhafte Industriepotentiale der Büromaschinenindustrie wie das Büromaschinenwerk Sömmerda, heute u. a. Hersteller des ersten DDR Personalcomputers, waren nämlich aus der Erbmasse des Dritten Reichs übernommen worden. So gelang es bei-

spielsweise 1955 im VEB Carl Zeiss Jena, erstmals einen programmgesteuerten Rechner der ersten Generation zu entwickeln<sup>16)</sup>. Insbesondere in der Reformphase ab 1963 mit ihrer prononcierten Orientierung auf die Entfaltung aller Triebkräfte der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die mikroelektronische Industrie zu entwickeln. Allerdings mit begrenztem Erfolg: Bereits zum Ende der Ära Ulbricht hatte man den Anschluß an die Entwicklung von Computern der dritten Generation (d. h. auf der Grundlage von integrierten Schaltkreisen) verloren<sup>17)</sup>. Der gerätetechnische Rückstand zum Weltstandard betrug zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich bereits drei bis vier Jahre.

Die entscheidende Weichenstellung zur Kurskorrektur wurde aber erst 1977 auf dem 6. ZK-Plenum der SED eingeleitet, das nunmehr den forcierten Ausbau der Mikroelektronik vorsah. Im gleichen Jahr bot der US-Hersteller Commodore

<sup>13)</sup> Ebd., S. 308.

<sup>14)</sup> Gundula Barsch, Stimulierung und Leistungsverhalten, in: SID, 19 (1983) 5, S. 33.

<sup>15)</sup> Heinz Großer/Cornelia Zanger, Pflichtenheft und Leistungsbewertung in Forschung und Entwicklung, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft, 28 (1984) 6, S. 407.

<sup>16)</sup> Vgl. dazu die ausführliche Studie von Klaus Krakat, Der Weg zur dritten Generation. Die EDV-Entwicklung in der DDR bis zum Beginn der siebziger Jahre, in: FS-Analysen, (1976) 7.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 53 ff.

<sup>12)</sup> Vgl. Intensivierung der Forschung (Anm. 1), S. 309 ff. und passim.

bereits einen fertigen Kleincomputer mit Rechner, Tastatur, Bildschirm und Kassettenlaufwerk für den Massenverbrauch an. Bereits sechs Jahre zuvor war einem der heute führenden US-Hersteller für Mikroprozessoren — der Firma Intel — ein sensationeller Durchbruch gelungen: Erstmals stellte man einen Mikroprozessor, d. h. die Zentraleinheit eines Computers, integriert auf einem einzigen Chip, vor<sup>18</sup>). Um die seit Mitte der siebziger Jahre einsetzende lawinenartige Entwicklung der Mikroelektronik zu verdeutlichen: Allein in der Bundesrepublik Deutschland stieg der Produktionswert der Elektronikbranche von 1975 bis 1980 um mehr als 25% auf 4,4 Mrd. DM<sup>19</sup>).

Verschiedentlich wird in der DDR eingeräumt, daß man die Dynamik dieser westlichen Entwicklung unterschätzt habe<sup>20</sup>). Das kann kaum überzeugen. Denn die allgemeinen Tendenzen der Technologie-Entwicklung waren zum einen schon längst von Fachwissenschaftlern in der DDR (und auf Blockebene) vorausgesagt worden, und sie waren angesichts der Expansion der westlichen Elektronikindustrie und ihres Innovationstempos selbst für Laien erkennbar. Viel wahrscheinlicher scheint eine andere Erklärung, nämlich die relative Schwerfälligkeit und die langen Reaktionszeiten des zentralistischen Entscheidungssystems, das genau in der Phase, in der es auf grundlegende Weichenstellungen angekommen wäre, mit ganz anderen Problemen befaßt war: Walter Ulbricht wurde abgelöst. Erich Honecker mußte seine eigene Machtposition konsolidieren und politisch initiativ werden. Mit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurde eine neue Strategie der Sozialpolitik eingeleitet. Die Erfolge der neuen Ostpolitik der damaligen sozialliberalen Bundesregierung zwangen die SED, sich auf eine völlig veränderte Lage einzustellen — eine Situation, die Ulbricht noch zu verhin-

<sup>18</sup>) Allgemeine geschichtliche, technologische und sozio-ökonomische Zusammenhänge der Mikroelektronik sind mittlerweile in einer Vielzahl spezialisierter und populärwissenschaftlicher Literaturen verfügbar und werden hier nicht mehr gesondert zitiert. Besonders erwähnt seien folgende Studien mit ein führendem oder Handbuchcharakter: Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft, Hamburg 1984; Stefan M. Gergely, Mikroelektronik, München 1985; Ray Curnow/Susan Curran, Das rororo Computerbuch, Hamburg 1985.

<sup>19</sup>) Zitiert nach Ulrich Briefs, Die informationstechnologische Entwicklung und die Zukunft von Arbeit und Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen, (1986) 3, S. 251.

<sup>20</sup>) Vgl. etwa Rudolf Heinze, Größere Flexibilität der Produktion — eine wichtige Voraussetzung für steigende Leistungen, in: Presseinformationen, Berlin (Ost), (1983) 149, S. 2.

dern gehofft hatte<sup>21</sup>). Diese ungenügende Reaktion (denn die mikroelektronische Industrie wirtschafterte ja im „Normalbetrieb“ weiter) hat zu erheblichen Rückständen in einer Reihe von mikroelektronischen Erzeugnisstandards gegenüber der Weltmarktentwicklung geführt.

Will man diesen Rückstand abschätzen, dann stellt sich die Frage nach den Kriterien und darüber hinaus nach der Aussagekraft entsprechender Befunde, die je nach angelegten Vergleichsmaßstäben sehr unterschiedlich ausfallen können. Technologievergleiche beziehen sich häufig auf gerätetechnische Leistungsmerkmale, was den Vorteil hat, daß bestimmte Gebrauchswerteigenschaften eines Erzeugnisses durch technische Parameter (Masse, Geschwindigkeit, Genauigkeit usw.) vergleichbar werden. Solche Merkmale sind für die Einschätzung technologischer Entwicklungen zwar ein wichtiges Kriterium, aber sie beleuchten immer nur einen Aspekt einer in Wahrheit viel komplexeren technologischen Wirklichkeit. Bedeutsam ist etwa auch die Fähigkeit eines sozialen Systems, neue Erkenntnisse rasch zu verallgemeinern, also die *Diffusion* von Innovationen zu gewährleisten. Ferner bildet die soziale *Adaptionsfähigkeit* einer Gesellschaft oder bestimmter Berufsgruppen an den technischen Wandel einen entscheidenden Gesichtspunkt des allgemeinen technologischen Niveaus.

Emmanuel Mesthene verweist beispielsweise darauf, wie durch eine Reihe institutioneller und mentaler Faktoren der Einsatz von computerisierten Lernmaschinen, Unterricht in Systemanalyse u. a. in den USA gegen Ende der sechziger Jahre effektiv verhindert wurde, obwohl die gerätetechnischen und curricularen Voraussetzungen längst gegeben waren<sup>22</sup>). Vergleichbar ist ein Sachverhalt, den der DDR-Ökonom Hausteil Mitte der achtziger Jahre bei seinen Untersuchungen zu Rationalisierungsmaßnahmen im Industriebereich feststellte: Vorhandene Möglichkeiten der automatisierten Produktionsvorbereitung wurden nämlich nicht genutzt, weil die hier konzentrierten Leitungskader der modernen Informationstechnik ablehnend gegenüberstehen. Fehlende Kenntnisse in Informatik, Unklarheiten über ihren ökonomischen und technologischen Nutzen, aber auch die — insbesondere bei Akademikern verständliche — „Scheu und Bild-

<sup>21</sup>) Vgl. hierzu die bestechende Analyse von Ernst Richert, Zwischen Eigenständigkeit und Dependenz. Zur Wechselwirkung zwischen Gesellschafts- und Außenpolitik in der DDR, in: Deutschland Archiv, 7 (1974) 9, S. 972 ff.

<sup>22</sup>) Vgl. Emmanuel G. Mesthene, Technological Change. Its Impact on Man and Society, Cambridge (Mass.) 1970, S. 21 ff.

schirmangst“ sagen hier bisweilen mehr über technologische Entwicklungsniveaus aus als Neuvorstellungen auf der Leipziger Frühjahrsmesse<sup>23</sup>). Würde man solche sozialen Indikatoren als Vergleichspunkt wählen, dann entspräche die DDR vermutlich dem Entwicklungsniveau der USA vor zehn Jahren. Wenn im weiteren einige gerätetechnische Vergleiche angestellt werden, dann mögen solche Einschränkungen und Vorbehalte den Blick für die Relativität der Aussagen schärfen.

Als Vergleichsbereich wird der Sektor der Mikrocomputer gewählt, der für das Niveau der „Elektronisierung“ einer Gesellschaft besonders aussagekräftig ist. Denn der Mikrocomputer bewirkte überhaupt erst den Übergang zur Breitenanwendung der Mikroelektronik. Hätte sich die mikroelektronische Revolution allein im Bereich der großen Rechenanlagen abgespielt, dann wären die sozialen und ökonomischen Effekte der Elektronisierung vermutlich sektoriell begrenzt geblieben. Durch die kleinen und zunehmend leistungsstärkeren Mikrocomputer erschloß sich aber ein ungeheuer breiter Nutzungsbereich für autonome (d. h. unabhängig von der großen EDV-Anlage) Anwendungen in kleinteiligen Strukturen, die dadurch besonders an Flexibilität, Reaktionsvermögen und Verarbeitungskapazität gewannen. Für 1986 schätzt eine Diebold-Studie den Verkauf von Mikrocomputern allein in der Bundesrepublik auf rund 800 000. Zum Vergleich: Insgesamt wurden 1985 in der DDR rund 34 000 Mikrocomputer hergestellt, womit der volkswirtschaftliche Gesamtbestand zu Beginn des Jahres 1986 bestenfalls bei 80 000 bis 90 000 Einheiten gelegen haben dürfte<sup>24</sup>).

Vorsichtig geschätzt, beträgt gegenwärtig der gerätetechnische Rückstand der DDR auf dem Sektor der Mikrocomputer gegenüber den Erzeugnisstandards führender westlicher Länder etwa fünf Jahre und mehr. Differenzierte Niveauunterschiede ergeben sich vor allem insofern, als auch die westlichen Industriestaaten (einschließlich Japans) in ihrer Technologieentwicklung ein heterogenes Bild aufweisen. Aber als Faustregel kann gelten, daß die DDR technologisch gesehen mehr als eine Computergeneration zurückhinkt. Einige typische Merkmale ergeben folgendes Bild: Der noch vorherrschende Ausrüstungsstandard bei Mikrocomputern sind in der DDR 8-Bit-Prozes-

soren, wie sie in der Bundesrepublik bei den ersten Personalcomputern zu Beginn der achtziger Jahre Verwendung fanden und wie sie auch heute noch auf westlichen Märkten bei einfachen Geräten wie Hobbycomputern gebräuchlich sind. Professionellen Standards genügen sie allerdings kaum noch, da moderne Softwareprodukte — sei es für die Büroautomation oder im ingenieurtechnischen Bereich — Prozessoren mit einer Wortlänge von 16 Bit und mehr voraussetzen<sup>25</sup>). Solche Prozessoren lösten die Familie der 8-Bit-Geräte seit etwa 1982 ab. In der DDR ist ein Mikrocomputer mit 16 Bit Verarbeitungsbreite auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1985 vorgestellt worden. Ein Jahr zuvor gab es einen entsprechenden Prozessor bereits als Messeexponat<sup>26</sup>). Vergleicht man den ebenfalls seit 1984/85 verfügbaren Personalcomputer aus Sömmerda mit westlichen Produkten, so entsprechen seine technischen Leistungsmerkmale (Prozessortyp, Speicherkapazität, Peripheriegeräte wie Monitor usw.) in etwa jenen Geräten, wie sie international seit Beginn der achtziger Jahre verfügbar waren.

Auf dem Gebiet der Speicherchips zeigt sich ein ähnliches Bild. 256-Kilobit-Chips wurden auf westlichen Märkten seit 1984 angeboten. Solche sehr hoch integrierten Speicherbausteine könnten beispielsweise bis zu 16 Seiten eines normalen Schreibmaschinentextes aufnehmen (bzw. eine vergleichbare Zeichenmenge), was wiederum zu einer erheblichen Kapazitätserweiterung (bei gleichzeitiger Miniaturisierung) bei handelsüblichen Mikrocomputern führte. Jüngere Softwareprodukte, wie etwa professionelle Textverarbei-

<sup>25</sup>) Zur knappen Erläuterung: Bis zum Anfang der achtziger Jahre gehörten 8-Bit-Prozessoren zum industriellen Standard. 8-Bit (oder 1 Byte) bedeutet dabei, daß der Prozessor „Worte“ in der Länge von acht Bit, also ein Muster, bestehend aus acht Zeichen (entweder „0“ oder „1“), verarbeiten kann. Bei einem 8-Bit-Muster ergeben sich 256 (nämlich  $2^8$ ) verschiedene Kombinationsmöglichkeiten dieser acht Bits. Mehr Sachverhalte lassen sich also in dieser Konfiguration nicht bezeichnen (d. h. in einer festgelegten Abfolge von „0“ und „1“ codieren). Der Prozessor kennt daher auch nur 256 Codes, um bestimmte Instruktionen auszuführen, z. B. Darstellung eines Buchstaben, Speichern von Daten, arithmetische Operationen u. dergl. mehr. Instruktionen setzen sich zumeist aus mehr als nur einem „Wort“ zusammen, und entsprechend verringert sich auch die Anzahl verschiedener Instruktionen, die der Prozessor erkennen und bearbeiten kann. Bei heute bereits verfügbaren Mikrocomputern mit 32-Bit-Wortlänge wird die Leistungsfähigkeit einer kleinen Rechenanlage erreicht. Prozessoren mit 16-Bit-Wortlänge gehören zum durchschnittlichen Niveau für professionelle Zwecke.

<sup>26</sup>) Vgl. Rechen- und Datenverarbeitung (im folgenden: R & D), 22 (1985) 5, S. 26 f., und Klaus Krakat, Technologiefortschritt durch Elektrotechnik und Elektronik, in: FS-Analysen, (1984) 6, S. 81.

<sup>23</sup>) Heinz-Dieter Hausteil, Zeitfaktor und Effektivität in der Phase der Produktionsvorbereitung, in: Wirtschaftswissenschaft, 32 (1983) 2, S. 203.

<sup>24</sup>) Vgl. Gerhard Merkel, Mikroelektronik — eine Herausforderung an jedes Kombinat, in: Einheit, 41 (1986) 6, S. 517.

tungs-, Kalkulations- oder Graphikprogramme, setzen beispielsweise Speicherkapazitäten voraus, wie sie in der DDR erstmals mit dem neuen Arbeitsplatzcomputer A 7100 (mit 16-Bit-Prozessor) im Frühjahr 1985 vorgestellt wurden. Nach Pressemitteilungen sollte das DDR-Kombinat VEB-Mikroelektronik 256-Kilobit-Speicherchips ab 1986 in Serie produzieren, aber dieses Planziel wurde offensichtlich nicht erreicht<sup>27)</sup>. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß gerade die Serienproduktion nochmals erhebliche technologische Probleme schafft und damit Zeit kostet. Das Nachfolgeprodukt, der 1-Megabit-Speicher, ist als Laborprodukt beispielsweise im Westen schon seit Ende 1984 verfügbar. Aber erst seit Mitte dieses

Jahres wird dieser Chip von IBM in Sindelfingen und Burlington/USA in Serie produziert. Beim bundesrepublikanischen Hersteller Siemens wird das ab 1987 der Fall sein. Derzeit wird bei diesem Unternehmen die Serienproduktion noch in Probeläufen getestet<sup>28)</sup>. Wenn Erich Honecker erst unlängst im Kombinat Carl-Zeiss Jena die „Strukturen eines Megabitspeichers“ durchs Mikroskop bewundern konnte, dann besagt das für sich genommen recht wenig<sup>29)</sup>, nicht einmal, ob es sich hierbei um einen produktionsfähigen Prototypen gehandelt hat. Zumindest ist man im Konkurrenzkombinat Mikroelektronik in Erfurt noch damit beschäftigt, die Technologie des Vorgängerprodukts zu beherrschen.

## V. Isolierte Prioritätenbildung und Desorganisation

Unter den herrschenden Bedingungen einer längst überholten, mechanistischen Planungsphilosophie, die auf determinierbare Ursache-Wirkung-Beziehungen abzielt, sind spontane Anpassungs- und Neuerungsprozesse, die das Gesamtsystem in seinen Teilbereichen auf vielfältige Weise gewissermaßen „bereithält“, weitgehend ausgeschlossen. Gerade bei elementaren Innovationen ist aber in der Regel nicht absehbar, wie vielfältig die Vernetzungen mit anderen Teilsystemen sind und zu welchen Fernwirkungen sie führen.

Um das zu verdeutlichen: Als beispielsweise Ende 1974 in den USA in der Zeitschrift „Popular Electronics“ zum ersten Mal für Elektronikenthusiasten ein Computerbausatz namens „Altair“ angeboten wurde, war überhaupt noch nicht absehbar, daß damit die Geburtsstunde des Mikrocomputers geschlagen hatte<sup>30)</sup>. Für den „Altair“ ging unerwartet binnen weniger Tage eine Flut postalischer Bestellungen ein. Und ebenso wenig absehbar waren spontane Resonanz- und Anpassungsprozesse, die eine ganze Infrastruktur sozialer, kommunikativer und ökonomischer Zusammenhänge erzeugten. So entstand in kürzester Zeit ein Markt für Zubehör und neue, verbesserte Baugruppen. Erste Computerläden wurden eröffnet. Das Kommunikations- und Infor-

mationsbedürfnis einer neuen Gruppe von Verbrauchern und Herstellern lag gewissermaßen in der Luft. Die Zeitschrift „Byte“, damals die erste populär aufgelegte Fachzeitschrift für Kleincomputer, verwertete und organisierte mit schlagendem Erfolg diese neuen Bedürfnisprofile. Gut ein Jahr später gab es, wie Curnow und Curran schreiben, „mindestens 30000 Hobbycomputer und 300 Computerfachgeschäfte in den USA; Byte besaß eine Auflagenstärke von 100000 Exemplaren. Kleincomputer hatten Fuß gefaßt“<sup>31)</sup>.

Dieses Beispiel mag verdeutlichen, wie problematisch dirigistische Planungsstrategien und Steuerungsmethoden zumindest dann sind, wenn es um *komplexe Innovationsprozesse* und ihre gesellschaftliche Verbreitung geht. Denn in der Tat hätte diese Infrastruktur aus Kommunikation, Service, Herstellerangeboten und Anwenderbedürfnissen, die sich im Prozeß einer fortlaufenden Ideenbildung und Anpassung wechselseitig hochschaukelten, in ihren wesentlichen Elementen vorausgesehen werden müssen. Da dies unrealistisch ist, bleibt de facto nur der steuernde Eingriff von oben, der wiederum zu *isolierten Prioritätenbildungen* und *linearen Planungsprozeduren* führt. Es entsteht die trügerische Optik einer durchgängigen Planbarkeit, die in Wahrheit fortlaufend versagt. Die Folgen sind dann — wie in der DDR — die „tausend kleinen Dinge“, an denen es fortlaufend mangelt: Wohnanlagen ohne ausreichendes Telefonnetz, Automobilproduktionen ohne genügende Servicebereiche und Ersatzteile und eigengefertigte Computersysteme,

<sup>27)</sup> Neues Deutschland vom 16. 1. 1986, S. 3. Vgl. auch: Reise ins andere Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 87.

<sup>28)</sup> Vgl. Axel Hacke in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 5. 1986, S. 3.

<sup>29)</sup> R & D, 23 (1986) 7, S. 2.

<sup>30)</sup> Vgl. Ray Curnow/Susan Curran, Das rororo Computerbuch, Hamburg 1985, S. 126.

<sup>31)</sup> Ebd., S. 127

ohne ein entsprechend differenziertes und qualitativ anspruchsvolles Softwareangebot<sup>32</sup>). Gerade dieser letzte Aspekt wirft ein charakteristisches Schlaglicht auf die desorganisierenden Folgen linearer Planungs- und Steuerungsstrategien, die zwar einseitig Prioritäten durchsetzen können, aber dabei den ganzen Komplex miteinander verzahnter Komplementärbereiche außer acht lassen. Die besten Rechnerproduktionen sind nutzlos, wenn es an der entsprechenden Software mangelt. Computer (Hardware) ohne Software sind wie Plattenspieler ohne Schallplatten.

Offenkundig mangelt es in der DDR in jeder Hinsicht an einer entwickelten Infrastruktur von spezialisierten Softwareproduzenten, die für den allgemeinen Bedarf produzieren. Dementsprechend entwickelte jeder Anwender von Datenverarbeitungsgeräten — in der Regel die Kombinate und Betriebe, größere wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden u. ä. —, sofern er sich dazu in der Lage sah, seine eigene Software<sup>33</sup>). Die Philosophie der Improvisation gebot: selber machen. Das führte notwendigerweise dazu, daß recht bald ein unübersehbares Wirrwarr selbstgebastelter Softwareerzeugnisse entstand und häufig für identische Anwenderzwecke voneinander isolierte Parallelarbeiten erfolgten. Jeder Hersteller produzierte für seinen speziellen Eigenbedarf, während anspruchsvolle Standardsoftware mangels Ressourcen und wegen des damit verbundenen Zeitaufwands nicht entwickelt wurde. So gibt es beispielsweise auf dem Gebiet der Büroautomatisierung allein 240 bis 260 verschiedene Softwareerzeugnisse für Lohn- und Gehaltsbearbeitungen (zugeschnitten für größere Datenverarbeitungsanlagen und Kleinrechner), bei denen es sich in der Regel offenbar um einfache Programme handelt, die für den Eigenbedarf entwickelt wurden. „Anspruchsvollere Lösungen“ wür-

den hingegen — so das Fachorgan „Rechentchnik und Datenverarbeitung“ —, „oft fehlen“<sup>34</sup>). Personell und gerätetechnisch gut ausgestattete EDV-Anwender mögen sich in dieser Situation noch mit Improvisationstalent zu behelfen wissen, obwohl es sehr wahrscheinlich sein dürfte, daß auch hier mangels professioneller Software die vorhandene Hardware nur unzureichend ausgenutzt wird<sup>35</sup>). Wer aber hierbei gezwungenermaßen in die „Elektronenröhre“ schauen muß, sind alle die kleinen und mittleren Anwender von *standardisierter* Software, vor allem die Einzelbenutzer von Mikrocomputern, die an keine zentrale Rechenanlage gekoppelt sind. Das Einsatzgebiet reicht hier von der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft über den Versorgungsbetrieb, kleinere wissenschaftliche Einrichtungen bis zum Computerarbeitsplatz in Betriebsabteilungen und — für die DDR derzeit noch Zukunftsmusik — bis zu den privaten Besitzern von Personalcomputern.

Diese Situation hat wiederum Folgen für den gesamten Kommunikationsprozeß. Die Hinweise auf entsprechend anwenderfreundliche Anleitungen (sogenannte „Dokumentationen“ oder „Manuals“) für Software sind in den Fachpublikationen so spärlich, daß auf diesem Gebiet der Eindruck eines mikroelektronischen Entwicklungslandes berechtigt erscheint. Ohne ausführliche Dokumentation sind aber selbst Kenner der Materie kaum in der Lage, ein Softwareerzeugnis adäquat zu nutzen. So arbeitet man zwar, wie das „Neue Deutschland“ anlässlich der Leipziger Herbstmesse zu berichten wußte, mit „Konsequenz“ an den gerätetechnischen Voraussetzungen zur Herstellung des Ein-Megabit-Speicherchips<sup>36</sup>), befindet sich aber fast zehn Jahre nach dem entscheidenden ZK-Beschluß von 1977 noch in einer Situation, bei der zur „ordentlichen Dokumentation“ von Software die Zeit fehlt<sup>37</sup>).

## VI. Defensives Verhaltensstrategien und informelle Einflüsse

Obwohl demokratisch-zentralistische Leitungsstrukturen darauf ausgerichtet sind, eine straffe Einheitlichkeit des Willens über die ganze Be-

fehlspyramide hinweg zu gewährleisten, erzeugen sie merkwürdigerweise fortlaufend ihr Gegenteil: den Verlust an Steuerungskapazität durch sich widerstreitende Interessen und Interessenebenen.

<sup>32</sup>) Dieser Aspekt wird in der DDR-Literatur selbst des öfteren moniert. Vgl. etwa Helmut Koziol, Ökonomische Strategie, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und höherer Wirkungsgrad von Mathematik und Rechentchnik für die Effektivität der Wirtschaft der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 31 (1983) 2, S. 176f.; Gerhard Trautenhahn, Mikroelektronik als Katalysator des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Einheit, 40 (1985) 2, S. 139f.

<sup>33</sup>) Vgl. Fragen der Softwarenutzung, in: R & D, 23 (1986) 1, S. 9ff.

<sup>34</sup>) Ebd., S. 10

<sup>35</sup>) Vgl. Neue Aufgaben für Organisation und Datenverarbeitung bei der Kombinatbildung, in: R & D, 20 (1983) 3, S. 18ff.; Eberhard Prager/Evelyn Richter, Über informationsverarbeitende Technik und ihre Nutzung, in: Einheit, 38 (1983) 9, S. 887.

<sup>36</sup>) Neues Deutschland vom 1. 9. 1986, S. 3.

<sup>37</sup>) R & D (Anm. 33), S. 10.

Die Grundbeziehung zwischen leitender und ausführender Ebene gründet zunächst auf einem Autoritätsgefälle: Das leitende Organ verfügt über relativ mehr positive oder negative Sanktionsmöglichkeiten, seinen Willen durchzusetzen, als die ausführenden Organe. Vordergründig erfüllt diese Konstellation ihren beabsichtigten Zweck: Das Interesse der nachgeordneten Instanzen wird *einseitig* auf die zentralen Vorgaben ausgerichtet. Die formale Planerfüllung ist auch in der Tat die alles entscheidende Richtgröße für die politischen und fachlichen Kader in den Betrieben, Kombinat und anderen Einrichtungen. Aber dieselbe Konstellation erzeugt gleichzeitig einen unerwünschten Nebeneffekt: das *defensive Verhalten* der ausführenden Organe gegenüber den jeweiligen Leitungsinstanzen.

In diesem Sinne haben die Wirtschaftseinheiten ein strukturell bedingtes Interesse daran, die eigene Leistung zu minimieren, die Planziele zu senken und ohne Risiko für den Planerfüllungsprozeß zu disponieren. Je komplexer die Planungsobjekte geraten und je länger die Entscheidungskette wird, um so mehr operieren die zentralen Organe mit hoch aggregierten Informationen aus zweiter Hand. Diese Informationen aber sind auf allen Stufen der Planungs- und Leitungspyramide in erheblichem Maße durch die dort wirksamen defensiven Verhaltensstrategien geprägt und daher einseitig. Auf diese Weise entsteht ein Netzwerk sozialer Mechanismen der Absicherung und Leistungsbegrenzung, das vom betrieblichen Mikrokosmos über die Kombinate bis hin zu den Industrieministerien, Ministerien und anderen zentralen Organen reicht. So ergibt sich ein merkwürdiges Phänomen: äußerlich, in den formalen Leitungsbeziehungen, entsteht das Bild einer monolithisch durchorganisierten Struktur; realiter aber wirkt ein Gefüge informell wirksamer, vielfältiger Eigeninteressen, die allesamt nach Wegen und Möglichkeiten suchen, den eigenen Funktionsbereich abzuschirmen und überschaubare Routineoperationen durchzuführen.

Natürlich sind mit dieser modellhaften Konstruktion keineswegs alle relevanten Interessenstrukturen innerhalb des Planungs- und Leitungsgeschehens erfaßt. Der Zusammenhang von formalem Entscheidungscentralismus und realer Aufspaltung in isolierte, sich defensiv verhaltende Interessenbereiche ist vor allem für die Funktionsweise der wirtschaftlichen Subsysteme und der nachgeordneten staatlichen Entscheidungsinstanzen von Bedeutung. Dieses Interessengefüge charakterisiert also vornehmlich das *Verhalten von Funktionsträgern*, wenn es um die *verantwortliche Regelung* von Entscheidung und

Entscheidungsumsetzung, von *Planung und Planerfüllung geht*. Darüber hinaus mischen sich diese dominanten Interessenlagen mit einer Vielzahl von Sonderinteressen sozialer Gruppen, die innerhalb des Wirtschaftsgeschehens teils gleichgerichtete, aber auch gegenläufige Interessen vertreten. Gerade diejenigen, die beispielsweise als Individuen oder soziale Gruppe ein hohes Interesse an beruflicher Profilierung haben — ehrgeizige Manager, Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, erfolgsorientierte Parteifunktionäre oder Arbeiter mit Aufstiegsambitionen —, stoßen sich mit ihren Initiativen häufig an den defensiven Beharrungstendenzen der Planungs- und Leitungsmaschinerie. Ihr Verhalten stiftet für gewöhnlich Unruhe und vor allem: Sie „verderben die Preise“<sup>37a)</sup>.

Grundlegende Innovationen stellen daher für die Wirtschaftseinheiten häufig nur eine unliebsame Belastung dar. Sie bringen über längere Zeit Unsicherheiten in die eingespielten Routineabläufe, führen naturgemäß zu höheren Leistungsansprüchen in nachfolgenden Planperioden, entwerten ihre bisherigen konventionellen Leistungen und Erzeugnisse und bergen zudem das Risiko in sich, mit der laufenden Planerfüllung in Verzug zu geraten<sup>38)</sup>.

Das prägt das Verhalten der Wirtschaftseinheiten im Umgang mit den staatlichen Planaufgaben. Wenn beispielsweise der Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Hans-Joachim Böhme, dem versammelten 10. ZK-Plenum (1985) zu berichten mußte, daß 1984 insgesamt 1660 Forschungsergebnisse der Universitäten und Hochschulen den Kombinat übergeben werden konnten, davon 261 Aufgaben aus dem Staatsplan Wissenschaft und Technik<sup>39)</sup>, dann haben diese Daten, bis auf ihre Legitimationsfunktion, vermutlich keinen besonderen Erkenntniswert: Da Pläne erfüllbar gemacht werden, gibt es auch kaum Pläne, die nicht erfüllt werden. Die schon im Planansatz einkalkulierte Anspruchslosigkeit der Aufgabenstellung in den Wissenschafts- und Technikplänen oder den operativen „Pflichtenheften“<sup>40)</sup> sorgt dafür, „möglichst nur Entwick-

<sup>37a)</sup> Vgl. Werner Gilde, Wege zum Erfolg. Erfahrungen, Gedanken, Ratschläge, Leipzig 1985.

<sup>38)</sup> Vgl. Heinz-Dieter Hausteil (Anm. 23), S. 205 f.; siehe auch Angela Scherzinger, Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR, in: Vierteljahresshefte für Wirtschaftsforschung, (1983) 1, S. 83.

<sup>39)</sup> Vgl. Neues Deutschland vom 22./23. 6.1985, S. 5.

<sup>40)</sup> Die seit 1982 (und in ähnlichen Regelungen schon zuvor) bestehende Pflichtenheft-Verordnung legt bestimmte Grundsätze und verbindliche Verfahrensweisen für die Planung und Leitung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben fest. In ihnen werden ökonomischer Nutzeffekt, Aufgabenstellung, Fristen, Ablauf u. ä. für entsprechende Projekte vorgegeben. Pflichten-

lungs- und Forschungsaufgaben in den Plan aufzunehmen, die mit absoluter Sicherheit zum Termin erfolgreich abgeschlossen werden können<sup>41)</sup>. Rund ein Drittel der Aufgaben der betrieblichen Wissenschafts- und Technikpläne liegt angeblich „unter dem internationalen Stand“. Nur 25 der 222 gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsthemen, die für den Zeitraum 1981-1985 an der Berliner Humboldt-Universität festgelegt worden waren, wurden nach Auffassung der verantwortlichen Themenleiter als „Höchstleistungen“ konzipiert<sup>42)</sup>.

Da Forschungs- und Entwicklungsprozesse auch inhaltlich (und nicht nur in der Bewertung, prozessual, organisatorisch usw.) durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet sind, gibt es für die Phantasie keine Grenzen, wenn es darum geht, einzelne inhaltliche Komponenten auszudifferenzieren, Details als Projekte auszugeben oder alte Bestände unter einem neuen Gesichtspunkt zusammenzufassen. Und da sich aus jedem wissenschaftlichen Projekt mühelos mehrere solcher Abwandlungen konstruieren lassen, ist man auch im industriellen Entwicklungsbereich in DDR-Betrieben nicht verlegen, wenn statistisch und im materiellen Eigeninteresse die innovative Bilanz aufgebessert werden muß. Harry Maier, bis vor kurzem einer der führenden DDR-Soziologen auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Innovationstheorie, nennt solche Verfahren neutral „kosmetische Innovationen“<sup>43)</sup>.

Auf der Entstehungsseite ist die Erzeugung neuen technischen Wissens ein offener, noch unkonturierter Entwurf. In bezug auf seine möglichen Resultate ist es daher auch hochgradig *risikobesetzt*; in seinen Prozeßformen häufig ein *spontaner*, indeterminierter Verlauf. Im Prinzip kommt es damit zu einem unvermeidlichen Widerspruch zwischen den Handlungsbedingungen kreativer Spontaneität auf der einen und den Operationsbedingungen administrativer Steuerung auf der anderen Seite. Letztere tendieren notwendigerweise dazu, die risikobesetzte Kreativität in einen überschaubaren und kontrollierbaren Prozeß zu überführen. Setzen sich solche Tendenzen durch, dann führt das dazu, daß die kreativen und spontanen Komponenten des Inventionsprozesses aufgelöst und durch paßfähige Routinehandlungen ersetzt werden. Ein Wissenschaftler im Be-

reich der Industrieforschung drückte diesen Sachverhalt so aus: „Für viel wichtiger halte ich in diesem Zusammenhang, daß eine Aufgabenstellung nicht scharf den Lösungsweg vorschreibt, sondern durch die Beschränkung auf die Rand- und Rahmenbedingungen dem Ingenieur auch von dieser Seite her genügend Freiraum für Kreativität läßt. Mit dem Pflichtenheft muß also dem Erfinder geistiger Spielraum gegeben werden und seine Phantasien angeregt werden. Sonst werden mittelmäßige Leistungen vorprogrammiert.“<sup>44)</sup>

Die gegenwärtige Form parteistaatlicher Steuerungen bedingt daher, was der DDR-Soziologe Ladensack folgendermaßen beschreibt: „Teilweise muß überhaupt erst das Verständnis für das Wesen des Risikos und die unabdingbare Notwendigkeit, gerechtfertigte Risiken einzugehen, weiter vertieft werden... Für verschiedene Leute, Leitungs- und Kontrollorgane ist Risiko vor allem ein Begriff mit negativem Inhalt. Taucht Risiko auf, werden sofort Maßnahmepläne zur Eliminierung des Risikos verlangt.“<sup>45)</sup>

Für das Personal der Forschungs- und Entwicklungsbereiche, wissenschaftlicher Institutionen u. ä. hat diese Tendenz zur Eliminierung des Risikos und der damit einhergehende Konventionalismus wissenschaftlich-technischer Lösungen auch nachhaltige motivationale Folgen. Denn gerade in dieser Beschäftigtengruppe ist das Bedürfnis nach Identifikation mit der Arbeit und nach selbständigen Leistungen, wie soziologische Untersuchungen übereinstimmend zeigen, besonders ausgeprägt. Bezeichnend ist etwa die Erwartungshaltung von Ingenieuren, die als Berufsanfänger davon ausgehen, daß ihre zukünftige Tätigkeit in hohem Maße schöpferische Komponenten aufweisen müsse<sup>46)</sup>. Wenn jedoch, wie soziologische Einzeluntersuchungen belegen, „originelle Lösungen“, „unkonventionelle Arbeitsweisen“, das „Lösen schwieriger Probleme“ für die materielle und soziale Anerkennung dieser Intelligenzgruppe weitgehend bedeutungslos sind<sup>47)</sup>, wenn in Einzelerhebungen mehr als 55% des Personals aus Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bei ihrer Tätigkeit „nur geringe“ oder „keine“ Möglichkeiten zur schöpferischen Arbeit sehen<sup>48)</sup>, dann müssen solche Be-

hefte dienen dann der Lenkung, Kontrolle und Planabrechnung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

<sup>41)</sup> Claudia Grafe/Dieter Liebing/Harry Nick/Heinz Willems, Zur Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Kombinat, in: Einheit, 39 (1984) 5, S. 413.

<sup>42)</sup> Intensivierung der Forschung (Anm. 1), S. 207.

<sup>43)</sup> Innovation und Wissenschaft (Autorenkollektiv), Berlin (Ost), 1985, S. 26 und S. 53.

<sup>44)</sup> Heerke Hummel, Freiräume für Erfindungen, in: der neuerer, 34 (1985) 2, S. 31.

<sup>45)</sup> Klaus Ladensack, Pflichtenheft und Risiko, in: der neuerer, 33 (1984) 8, S. 98.

<sup>46)</sup> Vgl. Otto Braun, Konferenzbeitrag, in: Günter Boring (Anm. 5), S. 58f.

<sup>47)</sup> Gundula Barsch (Anm. 14), S. 33.

<sup>48)</sup> Vgl. Jörg Römer, Die technische schöpferische Arbeit des Konstrukteurs, in: der neuerer, 33 (1984) 5/6, S. 66.

dingungen zu Identitätskonflikten und Frustrationserfahrungen führen. Die Reizlosigkeit einer durchroutinisierten Arbeitswelt bedingt entsprechende Ausweichstrategien im Verhalten und in den Einstellungen. So wird häufig das unzureichende Leistungsverhalten gerade des Personals der Forschungs- und Entwicklungsbereiche kritisiert. Statt eindeutiger Leistungsorientierungen gäbe es, wie etwa die DDR-Soziologin Sailer zeigen kann, ausgeprägte Neigungen, sich in der

Kollegialität und in befriedigenden Sozialkontakten der Forschungskollektive genügsam einzuordnen<sup>49)</sup>. Setzt man solche leistungsindifferenten Verhaltensformen zu den gleichfalls erkennbaren Motivationsmustern dieser Intelligenzgruppe in Beziehung, dann liegt der Schluß nahe, daß sich in den Leistungsdefiziten nicht nur spannungslose Bequemlichkeit, sondern auch Tendenzen einer resignativen Anpassung ausdrücken.

## VII. Innovation und Preissystem

Eigentlich müßten die verselbständigten Eigeninteressen der Wirtschaftseinheiten — ihre defensiven Praktiken — sowie die Fehlwirkungen der zentralistischen Steuerungsapparatur schlechthin auch betriebswirtschaftlich und gesamtökonomisch in Erscheinung treten. Das ist jedoch nicht oder nur sehr bedingt der Fall. Anders als unter Markt- und Konkurrenzbedingungen werden die Wirtschaftseinheiten für ineffiziente Produktionsmethoden, qualitativ mangelhafte oder technisch veraltete Erzeugnisse nicht unmittelbar durch ökonomische Nachteile wie etwa durch Verluste am Marktanteil, sinkende Erträge oder auch den Ruin bestraft. Mißwirtschaft, Entwicklungsstörungen oder fehlende Anpassungsprozesse werden vielmehr erst nach *erheblicher zeitlicher Verzögerung* sichtbar. Die Gründe hierfür liegen in der besonderen Wirkweise der *wirtschaftlichen Steuerungsinstrumentarien*, vor allem der Wert- und Preiskategorien, mit denen die wirtschaftlichen Aufwendungen und Erträge gemessen und bewertet werden können<sup>50)</sup>.

Die Preise und ihre Aussagekraft sind seit jeher die Achillesferse der real-sozialistischen Plansysteme. Sie stellen den Schwachpunkt der zentralen Steuerungsmechanismen schlechthin dar, denn der größte Teil der Plankennziffern, an denen die Wirtschaftseinheiten sich orientieren, wird in Preisausdrücken vorgegeben oder (wie Gewinn, Nettoproduktion u. dergl.) auf der Grundlage von Preisen gebildet. Wenn nun die Preise die realen Aufwandsstrukturen und insbesondere die Aspekte Knappheit, Qualität und technisches Niveau nicht oder nur unvollständig

widerspiegeln, dann können wirtschaftliche Leistungen formal als Ertragssteigerung und volkswirtschaftliches Wachstum ausgewiesen werden, hinter denen in Wahrheit ein schleichender Effizienzverlust und sinkendes Wachstum stehen.

Bis heute ist es in der DDR nicht gelungen, den Faktor Innovation — die Einführung neuer Erzeugnisse, Verfahren und Leistungen — adäquat in den Industriepreisen auszudrücken. Freilich stellen sich hier außerordentlich komplexe Kalkulations- und Bewertungsprobleme. Die neuen technischen Standards müßten durch komplizierte internationale Vergleiche ebenso ermittelt werden wie die Kosten und der potentielle ökonomische Nutzen. Und schließlich müßte die Preisbildung dazu führen, daß von ihr sowohl für die Hersteller als auch für die Käufer ein entsprechender Anreiz ausginge.

Jede noch so leistungsfähige Planbürokratie — in der DDR: das Amt für Preise — mit noch so weitreichenden Kontrollkompetenzen muß hier allein aus Komplexitätsgründen heillos überfordert sein. Allein die derzeitige Erzeugnis- und Leistungsnumenklatur der DDR umfaßt rund 80 000 verschiedene, bereits zusammengefaßte Erzeugnispositionen. Ein führendes Maschinenbauunternehmen, wie das Kombinat Umformtechnik, verfügt über ein Erzeugnissortiment von 130 Maschinentypen in fast 1 000 Varianten. Die Erzeugnispalette des Kombinats „EAW“ (Elektro-Apparate-Werke), eines zentralen Unternehmens der Automatisierungs- und Gerätetechnik mit über 33 000 Beschäftigten, umfaßt sogar rund 50 000 Erzeugnisse!

So bestimmt zwar die derzeit gültige Kalkulationsrichtlinie für Industriepreise, daß bei Produktinnovation, für die ein zeitlich befristeter Extragewinn gewährt wird, die „wirtschaftliche Effektivität grundsätzlich für Einzelerzeugnisse nachzuweisen“<sup>51)</sup> sei, aber das ist offenkundig

<sup>49)</sup> Vgl. Sybille Sailer, Erste Ergebnisse einer Fallstudie zum Zusammenhang von Kollektivnormen und Leistungsverhalten in Forschungs- und Entwicklungskollektiven, in: SID, 19 (1983) 5, S. 27 ff.

<sup>50)</sup> Vgl. hierzu die verschiedenen Arbeiten von Manfred Melzer zum Preissystem der DDR. Zur Problematik der Preisbildung und ihrer systematischen Schwächen: Manfred Melzer, Preisplanung und Preispolitik in der DDR, in: Preisprobleme in der DDR, Erlangen 1980, S. 113 ff., und (zus. mit Kurt Erdmann) ebd., S. 151 ff.

<sup>51)</sup> GBl. d. DDR 1983, T. 1, S. 341 ff. in Verbindung mit den Änderungen gemäß GBl. d. DDR 1985, T. 1, S. 377 ff, hier S. 378.

leichter angeordnet als getan. Denn der allgemeine Zuwachs an Komplexität und Differenziertheit wirtschaftlicher Prozesse erzeugt eine Vielzahl von funktionalen Entscheidungsspielräumen (und damit auch Manipulationsmöglichkeiten) auf den nachgeordneten Ebenen, die sich jeder dirigistischen Steuerung und Kontrolle entziehen. Für die Betriebe und Kombinate scheint es häufige Praxis zu sein, bei der Preisfestsetzung Gebrauchswertsteigerungen nachzuweisen, die in Wahrheit fiktiv oder unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten unerheblich

sind<sup>52</sup>). Es ist sehr wahrscheinlich, daß beispielsweise durch solche Scheininnovationen an Erzeugnissen nunmehr auch die Plankennziffer Nettoproduktion in den Kombinat, die seit 1981 bzw. 1983 zu den Hauptleistungskennziffern gehört, erheblichen Verzerrungen unterliegt. Denn mit den „neuen“ Produkten konnten höhere Preise (Extragewinne) kalkuliert bzw. drohende Preisabschläge wegen Veralterung unterlaufen und die betriebliche Nettoproduktion entsprechend übererfüllt werden<sup>53</sup>).

## VIII. Mikroelektronik und Preisverfall

Eine der bedeutsamsten ökonomischen Wirkungen, die von der Expansion der Mikroelektronik ausgehen, ist die *Entwertung konventioneller technischer Systeme und der rapide Preisverfall entsprechender Erzeugnisse*.

Die heftigen Konkurrenzkämpfe innerhalb der westlichen Elektronikbranche werden durch die Verwertung immer neuen technologischen Wissens ausgetragen. Das führte zu einer bislang unbekanntem Hektik der Erzeugnisinnovation im Zyklus von ein bis zwei Jahren und zu dramatischen Wertverlusten bei den jeweils vorangegangenen Produktgenerationen.

Ein leistungsstarker Bürocomputer erfüllt Mitte der achtziger Jahre bereits die technischen Standards einer Datenverarbeitungsanlage vor zehn Jahren. Die universelle Anwendbarkeit von frei programmierbaren Mikrocomputern für jede Art von Informationsverarbeitung bedingt heute bereits ein Einsatzgebiet, das von der Werkzeugmaschine bis zum Automobil, vom Haushaltsgerät bis zum Industrieroboter reicht, von den noch umfassenderen Anwendungsmöglichkeiten einfacher mikroelektronischer Komponenten gar nicht erst zu reden. Anfang der achtziger Jahre wurde geschätzt, daß etwa 5% der zu diesem Zeitpunkt absehbaren 20 000 Anwendungsmöglichkeiten der Mikroelektronik technisch und ökonomisch erst erschlossen seien. Das bedeutet, daß sich die Spirale aus verkürzten Innovationszyklen, einer technologisch expansiven Strukturumwälzung und rascher Potentialentwertung wahrscheinlich für einen nicht absehbaren Zeitraum noch weiter fortsetzen wird.

Eine Volkswirtschaft wie die der DDR unterliegt damit einer doppelten Zangenbewegung: Einerseits ist sie aufgrund der systembedingten Innovationsschwäche nicht in der Lage, weder das Tempo noch die technischen Standards der Weltmarktentwicklung mitzuhalten, andererseits wirkt sich auf ihre Standarderzeugnisse und kon-

ventionellen Potentiale ein progressiver Preisverfall aus, der mit der Breitenwirkung der Mikroelektronik tendenziell auf das gesamte Wirtschaftsgeschehen ausstrahlt<sup>54</sup>). Jene 256-Kilobit-Speicherchips, die im Kombinat Mikroelektronik 1986 zur Serienproduktion anstanden, erreichten zum Zeitpunkt ihrer westlichen Markteinführung 1984 noch einen Stückpreis von 150,— DM. 1985 war das Preisniveau bereits auf 9,— DM abgesunken. Bei den bislang von diesem Kombinat hergestellten 64-Kilobit-Speicherchips sank der Preis von 150,— DM (1979) auf 3,— DM (1985)<sup>55</sup>). Salopp ausgedrückt: Die mikroelektronischen Speicher, die die DDR 1986 herzustellen vermag, sind gemessen am internationalen Preisniveau bereits nichts mehr wert. Personalcomputer, wie das seit 1985 verfügbare Erzeugnis aus Sömmerda, kosteten zu Beginn der achtziger Jahre mit vergleichbaren technischen Merkmalen als System (einschl. Monitor, Drucker, Tastatur) etwa 10 000,— DM. Bereits 1986 sind solche Geräte als System je nach Ausführung für DM 2 000,— und sogar noch weniger erhältlich. Selbst leistungsstarke professionelle Mikrocomputer mit 16-Bit-Prozessoren und hohen internen Speicherkapazitäten, die dem vergleichbaren Arbeitsplatzcomputer von Robotron (seit 1985 verfügbar) gerätetechnisch überlegen sind, unterlagen allein seit Jahresbeginn 1986 Preissenkungen von bis zu 38%!

<sup>52</sup>) Vgl. Rudi Weidauer/Albert Wetzel, Kombinate erfolgreich leiten, Berlin (Ost) 1981, S. 218; vgl. auch Günter Lauterbach, Preisbildung und technischer Fortschritt, in: Preisprobleme in der DDR (Anm. 50), S. 25f. und S. 36. Trotz diverser Änderungen im Detail der Preisbildung sind die Ausführungen von Lauterbach (bezogen auf den Fünfjahrplanzeitraum 1976—80) auch heute noch zutreffend.

<sup>53</sup>) Vgl. DIW-Wochenbericht, (1985) 5, S. 55, bearbeitet von Doris Cornelsen.

<sup>54</sup>) Vgl. Innovation und Wissenschaft (Anm. 43), S. 23 ff.

<sup>55</sup>) Vgl. Die Zeit, Nr. 32/1986, S. 17.

Wie die mikroelektronische Entwicklung auf andere Wirtschaftszweige übergreift, kann beispielsweise auf dem Maschinenbausektor beobachtet werden. Traditionell ist dieser Bereich eine industriell hochentwickelte Domäne der DDR-Wirtschaft. Zusammen mit dem Fahrzeugbau macht der Maschinenbausektor rund ein Fünftel der industriellen Gesamterzeugung der DDR aus und stellt damit neben der ebenfalls traditionell hochentwickelten chemischen Industrie den wichtigsten Industriebereich überhaupt dar. So ist es denn volkswirtschaftlich von erheblicher Bedeutung, wenn beispielsweise konventionelle Erzeugnisse des Maschinenbaus in ihren Weltmarktpreisen auf das niedrigste Niveau seit dreißig Jahren abgesunken sind. Erzeugnisse wie Werkzeugmaschinen ohne mikroelektronische Ausrüstungen, insbesondere ohne *freiprogrammierbare* Steuerungen, erzielen zu Weltmarktbedingungen nicht einmal mehr ihre einfachen Herstellungskosten<sup>56)</sup>. Zumindest im Schlüsselbereich des Werkzeugmaschinenbaus waren aber Ende 1985 nur 30% der Erzeugnisse in ihren Funktionen „wesentlich“ — was immer das heißen mag — durch mikroelektronische Aggregate bestimmt<sup>57)</sup>. Das entspräche in etwa dem Weltmarktniveau von 1981. Anders ausgedrückt: 70% der Erzeugnisse dieses Sektors sind vermutlich auf den westlichen Märkten nicht oder nur mit

<sup>56)</sup> Vgl. Harry Maier, Strategiebildung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution — Probleme der Erhöhung des Beitrags der Grundlagenforschung zur Erhöhung der Innovationskraft der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 32 (1984) 11, S. 1618f.

<sup>57)</sup> Nach Angaben des Ministers für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau der DDR, Rudi Georgi, in: Presseinformationen, Berlin (Ost), Nr. 111/1985, S. 2

erheblichem Verlust absetzbar. Zahlen über die internationale Spitzenstellung der DDR als Exporteur von Werkzeugmaschinen (angeblich an sechster Stelle) täuschen über die entscheidende Tatsache hinweg, daß der größte Teil dieses Exports in den RGW-Bereich geht. Hier ist die DDR nach der Sowjetunion auch der größte Hersteller von Werkzeugmaschinen.

Solche technologisch bedingten Entwertungsprozesse werfen grundlegende Fragen nach der realen Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft auf. Darüber lassen sich angesichts fehlender Daten allerdings nur Vermutungen anstellen. Zutreffend dürfte zumindest die Annahme sein, daß ein erheblicher Teil des volkswirtschaftlichen Wachstums, zu dem maßgeblich Sektoren wie der Maschinenbau und in jüngster Zeit die elektronische Industrie beigetragen haben (vgl. Tabelle 2) — gemessen an der internationalen Preis-Leistungs-Entwicklung —, de facto nur auf dem geduldigen Papier der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik stehen. Daß aber diese internationalen Marktentwicklungen trotz staatlichem Außenhandelsmonopol zeitverschoben und indirekt auch auf das Wirtschaftspotential der DDR durchschlagen (etwa durch sinkende Exportchancen oder sich verschlechternde Terms of trade), wird selbst von Fachwissenschaftlern in der DDR nicht mehr in Frage gestellt. Im Gegenteil: Realistische Leistungsbewertungen des technischen Niveaus von Erzeugnissen und ihres ökonomischen Nutzeffekts seien, wie neuerdings argumentiert wird, vor allem ihre Exportchancen und Verwertungsbedingungen auf dem (nicht-sozialistischen!) Weltmarkt<sup>58)</sup>.

<sup>58)</sup> Vgl. Ökonomische und soziale Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Anm. 2), S. 273f.

**Tabelle 2: Wachstum der industriellen Nettoproduktion im Bereich der Industrieministerien<sup>59)</sup>**

| Bereich  | Angaben in % |      |      |      |      |
|--|--------------|------|------|------|------|
|  | 1981         | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 |
| Insgesamt  | 7,0          | 5,6  | 7,1  | 8,3  | 9,0  |
| darunter:  |              |      |      |      |      |
| Chemische Industrie                                    | 8,0          | 9,2  | 10,1 | 9,2  | —    |
| Elektrotechnik/Elektronik                              | 12,0         | 10,7 | 14,5 | 16,1 | 15,1 |
| Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau                | 14,0         | 9,6  | 6,4  | 9,0  | —    |
| Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau | 9,0          | 3,6  | 2,6  | 9,4  | —    |

<sup>59)</sup> Eigene Berechnungen nach Indexziffern gemäß Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 138.

## IX. Die Ökonomisierung der Forschung

Seit 1983 hat man in der DDR durch eine Reihe von Maßnahmen versucht, den Innovationsprozeß zu effektivieren. Dazu gehören vor allem die bereits erwähnten „Pflichtenhefte“ — die im Grunde nichts anderes sind als verbindliche operative Planungskonzepte für wissenschaftlich-technische Leistungen — und Maßnahmen zur *Ökonomisierung* von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Ein wesentlicher Gedanke bei letzteren bestand darin, den *Kauf und Verkauf* wissenschaftlich-technischer Leistungen auf eine betriebswirtschaftliche und vertragliche Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck sind die Forschungspotentiale und vergleichbaren Einrichtungen auf die Prinzipien der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung umgestellt worden<sup>60</sup>). Das heißt, diese Institutionen sollen als *selbständig wirtschaftende Einheiten* die Eigenfinanzierung ihrer Kosten sicherstellen und planmäßige Gewinne erwirtschaften. Weitere Regelungen, die Ende 1985 verfügt wurden, dehnen die Grundsätze einer ökonomischen und an Effektivitätszielen ausgerichteten Forschungsarbeit auf die Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens aus. Konkrete Leistungsverträge und die Finanzierung entsprechender wissenschaftlicher Leistungen durch die Kombinate sollen zukünftig den *Schwerpunkt* der Forschungsarbeit im Akademie- und Hochschulbereich bilden<sup>61</sup>).

Man kann anhand verschiedener Hinweise in der Fachliteratur davon ausgehen, daß bislang kaufmännische Gesichtspunkte im Bereich von Forschung und Entwicklung eine weitgehend untergeordnete Bedeutung besaßen<sup>62</sup>). In den entsprechenden Einrichtungen arbeitete man gewöhnlich anhand wissenschaftlich-technischer Themen die Vorgaben aus den Plänen „Wissenschaft und Technik“ ab. Wirtschaftliche Aufwands- und Ertragskalküle bildeten hierbei als Orientierungspunkt schon insofern eine Quantité *negligéable*, als die Anwender wissenschaftlicher Erzeugnisse — vornehmlich die Wirtschaftseinheiten — ja auch ihrerseits keine hinreichend wirksamen Rentabilitätskriterien besaßen (und auch heute noch nicht besitzen). So stellt sich natürlich die Frage, ob sich an dieser mangelnden Nutzenorientierung durch die Anwendung der wirt-

schaftlichen Rechnungsführung in Forschungseinrichtungen etwas ändern wird.

Die Donquichotterie dieser jüngsten Steuerungsmaßnahmen wird schon allein daraus ersichtlich, daß betriebswirtschaftliche Kalküle in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen nur insoweit greifen können, als das wirtschaftliche Gesamtsystem nach denselben Grundsätzen verfährt. Solange bei den Betrieben und Kombinat aber solche Wirtschaftlichkeitskriterien selbst brüchig bleiben, nur verzerrt wirken oder gänzlich unwirksam sind, gibt es auch keinen triftigen Grund dafür, weshalb man von der bisherigen Praxis im Forschungs- und Entwicklungsbereich abgehen sollte. Im Zweifelsfalle werden auftragsgemäß durchgeführte Pseudoinnovationen, bedarfsfremde Fehlentwicklungen und ungenügende technische Leistungen mit buchhalterischem Geschick auf Heller und Pfennig abgerechnet<sup>63</sup>).

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Maßnahme nicht einmal zu einer größeren Kostentransparenz geführt haben. Gerade auf diesem Gebiet werden die bisherigen Unzulänglichkeiten des Preissystems voll zur Wirkung gelangen. Denn die Produzenten von Forschungsleistungen sollen, wie die Anordnung bestimmt, nunmehr ihre Kosten kalkulieren und auf dieser Grundlage — zuzüglich des normativ festgelegten Gewinns — entsprechende Preise bilden. Anbieter und Käufer entsprechender Forschungsleistungen müssen sich dabei vertraglich auf die vorläufigen Kosten- und Preisgrenzen einigen. Spitzenleistungen und gezielte Überbietungen können sogar mit Extragewinnen mit 50% oder 100% des normativen Gewinns honoriert werden, die allerdings zum größten Teil (70%) in der Verfügung der jeweiligen Forschungseinrichtung verbleiben. Der *persönliche* Nutzen für das Forschungs- und Entwicklungspersonal bleibt streng begrenzt und wird gegebenenfalls über entsprechende Extragrifikationen in Höhe von bis zu 300,— Mark je Beschäftigten aus den Prämienfonds der Forschungseinrichtung finanziert. Darüber hinaus können jedoch im Bedarfsfalle auch zusätzliche Leistungsanreize gewährt werden. Bei den Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften und Hochschulen liegt der Spitzensatz aller Prämienzahlungen derzeit bei maximal 1 200,— Mark je Vollbeschäftigtem<sup>64</sup>).

<sup>60</sup>) Vgl. GBl. d. DDR 1983, T. 1, S. 387 ff.

<sup>61</sup>) Vgl. GBl. d. DDR 1986, T. 1, S. 9 ff. u. S. 12. ff.

<sup>62</sup>) Vgl. etwa Gerhard Rosenkranz/Hans-Gerd Banasch, Innovationsorganisation im Industriebetrieb, in: Arbeit und Arbeitsrecht, 40 (1985) 3, S. 51 und passim.

<sup>63</sup>) Vgl. Günter Mittag, Mit höchsten Leistungen den XI. Parteitag vorbereiten, in: Einheit, 40 (1985) 6, S. 491.

<sup>64</sup>) Vgl. GBl. d. DDR 1986, T. 1, S. 18

Aber worin bestehen die gerechtfertigten Kosten von Forschungsleistungen? Und wie hoch ist ihr ökonomischer Nutzen, der eigentlich in Gewinn- und Extragewinnzuschlägen zum Ausdruck kommen müßte? Zu Recht wird auch in DDR-Publikationen darauf hingewiesen, daß solche Kosten-Nutzen-Kriterien nur sehr begrenzte Aussagen über den ökonomischen Wert und die gesellschaftliche Bedeutung einer wissenschaftlich-technischen Neuerung zulassen<sup>65</sup>). Gerade bei Forschungsleistungen, wenn sie den Namen verdienen, handelt es sich in der Regel um Originalproduktionen, für die es definitionsgemäß keine Vergleiche gibt. Kostenrechnungen kalkulieren hier lediglich den individuellen Aufwand, mehr nicht. Ihr ökonomischer Nutzen erschließt sich wiederum keineswegs aus den anfallenden Aufwendungen. Beispielsweise sind die fachlichen Fähigkeiten des Forschungspersonals ein entscheidender, nicht quantifizierbarer Faktor für die möglichen Ergebnisse. Ein von Helmholtz oder Einstein entspricht nicht zehn zweitklassigen Physikern — auch dann nicht, wenn die ma-

teriellen Aufwendungen für Gehälter, Ausstattung usw. jeweils die gleichen wären. Ferner gibt es gerade auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung keine lineare Beziehung zwischen ökonomischem Aufwand und Ertrag. Nutzlose Forschungsleistungen können erhebliche Mittel verschlingen, während relativ geringe Forschungsaufwendungen zu Ergebnissen führen mögen, deren Verwertungsmöglichkeiten in keiner Relation zu den ursprünglichen Kosten stehen.

Praktisch gesehen haben denn auch die bisherigen Erfahrungen mit der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ in Forschungseinrichtungen zu keinen nennenswerten Effekten geführt<sup>66</sup>). Da die Käufer wissenschaftlich-technischer Leistungen zumeist kaum die Berechtigung der Kosten beurteilen können und die Preisfestsetzungen administrativen Charakter haben, berechnen die Forschungseinrichtungen eben das, was bei ihnen an Kosten anfällt und versuchen — je nach Motivation und Interessenlage recht oder schlecht — zu liefern, was ihnen aufgetragen wurde.

## X. Bewertung und Ausblick

Die strukturellen Innovationshemmnisse sind offenkundig nicht auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Vielmehr zeigt sich eine Kombination von Einflußfaktoren, die sich in ihrer Wirkung wechselseitig verstärken: Das Herrschafts- und Steuerungssystem bedingt das Gefüge defensiver Verhaltensstrategien und Interessenlagen. Diese wiederum können sich mit wachsender Verflechtung und Differenziertheit gesellschaftlicher Prozesse über den Mechanismus der Steuerungsinstrumentarien durchsetzen. Es entsteht ein fortwährender Kreislauf, der sich auf immer neuen Stufen wie eine sich nach oben erweiternde Spirale fortsetzt: Das Steuerungssystem erzeugt Fehlwirkungen, die Fehlwirkungen reproduzieren sich in dysfunktionalen Wirtschaftspraktiken, das System reagiert mit einer Reparaturpolitik an den Steuerungsmedien — so etwa die Ökonomisierung der Forschungsarbeit — und der Kreislauf beginnt aufs neue.

Es ließe sich in der historischen Bestandsaufnahme zeigen, daß dieser Funktionszusammenhang aus kumulativen Fehlwirkungen im Prinzip bereits mit dem Aufbau der zentralistischen Planungs- und Leitungsstrukturen in Gang gesetzt

wurde<sup>67</sup>), was hier jedoch nicht weiter interessieren soll. Entscheidend ist vielmehr, daß dieser fehlerhafte Kreislauf nunmehr in einem *weitgehend veränderten Szenario von Umweltbedingungen*, in einer veränderten Konstellation abläuft und damit eine *neue Qualität erzeugt*. Was unter den Bedingungen der fünfziger und sechziger Jahre noch ohne gravierende Schäden verkraftbar erschien, weil scheinbar nur isolierte Wirtschaftssektoren in Mitleidenschaft gezogen wurden, wird unter den Bedingungen einer technologischen und insbesondere der mikroelektronischen Revolution zur Bestandsfrage des politischen Systems.

Herrschaftssicherung — unabhängig vom Charakter der politischen Ordnung — ist längst zu einer Frage der Verwertung wissenschaftlich-technischer Ressourcen geworden. Auf diesen Umstand hat der Staatsrechtler Ernst Forsthoff bereits zu Beginn der siebziger Jahre hingewie-

<sup>65</sup>) Vgl. Ökonomische und soziale Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Anm. 2), S. 251 ff. und S. 276 f.

<sup>66</sup>) Vgl. Helga Engel, Zur Erhöhung der ökonomischen Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik durch die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in Forschungseinrichtungen von Industriekombinaten, in: Wirtschaftswissenschaft, 34 (1986) 5, S. 711 und S. 715 ff.

<sup>67</sup>) Vgl. Fred Klinger, Statik und Dynamik in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46—47/85, S. 29 f.

sen<sup>68</sup>). Von der Fähigkeit eines Systems, dies unter vergleichsweise optimalen Bedingungen zu leisten, hängt in entscheidendem Maße der ganze Rest gesellschaftlicher Daseinsbedingungen und Zukunftschancen ab: der gesellschaftliche Wohlstand, die Loyalität der Bevölkerung, die notwendigen Ressourcen zur innen- und außenpolitischen Gestaltung, Rang und Einfluß einer Gesellschaft innerhalb der Weltarbeitsteilung. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich bedeutende Fachwissenschaftler in der DDR und vermutlich auch Teile des politischen Führungspersonals über diese Sachzusammenhänge völlig im klaren sind<sup>69</sup>). Nicht zuletzt darin gründet ein mächtiges Potential zur sozialen und institutionellen Erneuerung: Denn einerseits steht die politische Machtelite um ihrer eigenen Überlebenschancen willen unter dem Zwang, das politische System den veränderten Technikbedingungen anzupassen. Zum anderen gibt es gerade im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz (aber keineswegs nur bei ihr) ein umfassendes Bedürfnis nach Freisetzung innovativer Potenzen<sup>70</sup>).

Es besteht mithin die Chance, daß sich ein äußerlicher struktureller Zwang mit einem überreifen Gedanken — der Reform des politischen Systems — zusammenschließt und daß dieser Zusammenschluß seine zahlreichen sozialen Träger und in-

<sup>68</sup>) Ernst Forsthoff, *Der Staat in der Industriegesellschaft*, München 1971, S. 42 ff.

<sup>69</sup>) Vgl. etwa Otto Reinhold, *Intensiv erweiterte Reproduktion — ein revolutionärer Prozeß*, in: *Einheit*, 38 (1983) 8, S. 722 und passim.

<sup>70</sup>) Vgl. hierzu Gert-Joachim Glaebner, *Wissenschaftlich-technische Revolution — Intelligenz — Politik in der DDR*. Beitrag auf der XIX. DDR-Forschertagung 1986; erscheint demnächst in der Edition *Deutschland Archiv* als Tagungsband „Tradition und Fortschritt in der DDR“.

teressierten Nutznießer besäße. Dies ist zumindest *eine Möglichkeit* der zukünftigen Entwicklung, die die Gegenwart ebenso bereithält wie andere. Ein zweites erkennbares Szenario erscheint allerdings gemessen am heutigen Stand der Dinge wahrscheinlicher: die *konstitutionelle Reformunfähigkeit* des Regimes.

Aus der Logik der strukturell bedingten Innovationsdefizite ergibt sich, daß der Ansatzpunkt jeder Neugestaltung darin bestehen müßte, den dysfunktionalen Zusammenhang aus Steuerungssystem, verfestigten Interessen und Steuerungsmedien *in seiner Gesamtheit* zu durchbrechen. Dafür jedoch finden sich in der zeitgenössischen DDR-Diskussion keinerlei Anhaltspunkte. Im Gegenteil: Geradezu typisch scheint es, wenn Erich Honecker noch auf der 10. ZK-Tagung der SED (1985) hervorgehoben hat, daß am derzeitigen System der zentralen staatlichen Planung und Leitung nicht gerüttelt werde<sup>71</sup>). Noch massivere Zeichen setzte der XI. Parteitag der SED, der — offenkundig mit Seitenblick auf die Ansteckungsgefahr der Gorbatschowschen Reformdiskussion — ganz ausdrücklich eine strukturkonservative Politik der Bestandswahrung fest schrieb und die Errungenschaften der bisherigen Entwicklung hervorhob<sup>72</sup>).

Ist man also mit Blindheit geschlagen und die Innovationskrise daher zwangsläufig? Es liegt nahe, gerade in einem zentralistisch verkrusteten Regime, sich eher im alltäglichen Gebrauch der eingespielten Herrschaftsmaschinerie zu erschöpfen als das definitive Risiko einer grundsätzlichen Reform des Institutionensystems einzugehen.

<sup>71</sup>) Vgl. *Neues Deutschland* vom 21. 6. 1985, S. 4.

<sup>72</sup>) Vgl. Hartmut Zimmermann, *Innenpolitische Aspekte des XI. Parteitags der SED*, in: *DDR-Report*, (1986) 5/6, S. 286.

# Wissenschaft, Macht und Modernisierung in der DDR

## Pragmatismus plus Kontrolle — ein „neuer“ SED-Kurs?

Die gegenwärtige Situation in der DDR ist durch zahlreiche „Suchprozesse“ auf verschiedenen Handlungsfeldern gekennzeichnet. In den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft laufen diverse Experimente und auch im Forschungs- und Technologiesektor sowie im Bildungssystem wird nach spezifischen Lösungen komplizierter Probleme gesucht. Ideologisch wird diese Suche als die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ interpretiert. Indem die SED — und mit ihr seit wenigen Jahren auch die KPD/SU — den Sozialismus als eine langandauernde historische Etappe interpretiert, hat sie ihren politischen Gestaltungsanspruch von kommunistischen Leitbildern erst einmal abgekoppelt. Sie bedient sich damit einer „Zeitkaufstrategie für Problemlösungen...“; zugleich versucht sie damit, das Bewußtsein für notwendige Veränderungen zu bilden<sup>1)</sup>.

Die Veränderungen betreffen insbesondere die individuellen Handlungsorientierungen und die sozialen Beziehungen — weitere Differenzierungen der sozialen Unterschiede, das Leistungsprinzip, objektive sozialstrukturelle Widersprüche als „Triebkraft“, Alltagsprobleme, Konflikte im realen Sozialismus<sup>2)</sup>. Es sieht so aus, als reichten traditionelle und wohlbegründete Lösungsansätze nicht mehr aus. Die Gesellschaftswissenschaften in der DDR, schon in der Vergangenheit häufiger der „Schönfärberei“ bezichtigt, sollen sich den konkreten Problemen des realen Sozialismus zuwenden. Die von Kurt Hager, Mitglied des Politbüros, ex cathedra geforderte „Abkehr von bisher angewandten Arbeits- und Denkweisen“ bedeutet für die Gesellschaftswissenschaft-

ler auch, daß sie nicht nur „theoretische Schleier“ um die Probleme weben sollen.

Der neue Stil erfordert auch Veränderungen an früher für sakrosankt gehaltenen marxistisch-leninistischen Positionen. Einigen Soziologen in der DDR wird insbesondere bei der differenzierteren Sozialstrukturanalyse, der Analyse von Interessen- und Bedürfnisstruktur, der Determinanten des sozialen Verhaltens, sowie der Normen- und Wertestruktur bewußt, daß die grobschlächtigen Begriffe und Raster des Marxismus zu weitmaschig, zu ideologieträchtig sind, um der komplizierter gewordenen sozialen Realität des „realen Sozialismus“ in seinen Entwicklungsformen und Erscheinungsweisen zu entsprechen. Die Soziologen der DDR rezipieren zunehmend Gedanken, Methoden, Kategorien und Theorien moderner westlicher Soziologie. Der überkommene Marxismus hat an Utopiekraft verloren und reduziert sich weitgehend auf eine „Immunsierungsstrategie“. Die für das politische und gesellschaftliche System konstitutiven Strukturen und Prinzipien sollen erhalten werden. Gleichzeitig aber muß das System effizienter werden; insbesondere die internationale wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit muß gesteigert werden. Um die notwendige Modernisierung für die sozialistischen „essentials“ nicht bedrohlich werden zu lassen, bedarf es einer engen Verflechtung von Politik und Wissenschaft. Durch Institutionen und gesetzliche Bestimmungen, Verordnungen, Forschungspläne und die Politik der SED wird diese enge Verflechtung gewährleistet. Ziel dieses Beitrages ist es, wesentliche Elemente dieses Geflechts und die Rolle der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) als der größten Forschungseinrichtung in der DDR im System der entscheidungsvorbereitenden Organe der politischen Führung der DDR und in der Forschungspolitik zu skizzieren.

Trotz größerer Mitwirkung von Wissenschaftsorganisationen wie der AdW und aller Bemühungen um eine Verwissenschaftlichung der Forschungspolitik und anderer Politikbereiche wird die endgültige Entscheidung darüber, welche Forschungsvorhaben in langfristige Forschungs-

<sup>1)</sup> E. Förtsch, Zur Wissenschaftsentwicklung und -Politik in der DDR, in: IGW-Informationen, (1984) 1, (hrsgg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg).

<sup>2)</sup> In die gleiche Richtung zielen auch verschiedene Beiträge, die auf der 18. Tagung der DDR-Forschung der Bundesrepublik im Mai 1985 gehalten wurden. Vgl. insb. die Beiträge von S. Meuschel, W. Süß, C. Burrichter, H. Laatz, P. Dietrich, F. Haffner. Veröffentlicht in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. Achtzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Edition Deutschland Archiv, Köln 1985.

programme und -pläne aufgenommen werden, welche Prioritäten zu setzen sind, welche Maßnahmen der Forschungsförderung ergriffen werden sollen usw., nicht von der Leitung der Akademie getroffen, sondern von den politischen Entscheidungsinstanzen. Die in der hierfür geltenden Hierarchie am höchsten angesiedelten Stellen sind das Politbüro der SED, der Ministerrat der DDR sowie die ZK-Abteilung Wissenschaft<sup>3)</sup>. Angesichts der dominierenden Stellung der AdW im System der entscheidungsvorbereitenden Organe der SED-Führung und des Ministerrats kommt der Anbindung der Akademie an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und dem Verwendungszusammenhang dort entwickelter Forschungsergebnisse entscheidende Bedeutung zu.

Eine zusammenfassende Analyse von 1955 stellt fest: „In engster Bindung an die politische Ideologie, an die philosophischen Prämissen des bolschewistischen Welt- und Menschenbildes wird aus dem Kernbezirk gesellschaftspolitisch relevanter Entwicklungs- und Aktionstheorien die Wissenschaft in ihren für das Bestehen des Herrschaftssystems wesentlichen Fachrichtungen geistig gelenkt und politisch mobilisiert. Neben den... Mitteln der social control wie gesellschaftliche Organisation, der Erziehung und Propaganda wird schließlich die Wissenschaft selbst zum Herrschaftsmittel erster Ordnung gemacht. Auf Grund einer Wissenschaftsauffassung, welche die ‚Anleitung zum praktischen Handeln‘ als vornehmste Aufgabe der Theorie definiert, wird der Wissenschaft eine doppelte Funktion zugesprochen: Bewegende Kraft des kulturellen Ganzen, Werkzeug der gesellschaftlichen Umgestaltung in der Hand der politischen Führung zu sein

— und der intellektuellen Legitimation der Herrschaft, der Sicherung und Verfestigung der herrschenden Ideologie... zu dienen.“<sup>4)</sup>

— Trifft diese Einschätzung nach 30 Jahren noch immer so zu? Zeigen sich im Rahmen der Industrialisierung Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik?

— Gibt es einen „neuen“ SED-Kurs: Pragmatismus plus Kontrolle?<sup>5)</sup>

— Bestehen Reformhemmnisse heute weniger im Bereich des Ideologischen, stärker im Organisatorisch-Strukturellen? Ist der „aufgeklärte Dogmatismus“ in der DDR strukturell reformunfähig?<sup>6)</sup> Dient die Wissenschaft heute nicht mehr nur der Sicherung der Ideologie, sondern auch ihrer Anpassung an veränderte Bedingungen, ihrer Weiterentwicklung und dem Aufbrechen verkrusteter Denk- und Verhaltensschemata?

— Gibt es Anzeichen für eine zumindest partielle „Diskursgesellschaft“, in der die „Wissenseliten“ einen nicht unwesentlichen Stellenwert einnehmen?<sup>7)</sup> Führt die zunehmende Bedeutung neuer wissenschaftlicher Entdeckungen und technischer Möglichkeiten zu einem neu zu definierenden und zu strukturierenden Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft auch in den sozialistischen Ländern? Befindet sich die DDR deshalb nicht nur in einer Legitimitäts-, sondern in einer Identitätskrise?<sup>8)</sup>

Das sind Fragen, die sich der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland heute stellen. Eines steht zumindest fest: Zwischen Partei- und Wissenschaftspolitik besteht ein enges Abhängigkeitsverhältnis. Wie stellt sich dieses Verhältnis heute im Zusammenwirken verschiedener Institutionen dar?

## Ordnungspolitische Prinzipien und Grundzüge zentralistischer Wissenschaftssteuerung

Die ordnungspolitischen Grundzüge des Sozialismusmodells weisen einen unmittelbaren Bezug zu den Strukturmerkmalen des Wissenschaftssystems in der DDR auf<sup>9)</sup>. Die Grundprinzipien des Sozialismusmodells werden in verschiedenen

Programmen, wie z. B. der DDR-Verfassung, ausgewiesen und beziehen sich im wesentlichen auf die folgenden ordnungspolitischen Richtlinien:

<sup>3)</sup> B. Marquardt, Soziologie und Politik an der AdW der DDR, Erlangen 1985.

<sup>4)</sup> O. Stammer, Vorwort zu M. G. Lange, Wissenschaft im totalitären Staat, Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. X

<sup>5)</sup> H.-R. Karutz, Neuer SED-Kurs: Pragmatismus plus Kontrolle, in: Die Welt vom 3.6.1985.

<sup>6)</sup> Vgl. H. Domdey, Tagungsbericht, Ideologie in der Krise. Die XVIII. DDR-Forschertagung, in: Deutschland Archiv, (1985) 9, S. 988 ff., und P. Dietrich, Geheimbund oder totalitäre Partei: Zur „Geheimbund-Verfassung kommunistischer Parteien“ bei Peter C. Ludz, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung (Anm. 2), S. 138 ff.

<sup>7)</sup> P. C. Ludz, Mechanismen der Herrschaftssicherung — Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR, München-Wien 1980, S. 59 und S. 100 ff.

<sup>8)</sup> Vgl. C. Burrichter, Zur Kontingenz ideologischer Reformation im wissenschaftlichen Zeitalter, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung (Anm. 2), S. 50 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. H.-J. Müller, Determinanten und Merkmale des leitenden Wissenschaftsverständnisses in der DDR, in: Das Wissenschaftssystem in der DDR, hrsgg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen), Frankfurt-New York 1979, insb. S. 31 ff.

1. Die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Partei, die SED (Art. 1 Abs. 1).
2. Die zentrale staatliche Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung (Art. 2 Abs. 2).
3. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln (Art. 2 Abs. 2).
4. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus in allen gesellschaftlichen Bereichen (Art. 47 Abs. 2).

Diese ordnungspolitischen Grundzüge des Sozialismusmodells schlagen sich in den Strukturmerkmalen des Wissenschaftssystems der DDR nieder; so z. B. legen Partei und Regierung allgemeine inhaltliche und organisatorische Leitlinien für die wissenschaftliche Arbeit fest, nehmen politisch-ideologischen Einfluß auf das individuelle Handeln des Wissenschaftlers und determinieren sein Wirken durch entsprechende Gestaltung seines Arbeits- und Tätigkeitsbereiches. Im Leitungs- und Planungssystem der Wissenschaft kommen die Grundstrukturen des in der DDR gültigen Sozialismustyps differenziert zum Ausdruck.

1. Die Grundsatzentscheidungen werden von den führenden Gremien der SED (Politbüro und ZK-Sekretariat) getroffen. Hier werden die zentralen Volkswirtschafts- und Forschungspläne „bestätigt“ und Beschlüsse gefaßt, die für wissenschaftliche Einrichtungen verbindlich sind.
2. Entscheidungsvorbereitung und Kontrolle werden im zentralen Parteiapparat von Abteilungen des ZK geleistet.
3. Im Staatsapparat werden die grundlegenden Orientierungen und Direktiven in Forschungspläne gefaßt und um Durchführungsanweisungen ergänzt. Wichtigste Einrichtungen sind der Ministerrat, die Staatliche Plankommission sowie das Ministerium für Wissenschaft und Technik. Eine herausragende Rolle kommt daneben dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen sowie der Akademie der Wissenschaften der DDR zu<sup>10)</sup>.

Die politische Führung der DDR versucht vor allem seit 1963, das in den wissenschaftlichen Akademien konzentrierte Potential zu aktivieren und zu nutzen. Die Mitwirkung der AdW im Prozeß der Entscheidungsfindung erfolgt nach dem Konzept des „demokratischen Zentralismus“.

<sup>10)</sup> Institutionen und Prozesse der forschungspolitischen Lenkung und Planung, in: Das Wissenschaftssystem (Anm. 9), S. 78 ff.

Die programmatischen Dokumente der SED seit ihrem VI. Parteitag 1963 offenbaren, daß die Bedeutung der Wissenschaft — insbesondere der AdW als Forschungseinrichtung — in den Augen der SED-Führung wesentlich gewachsen ist. Und dies wird auch dadurch deutlich, daß etwa im Gegensatz zur Grundsatzerklärung der SED von 1946 in den Parteiprogrammen von 1963 und 1976 ganze Abschnitte das Thema Wissenschaft behandeln. Eine einheitliche Leitung der Wissenschaft wurde für die SED-Führung zur zwingenden Notwendigkeit. Neben dieser Art der einheitlichen Planung und Lenkung der Wissenschaft wurde auch zunehmend eine wissenschaftlich abgesicherte Führungstätigkeit auf den verschiedenen Leitungsebenen verlangt<sup>11)</sup>.

Die Gründe für eine Umstrukturierung der Leitungsprozesse sowie der Wissenschaftsorganisation sind verschiedener Natur. Manche Maßnahmen und Kriterien sind vergleichsweise politisch neutral — als Reaktion auf Spezialisierung und Konzentration der Wissenschaften, als Ausdruck des erforderlichen finanziellen, personellen und technischen Aufwands —, andere wieder laufen auf eine stärkere Instrumentalisierung und Politisierung der Wissenschaften, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften, hinaus. Der Rhythmus der Planung und Umorganisation der wissenschaftlichen Tätigkeit drückt sowohl das Interesse der SED-Führung an der Planung und Kontrolle der Gesellschaftswissenschaften aus, wie auch — andererseits — eine zeitgemäße Reaktion auf spezifische wissenschaftsinterne Probleme einer „Industriegesellschaft“, durch die die Partei sich genötigt sah, immer intensiver zu planen und zu organisieren, wenn auch im Gewande eines „technokratischen Totalitarismus“<sup>12)</sup> bzw. einer modernen Form des aufgeklärten Absolutismus<sup>13)</sup>.

Ziel der SED-Führung war und ist es, eine straffere und geschlossenerere Planung und Leitung zu erreichen und durchzusetzen, die auf wissenschaftlichen und politischen Grundsätzen beruhen sollen, um die Planung von Volkswirtschaft

<sup>11)</sup> Vgl. H. Lades/C. Burrichter (Hrsg.), Produktivkraft Wissenschaft — Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, Hamburg 1970, S. XIV ff.

<sup>12)</sup> Vgl. ebenda, S. XV ff.

<sup>13)</sup> Ein weithin konsensfähiger Begriff für die Herrschaftsform des realen Sozialismus der achtziger Jahre ist noch nicht gefunden, wird aber als Defizit empfunden. Vgl. dazu u. a. R. Dahrendorf, Wandel, Annäherung — und der entscheidende Unterschied. Die Analyse der Systeme in Ost und West trägt nicht mehr, in: Die Zeit, Nr. 28, vom 4.7.1986, S. 3, und H. Domdey, Durch Traditionspflege bessere Akzeptanz der Modernisierung? Die XIX. DDR-Forschertagung, in: Deutschland Archiv, (1986) 9, S. 989 ff., S. 992.

und Forschung wirkungsvoller aufeinander abstimmen zu können.

Auch auf dem Feld der politischen Gruppen innerhalb der AdW ergaben sich bereits 1969 erhebliche Veränderungen. Im Mai 1969 wählte die SED-Parteioorganisation eine neue Leitung. Gleichzeitig wurde die Parteigruppe auf Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu einer Kreisparteiorganisation aufgewertet. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die immer größer werdende Bedeutung der Wissenschaft bei der Formung der DDR-Gesellschaft wie auch die Akademiereform eine vermehrte politische Leitungstätigkeit erforderten. Die neugegründete Kreisleitung sollte es als ihre Pflicht ansehen, die Parteierziehung ihrer Mitglieder zu erweitern.

Hauptaufgabe der Kreisleitung ist die konsequente Durchführung der Beschlüsse der Partei, die Verbesserung der „politisch-ideologischen Arbeit“ unter allen Wissenschaftlern der AdW, die Kontrolle der Forschungsarbeit, insbesondere im Fachbereich Gesellschaftswissenschaft, sowie die Kontrolle der Planungs- und Leitungstätigkeit an der AdW. Horst Klemm, Erster Sekretär der Kreisleitung und Mitglied des ZK der SED, unterstrich in einer Rede vor Parteisekretären der AdW 1984: „Die gründliche und kontinuierliche Arbeit mit den Dokumenten der SED und der KPdSU ist als unabdingbare Voraussetzung für weitere Erfolge zum Ausgangs- und Bezugspunkt aller konzeptionellen Arbeit, zum Kern der politisch-ideologischen Durchdringung des gesamten Forschungsprozesses zu machen . . . Wir schätzen den orientierenden und mobilisierenden Einfluß der Kampfprogramme der Grundorganisationen und die damit verbundene Parteikontrolle für den erreichten Leistungsanstieg.“

Die SED-Kreisleitung und die Parteiorganisationen haben die Aufgabe, zur Verbesserung und Erneuerung der Formen der Forschungsleitung beizutragen. Dies gilt für alle Phasen, also im Stadium der Programmformulierung (Analyse des Forschungsstandes, Bestimmung der Ziele und Methoden), während der Forschung (Kontrolle des Forschungsprozesses anhand von Zwischenergebnissen) und bei der Bewertung und Nutzung der Ergebnisse. Um diese Aufgabe zu erfüllen, arbeitet die SED-Kreisleitung mit der ZK-Abteilung Wissenschaft und den Parteisekretären der Akademieinstitute eng zusammen.

In die Forschungsleitung sollen sich die Parteiorganisationen noch stärker einschalten. Ihre Aufgabe ist es vor allem

— regelmäßige Leistungsbewertungen der Beschäftigten vorzunehmen,

— politisch-ideologische Anleitungen durchzuführen,

— die Schwerpunktziele von Wissenschaft und Technik zu propagieren,

— Parteimitglieder in die einzelnen Institute zu plazieren (Verteilung der Parteikräfte),

— auf die Zusammensetzung und Leitung der Forschungsgruppen einzuwirken,

— Parteikontrolle auf die Formulierung, Durchführung und Abrechnung der Pläne der Institute auszuüben,

— den qualifikationsgerechten Einsatz der Hochschulabsolventen zu kontrollieren,

— die leistungsgerechte Bezahlung zu sichern,

— die politische und fachliche Qualifizierung der Leiter zu verbessern und die Parteibeschlüsse an die Leiter zu vermitteln.

Eine ständige Aufgabe der Parteiorganisation ist auch die Kontrolle der Forschungsleitungen in Forschungsbereichen und Instituten.

Die Allokation der Kräfte und Mittel für Wissenschaft und Forschung ist in mehrfacher Hinsicht ein zentrales wissenschaftspolitisches Problem. Der Aufbau, die Struktur und Funktionsweise der sowjetischen Akademie der Wissenschaften dient dabei weitgehend als Muster für die AdW der DDR. Nicht zu übersehen ist, daß inzwischen die SED innerhalb der Akademie organisatorisch und personell so stark verankert wurde, um indirekt ihren Willen — von innen heraus — zur Geltung zu bringen. Diese Steuerung und Kontrolle der Partei an der AdW von innen heraus bezieht sich nicht nur auf die Personalpolitik, sondern zunehmend auch auf die vorgegebenen Forschungskonzeptionen und deren inhaltliche Gestaltung.

Der Übergang vom „überwiegend extensiven zum überwiegend intensiven Wirtschaftswachstum“ — ein Prozeß, den die Wirtschaftspolitiken aller osteuropäischen Staaten gegenwärtig zu fördern versuchen — führte dazu, daß die Wissenschaftspolitik in der DDR „unter einem veränderten Blickwinkel angegangen (wird). Die Institution Wissenschaft wurde jetzt nicht mehr nur als ideologische Reproduktions- und Umsetzungseinrichtung, sondern nun auch mehr und mehr im Sinne ihrer eigentlichen Funktion als Produktionsstätte von Innovationen verstanden“<sup>14)</sup>.

Im Rahmen des zentralistischen Systems entwickelten sich spezifische Mechanismen der Wissen-

<sup>14)</sup> C. Burrichter, Reflexionen zum Systemvergleich, in: Wissenschaft in der DDR, hrsgg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen), Köln 1973, S. 22.

schaftssteuerung; entsprechend mußten Impulse dazu von der Partei und dem Staatsapparat ausgehen<sup>15</sup>):

1. Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems (u. a. Etablierung der Wissenschaften Soziologie und sozialistische Wirtschaftsführung),
2. Veränderung der Wissenschaftsorganisation (Übertragung des Planungsgedankens auf die Wissenschaften mit dem Ziel einer durchgreifenden Steigerung der Effektivität und des Sozialproduktes; Gründung eines Forschungsrates beim Ministerrat der DDR; organisierte Zusam-

menarbeit mit Auftraggeber, Finanzier und Anwender, Gründung der Wissenschaftlichen Räte),

3. inhaltliche Steuerung von Wissenschaft und Forschung durch die SED-Führung.

Die SED-Führung zielt auf eine zunehmend „effizienzbetonte Wissenschaftssteuerung“, denn Wissenschaftssteuerung — als eine an Bedeutung gewinnende Funktion politischer Systeme — muß auch in einem zentralistischen System darauf bedacht sein, Wissenschaft in die Lage zu versetzen, „Innovationen zu produzieren“<sup>16</sup>).

## Zur Leitungsstruktur der Akademie der Wissenschaften der DDR

Die Akademie der Wissenschaften der DDR verweist ihn ihrem Statut gern darauf, daß sie aus der von Gottfried Wilhelm Leibniz begründeten Brandenburgischen Societät der Wissenschaften hervorgeht. Dies paßt in den Rahmen der mittlerweile weit in die deutsche Geschichte zurückgreifenden Traditionspflege und „Erberezeption“<sup>17</sup>. Die Akademie umfaßt „eine Gemeinschaft hervorragender Gelehrter und leistungsfähige, vorwiegend auf Gebieten der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung arbeitende Forschungseinrichtungen“<sup>18</sup>. Sie versteht sich als wissenschaftliches Zentrum der DDR. Der weit aus größte Teil ihres Potentials ist den Natur- und Technikwissenschaften zuzurechnen.

Eine der spezifischen Aufgaben der AdW nach 1969 war die Herstellung der Einheit der Akademie. Sie konnte nur mittels eines einheitlichen organisatorischen Rahmens umgesetzt werden. Ausgerichtet wurde die Struktur der AdW nach dem Prinzip der Einzelleitung. Dieses sollte die „... Einheit von zentraler staatlicher Planung und Leitung und erhöhter Eigenverantwortung der Forschungsbereiche und Forschungsgrundeinheiten“ berücksichtigen. Im wesentlichen lassen sich an der AdW der DDR drei Leitungsebenen unterscheiden:

<sup>15</sup>) Vgl. insbesondere E. Schmickl, Wissenschaftssteuerung als Funktion zentralistischer Systeme — Zur Leitung und Planung von Wissenschaft in der DDR, in: M. Rühl/J. Walchshöfer (Hrsg.), Politik und Kommunikation. Festgabe für Franz Ronneberger zum 65. Geburtstag. Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Nürnberg 1978, S. 31—69.

<sup>16</sup>) Ebenda, S. 67 f.

<sup>17</sup>) Vgl. U. Neuhäuser-Wespy, Von der Urgesellschaft bis zur SED. Anmerkungen zur „Nationalgeschichte der DDR“, in: Deutschland Archiv, (1983) 2, S. 145 ff., und J. Kuppe, Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch, in: Deutschland Archiv, (1983) 3, S. 278 ff.

<sup>18</sup>) Statut der Akademie der Wissenschaften der DDR, Beschluß des Ministerrates vom 28. Juni 1984, in: GBl. der DDR, Teil I, Nr. 19 vom 4. 7. 1984, S. 241 ff. S. 241.

— die des Präsidenten und ihm zugeordneter Organe,

— die der Forschungsbereichsleiter und

— die der Direktoren der Zentralinstitute und Institute.

Auf den drei Leitungsebenen wird das auch für andere Gesellschaftsbereiche dekretierte Grundprinzip der „Einzelleitung mit kollektiver Beratung“ angewendet<sup>19</sup>).

Durch die dem Präsidenten zugeordneten Gremien (Präsidium, Kollegium) wird sichergestellt, daß der Präsident Grundsatzentscheidungen nicht gegen den Willen der SED treffen kann. Die Entscheidungen fallen auf der Basis von Beschlüssen der SED, auf der Grundlage der Verfassung der DDR, der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, der Beschlüsse des Staatsrates und insbesondere des Ministerrates der DDR.

Mit dem 1984 für die Akademie neu in Kraft getretenen Statut wird die Akademie im Vergleich zum bisher gültigen Statut aus dem Jahre 1969 weiter aufgewertet. In der neuen Satzung werden die Aufgaben der Akademie präzisiert, ergänzt und erweitert sowie organisatorische Veränderungen festgeschrieben, die sich im Verlauf der vergangenen 15 Jahre in der Akademie-Praxis ergeben haben. Beibehalten wurde im neuen Statut die starke Position des Akademiepräsidenten. Seit 1979 ist der Pharmakologe Werner Scheller, der dem SED-Zentralkomitee angehört, Präsident der Akademie. Ihm zur Seite stehen im Präsidium ein erster Vizepräsident, mehrere weitere Vizepräsidenten, ein Generalsekretär, die Leiter der wichtigsten Forschungsbereiche und andere verantwortliche Wissenschaftler sowie der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung der Akademie.

<sup>19</sup>) Vgl. G. Lauterbach, Wissenschaftspolitik und Ökonomie, Erlangen 1980, und R. Landrock, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945—1971, 3 Bde, Erlangen 1977.

mie. Dieses 15köpfige Gremium hat die Aufgabe, den Präsidenten bei der langfristigen wissenschaftlichen Entwicklung und der Forschungsstrategie in der Akademie zu unterstützen.

Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften wurde 1984 in enger Abstimmung mit der Partei beauftragt, die Forschung der Akademieinstitute generell zu präzisieren, ein erheblich höheres Niveau der theoretischen Arbeit zu gewährleisten und eine entschlossene Wende zu realen praktischen Problemen zu vollziehen<sup>20</sup>). Bei allen Forschungsarbeiten sollten gleichermaßen theoretisches Niveau und Praxisbezug verbessert, „scholastisches Theoretisieren und enger Praktizismus“ überwunden werden. Die ständigen Diskussionen und Beschlüsse der Parteiführung zur verstärkten Grundlagenforschung, Verbesserung der Planung und Leitung sowie der Verstärkung der Rolle der Akademieinstitute im Rahmen der Gesamtforschung zeigen sowohl die Hoffnungen, die die SED-Führung mit der Akademieforschung verbindet, als auch die Grenzen, die sie ihr setzt. Die neueste Entwicklung auf diesem Gebiet, die zugleich als ein mittelfristiges Experiment gedeutet werden kann, wird durch einen Beschluß des Ministerrats der DDR vom 12. September 1985 festgelegt. Es ist der „Beschluß über Grundsätze für die Gestaltung ökonomischer Beziehungen der Kombinate der Industrie mit den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften sowie des Hochschulwesens“<sup>21</sup>). Experimentellen Charakter tragen die Grundsätze vor allem vor dem Hintergrund möglicher Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion, die für die DDR beispielgebend werden könnten und sicher auch die Strukturen und Funktionen der Kombinate erfassen würden.

Hauptanliegen des Beschlusses ist eine Ökonomisierung der natur- und technikwissenschaftlichen Forschung unter den spezifischen Bedingungen der DDR. Angepeilt werden damit vor allem:

- eine weit in die Zukunft reichende Grundlagenforschung, die bedeutende Neuerungen hervorbringt,
- wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen insbesondere in den als Schlüsseltechnologien betrachteten Bereichen,
- eine fortzuschreibende Konzeption der mathematisch-naturwissenschaftlichen, medizinischen und technologischen Forschung, die eine Konzentration des Potentials für Forschung und

Entwicklung (FuE) auf wissenschaftliche Hauptrichtungen und Schlüsseltechnologien gewährleistet,

— eine Verzahnung von Wissenschaft und Produktion, die eine schnellere und umfassendere wirtschaftliche Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse einerseits und eine stärkere Ausrichtung der Forschung an wirtschaftlichen Prioritäten andererseits ermöglicht,

— eine Straffung und Konzentration des Forschungszyklus auf die Akademie, die die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse erleichtern soll.

Um all dies zu erreichen, sollen die Beziehungen zwischen den Kombinateneinrichtungen einerseits und Akademie sowie Hochschulwesen andererseits wesentlich enger gestaltet werden. Mit Hilfe des Fünfjahrplans der Grundlagenforschung wird angestrebt, „daß der größere Teil des wissenschaftlichen Potentials der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens über Wirtschaftsverträge für Aufgaben der Kombinate eingesetzt wird“<sup>22</sup>). Sollte dies so realisiert werden, dann werden in wenigen Jahren in der DDR die Kombinate zweifellos einen starken Einfluß auf die Schwerpunkte und Fragestellungen in der Grundlagenforschung ausüben.

Eine solche Entwicklung kann durchaus als systemadäquat gewertet werden. Die damit einhergehende Dezentralisierung forschungspolitischer Entscheidungen bewegt sich sicher im politisch gewünschten Rahmen; auf die Verhältnisse im gesamten RGW bezogen dürfte sie sogar eher als konservativ zu sehen sein. Die Entwicklung entspricht darüber hinaus aber auch dem in westlichen Ländern seit vielen Jahren zu beobachtenden Trend einer starken Verlagerung — gemessen am Gesamtvolumen — von reiner und anwendungsorientierter Grundlagenforschung in die Forschungslabors der Industriebetriebe und Konzerne. Daraus könnten fruchtbare Anstöße auch auf die Grundlagenforschung in der DDR resultieren und gleichzeitig ein wirtschaftlicher Druck auf die Entwicklungsforschung ausgeübt werden.

Als problematisch könnte sich die angestrebte enge Verflechtung allerdings dann erweisen, wenn die aus der Zentralverwaltungswirtschaft bekannten Probleme (bürokratische Hemmnisse, Fehlen von persönlicher Verantwortung, Anpassung von Ergebnissen an den Plan, Nichteinhaltung von Terminen, Qualitätsmängel) auf die Forschung durchschlagen würden. Entsprechende Tendenzen sind bereits jetzt zu erkennen.

<sup>20</sup>) Vgl. K. Hager, *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche — Triebkräfte und Werte des Sozialismus*, in: *Neues Deutschland* vom 16. 12. 1983, S. 3 ff.

<sup>21</sup>) *Beschluß über Grundsätze...*, in: *GBI. der DDR, Teil I Nr. 2 (1986)* vom 16. 1. 1986, S. 9 ff.

<sup>22</sup>) *Ebenda*, S. 10

Der Sog, den die Kombinate auf die an der Akademie zu erarbeitenden Forschungsergebnisse erzeugen sollen, kann also schnell zur Flaute werden. Hinzu kommt, daß auch in Zukunft der Produktionsplan, der schließlich von einer Vielzahl von Faktoren abhängig ist, weiterhin den frischen Wind der Forschung beträchtlich entkräften wird, obwohl der Plan für Wissenschaft und Technik zeitlich vorgezogen ist. Im Alltag der DDR-Industrie dominiert die Ökonomie gegenüber Wissenschaft und Technik<sup>23)</sup>.

Der mittelfristig für und in Abstimmung mit den Kombinat zu leistende größere Anteil an Forschung in Akademie und Hochschulwesen wird von den Kombinat finanziert werden. Der Hauptweg der Forschungsfinanzierung wird also die Finanzierung durch die Kombinate. Dagegen werden für die „erkundende Grundlagenforschung“ in der Akademie und im Hochschulwesen weiterhin Mittel des Staatshaushaltes (Staatsaufträge) bereitgestellt. Dasselbe gilt für komplexe, volkswirtschaftlich übergreifende Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik. Genauere Bestimmungen über die jeweiligen Finanzierungsarten enthält die im Dezember 1985 vom Ministerrat der DDR verabschiedete „Forschungsverordnung“<sup>24)</sup>.

Die „Forschungsverordnung“ und der „Beschuß über die Grundsätze ...“ markieren zusammen einen neuen Versuch, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR für den Bereich der Natur- und Technikwissenschaften zu entzerren, zu dynamisieren und vor allem zu ökonomisieren. Vielleicht gelingt damit ein bedürfnisgerechteres Aufgreifen von Forschungsfragen, vielleicht auch eine schlüssigere Einbindung des DDR-Forschungspotentials in die Weltwissenschaft. Entscheidender Punkt dürfte hier der formal und materiell definierte Handlungsspielraum der Kombinate sein. Positiv könnte sich eine — als Möglichkeit sich abzeichnende — Entzerrung von anwendungsorientierter (durch Kombinate

finanzierte) und reiner (staatlich finanzierte) Grundlagenforschung auswirken: Letztere könnte sich stärker und kompromißloser an der wissenschaftsimmanenten Entwicklung orientieren und sich der internationalen Zusammenarbeit weiter öffnen.

Nicht unmittelbar betroffen von diesen Veränderungen der Rahmenbedingungen sind die Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Die Forschungsverordnung vom Dezember 1985 beläßt es dabei, daß Aufgaben der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der Akademie und der Hochschulen aus Mitteln des Staatshaushalts finanziert werden<sup>25)</sup>. Ausgeschlossen werden damit von Kombinat finanzierte Projekte gesellschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen allerdings nicht. Auch in den Kombinat selbst können entsprechende Forschungsgruppen bestehen, so z. B. soziologische Labors. Die Bedeutung der kombinatfinanzierten Forschung ist für die Gesellschaftswissenschaften im Vergleich zu den Natur- und Technikwissenschaften aber sehr gering.

Die Anbindung der Gesellschaftswissenschaften an die Praxis, d. h. an Politik, an Betriebe und gesellschaftliche Einrichtungen (etwa: FDGB, Kulturbund), ist insbesondere durch „Wissenschaftliche Räte“ für Disziplinen und Forschungsfelder und durch parteieigene Forschungseinrichtungen gewährleistet. Sie bilden zusammen die wesentliche institutionelle Basis für die Umsetzung des „Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR“ (ZFP). Sie sind die entscheidende Basis für die inhaltliche Anleitung und Kontrolle der an Akademie und im Hochschulwesen betriebenen gesellschaftswissenschaftlichen Forschung durch die Partei. (Wissenschaftliche Räte bestehen auch für die natur- und technikwissenschaftliche Forschung. Sie können jedoch in dem hier interessierenden Zusammenhang außer Betracht bleiben.)

## Parteiinstitute und Wissenschaftliche Räte für Gesellschaftswissenschaften

Erheblich älter als die Wissenschaftlichen Räte sind die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der SED. Ihre Entstehung reicht überwiegend in die Anfangsjahre der SBZ/DDR zurück. Gegründet wurden:

- 1946 die Parteihochschule „Karl Marx“,
- 1949 das Marx-Engels-Lenin-Institut, seit 1956 Institut für Marxismus-Leninismus,
- 1951 das Institut für Gesellschaftswissen-

<sup>23)</sup> Vgl. G. Lauterbach, Veränderungen in der Leitung, Planung und Kontrolle von Wissenschaft und Technik zur Jahreswende 1983/84, in: FS-Analysen, Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, (1984) 6, S. 51 ff., S. 56.

<sup>24)</sup> Verordnung über die Leitung, Planung und Finanzierung der Forschung an der Akademie der Wissen-

schaften der DDR und an Universitäten und Hochschulen, insbesondere der Forschungskooperation mit den Kombinat — Forschungsverordnung — vom 12. Dezember 1985, in: GBl. der DDR, Teil I Nr. 2 (1986) vom 16. 1. 1986, S. 12 ff.

<sup>25)</sup> Ebenda, S. 16.

schaften, 1976 umbenannt in Akademie für Gesellschaftswissenschaften,

— 1965 das Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung.

1964 war dazu noch ein Institut für Meinungsforschung eingerichtet worden, das aber 1979 wieder aufgelöst wurde. Grund dafür war wohl die der SED als potentiell gefährlich erscheinende Konzentration sozialwissenschaftlichen Faktenwissens neben den höchsten politischen Führungsgremien.

Alle oben genannten Parteiinstitute führen das Attribut „beim ZK der SED“, unterstehen also dem Zentralkomitee der staatstragenden Partei, zuvorderst der ZK-Abteilung Wissenschaft. Die Leiter der Einrichtungen sind in der Regel Mitglieder des SED-Zentralkomitees. Die von der SED vertretene „wissenschaftliche Weltanschauung“ hat eine wesentliche institutionelle Verankerung in den Parteiinstituten. Die dort entwickelten Ideen sind längst nicht mehr als die jeweiligen Kopien vorausgegangener sowjetischer Überlegungen zu bewerten.

Die herausgehobene Rolle der Parteiinstitute wird nicht nur durch ihre Anbindung an das ZK der SED deutlich, sondern auch durch ihre Dominanz im Wissenschaftsbetrieb. 1968 hat die SED-Führung ihnen den Status „Zentraler Leit-inrichtungen“ bzw. von „Leit-instituten“ verliehen. Aus dieser Aufwertung und der Nähe zum politischen System ergibt sich ihre besondere Bedeutung vor allem in den folgenden Bereichen:

— der Ausarbeitung des zentralen Forschungsplans (ZFP) für die Gesellschaftswissenschaften,

— der Beeinflussung des laufenden Forschungsprozesses und der Berücksichtigung eventuell veränderter politischer Leitlinien und Ziele,

— der Koordinierung und Evaluierung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR,

— der Vorbereitung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Führungspositionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Wissenschaft,

— der Pflege der sozialistischen internationalen Zusammenarbeit,

— der kritischen Auseinandersetzung mit der nichtmarxistischen sozialwissenschaftlichen Forschung.

Die Parteiinstitute zeichnen sich insbesondere auch dadurch aus, daß sie als einzige alle bei Großeinrichtungen des Forschungssystems in der DDR nachweisbaren Funktionen zugleich wahrnehmen: Sie leisten Forschung, Lehre, Lenkung des Forschungsbetriebes und Beratung staatlicher

und gesellschaftlicher Entscheidungsträger bzw. oberster Parteiorgane<sup>26</sup>). Sie sind Mittel für einen straffen Konnex von Wissenschaft und Politik und zugleich einer „aufgeklärten“ Dominanz der letzteren über erstere. Möglich wird dies nicht zuletzt dadurch, daß eine eindeutige Zuordnung insbesondere der Inhaber von Führungspositionen in den Parteiinstituten zu Wissenschaft oder Politik kaum mehr gelingt. Gelernte Wissenschaftler üben hier Funktionen von Wissenschaftspolitikern und Machtpolitikern aus.

Die im Zuge der industriegesellschaftlichen Entwicklung zu erwartende Differenzierung der Organisation und Leitung im Bereich der Gesellschaftswissenschaften spiegelt sich in der Einrichtung von Wissenschaftlichen Räten<sup>27</sup>) wider. Die Gründung Wissenschaftlicher Räte für einzelne Disziplinen oder Forschungsfelder gehört zweifellos zu den herausragendsten wissenschaftsorganisatorischen Maßnahmen in der DDR. Will man eine Parallele zur oben aufgezeigten „Ökonomisierung“ der natur- und technikwissenschaftlichen Forschung herstellen, so kann man hier ganz grob von einer „Vergesellschaftung“ der sozialwissenschaftlichen Forschung sprechen, in der allerdings die Politik noch immer den Primat hat.

Die Wissenschaftlichen Räte sollen als Vermittlungsinstitutionen zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft sowie zwischen den Trägern des Forschungsprozesses fungieren. Sie sind zu charakterisieren als „... eine spezifische Ausprägung des für alle gesellschaftlichen Bereiche gültigen Prinzips der Verbindung von Zentralismus und relativer Eigenverantwortung. Einerseits sind die Wissenschaftlichen Räte von der politischen Führung für die inhaltliche Leitung und Planung der Gesellschaftswissenschaften eingesetzt, andererseits sind sie als „Zentren und Inspiratoren des wissenschaftlichen Lebens (Hager) eine neuartige Form ausdifferenzierter scientific community“<sup>28</sup>). Nach dem VIII. Parteitag der

<sup>26</sup>) Vgl. dazu und zu den einzelnen Forschungseinrichtungen W. Gruhn/G. Lauterbach, Die Organisation der Forschung in der DDR, in: Das Wissenschaftssystem in der DDR, hrsgg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen), Frankfurt-New York 1979<sup>2</sup>, S. 127 ff.

<sup>27</sup>) Vgl. dazu insbesondere P. C. Ludz (Anm. 7), S. 191f.; W. Illner, Der Wissenschaftliche Rat für Soziologische Forschung und die Schwerpunkte der Soziologie in der DDR, in: Beiträge zur Deutschlandforschung, hrsgg. von D. Voigt und M. Messing, Bochum 1982, S. 89—117; E. Schmickl (Anm. 15), S. 30ff.; H. Laatz (Anm. 2), S. 70 ff.

<sup>28</sup>) G. Lauterbach/R. Schwarzenbach, Neue Aspekte der Forschungspolitik. Der Rat für wirtschaftswissenschaftliche und der Rat für staats- und rechtswissenschaftliche Forschung der DDR, in: Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen), (1979) 2, S. 9.

SED (1971) wurde die Eigenverantwortung der Räte gestärkt und die Bedeutung der zentralen Leiteinrichtungen (meist Parteiinstitute) relativiert.

Mitglieder eines Wissenschaftlichen Rates können neben Wissenschaftlern auch Partei- und Staatsfunktionäre, Vertreter aus Wirtschaft und Industrie und Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen sein. Meist sind die Leiter der wichtigsten Forschungseinrichtungen eines Faches auch als Mitglieder im Rat integriert.

Vorläufer der neuen Institution war der bereits 1964 gegründete und 1969 neu konstituierte Wissenschaftliche Rat für soziologische Forschung. Bei der Neukonstituierung wurden neben Fachwissenschaftlern auch Vertreter des gesellschaftlichen Lebens in den Rat berufen. Erst auf dieser breiteren Basis von Mitgliedern konnte der Rat der ihm zgedachten Funktion gerecht werden und eine Klammer zur Praxis bilden.

Zunächst hatte der Rat vorrangig die Umsetzung der politischen Beschlüsse für die soziologische Forschung gewährleisten sollen. Die ersten Aufgaben dieses Gremiums bemessen sich an der sozialtechnologisch motivierten Instrumentalisierung der Wissenschaften durch die politische Führung<sup>29</sup>). Mit der Verbreiterung der Mitgliederbasis und der Ausweitung seiner Funktionen hat er sich zu einem Mittel der differenzierteren Erfassung gesellschaftlicher Entwicklungen und des kontrollierten Experimentierens formiert — ohne daß damit seine ursprünglichen Funktionen aufgehoben worden wären.

Aus der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung lassen sich — in etwa beispielhaft für die anderen Wissenschaftlichen Räte — die folgenden Funktionen ableiten:

- Vorbereitung der mittelfristigen (fünfjährigen) Forschungsplanung und Abstimmung mit angrenzenden Forschungsbereichen,
- Umsetzung des vom Politbüro „bestätigten“ ZFP,
- Koordinierung, Anleitung und Kontrolle der Forschungsträger beim Erstellen ihrer Forschungskonzeptionen, der Durchführung ihrer Arbeit und der Evaluierung ihrer Forschungsergebnisse,
- Förderung des „wissenschaftlichen Meinungsstreits“ und der interdisziplinären Arbeit,

<sup>29</sup>) E. Schmickl, Zur Wissenschaftsentwicklung im sozialistischen System. Soziologie in der DDR als Ergebnis sozialen Wandels und politischer Programmatik, Diss., Erlangen 1974, S. 60 ff.

— Verbreitung und Propagierung von Forschungsergebnissen sowie Beratung von Praxispartnern,

— Ausarbeitung theoretisch begründeter Empfehlungen zur Leitung und Planung der Gesellschaft, vor allem für politische Führungsgremien,

— Mitwirkung an der Gestaltung der Soziologenausbildung,

— Unterstützung und Beratung von Gremien und Forschungsträgern bei der internationalen Wissenschaftskooperation.

Diese Vielfalt von Funktionen kann ein Gremium nur im Zusammenwirken mit anderen Einrichtungen bewältigen, so z. B. mit dem Wissenschaftlichen Rat für Fragen der Sozialpolitik und Demographie und dem Wissenschaftlichen Beirat für marxistisch-leninistische Soziologie beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Zur Erhöhung der Praxiswirksamkeit der Forschungen werden die inhaltlichen Konzeptionen und Forschungsergebnisse mit Vertretern der Bezirksleitungen der SED, Vertretern der Staatlichen Plankommission sowie Mitgliedern des Bundesvorstandes des FDGB diskutiert. Die Differenzierung und Entzerrung manifestiert sich auch institutionell beim Rat selbst: durch die Bildung von Problemräten, die dem Rat zugeordnet sind und eigene Tagungen durchführen sowie Beziehungen zu Einrichtungen außerhalb der Wissenschaft unterhalten. Die Zahl der Problemräte (u. a. zu „Sozialstruktur“, „Lebensweise und Territorium“) ist mittlerweile auf acht gestiegen; hinzu kommt noch eine Arbeitsgruppe „Soziologie im Betrieb“.

Die Gesamtzahl der Wissenschaftlichen Räte für Disziplinen und Forschungsfelder im Bereich der Gesellschaftswissenschaften beträgt derzeit 38, wobei 14 von ihnen dem Wissenschaftlichen Rat für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zugeordnet sind. Sitz von Wissenschaftlichen Räten sind meist Forschungseinrichtungen, für Disziplinen mit großer Affinität zu Ideologie und politischen Grundfragen vor allem Parteiinstitute. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ist Sitz der Räte für marxistisch-leninistische Philosophie, für Wissenschaftlichen Kommunismus, für soziologische Forschung, für marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften, für internationale Arbeiterbewegung, für Ökonomie und Politik sozialistischer Länder und für politische Ökonomie des Sozialismus<sup>30</sup>). Auch die große Zahl der Wis-

<sup>30</sup>) Wissenschaftliche Räte der DDR für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung, in: Einheit, (1986) 8, S. 734 f.

wissenschaftlichen Räte ist ein Indiz für Differenzierung und Entzerrung des Wissenschaftssystems, für die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die verschiedenen Handlungsbereiche und die — politisch kontrollierte — „Vergesellschaftung“ der Wissenschaften.

Sieben Wissenschaftliche Räte, darunter der Wissenschaftliche Rat für die wirtschaftswissen-

schaftliche Forschung, haben ihren Sitz an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Dies unterstreicht deren Gewicht nicht nur als Forschungs-, sondern auch als Leitungseinrichtung. Probleme der Forschungsorganisation, ihrer Leitung und Kontrolle sollen deshalb am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der AdW aufgezeigt werden.

## Gesellschaftswissenschaftliche Forschung an der AdW der DDR

Zum Fachbereich Gesellschaftswissenschaften gehörten 1983/84 die folgenden Einrichtungen: die Zentralinstitute für Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Literaturgeschichte, Sprachwissenschaft sowie für alte Geschichte und Archäologie und die Institute für Wirtschaftsgeschichte, für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft, für Theorie des Staates und des Rechts sowie für Soziologie und Sozialpolitik. Der Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften verfügte am Jahresende 1984 über 1 580 Mitarbeiter. Davon waren 65,7% direkt in der Forschung beschäftigt. Im Vergleich zu 1975 ist damit der Anteil der in der Forschung beschäftigten Personen um 1,7% gestiegen. Gegenwärtig arbeiten im Forschungsbereich 90 Professoren, d. h. 30 mehr als 1975. 170 wissenschaftliche Leitungskader an der AdW werden bis 1990 die Altersgrenze erreichen und ihre Leitungsfunktion abgeben (Institutsdirektoren, Bereichsleiter und Abteilungsleiter). Im nachfolgenden Planjahr fünft werden es sogar über 200 sein. Das bedeutet, daß in den nächsten 15 Jahren ein kompletter Generationswechsel im Führungs- und Leitungsbereich erfolgen wird. Die Parteiführung sieht darin die Gefahr einer möglichen politischen Instabilität der AdW und fordert schon gegenwärtig eine systematische wissenschaftliche und politisch-ideologische Arbeit mit der sogenannten Kaderreserve in der Partei, um die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte zu politischer Loyalität zu erziehen. Es wird erforderlich, die Qualifizierung auf der mittleren und unteren Ebene der wissenschaftlichen Grade zu beschleunigen.

Der dominierende Einfluß der Partei auf die Personalpolitik fördert auch an den gesellschaftswissenschaftlichen Akademieinstituten die Herausbildung von drei politischen Strömungen innerhalb der Intelligenz:

— eine dogmatisch-orthodoxe Richtung, der vorwiegend Führungs- und Leitungskräfte der Akademie anhängen,

— eine opportunistische Richtung, die von der Mehrheit des wissenschaftlichen Potentials vertreten wird,

— aber auch eine systemkritische Haltung, insbesondere unter den jüngeren Mitarbeitern der Akademie.

An den verschiedenen Institutionen der AdW werden Schwachstellen und Rückstände der Leistungsbereitschaft und Fähigkeit deutlich sichtbar. Auch kam es in der Vergangenheit in mehreren Instituten — in den Wirtschaftswissenschaften, in der Geschichte und zuletzt besonders massiv in der Philosophie — zu ernsthaften politischen Auseinandersetzungen. Parteiausschlüsse, Berufsverbote und Umbesetzungen waren die Konsequenz. Eine Folge dieser Auseinandersetzungen am Zentralinstitut für Philosophie war, daß die Personalpolitik gestrafft und die theoretischen Ausgangs-, Bezugs- und Zielpunkte der Forschung verstärkt durch zentrale Parteinstanzen kontrolliert und gesteuert werden. Seit 1980/81 erfolgte eine noch straffere Einbindung der Akademie in den Partei- und Staatsapparat. Die Projekte des Zentralen Forschungsplanes unterliegen strengster Parteikontrolle.

Die Direktoren und Leiter der einzelnen Institute können regelmäßig eine inhaltliche Kontrolle, eine parteiliche Überprüfung des Forschungsprozesses anordnen. Der Forschungsprozeß wird gegebenenfalls abgebrochen, wenn dieser nicht nach entsprechenden Maßstäben der Parteiführung verläuft. Ein Beispiel ist das Forschungsprojekt „Systemtheorie“ am Zentralinstitut für Philosophie unter der Leitung von Camilla Warnke und Peter Ruben. Dieses Forschungsprojekt wurde abgebrochen, weil es nicht den Vorstellungen von Kurt Hager entsprach, der als Mitglied des Politbüros für Ideologie und Wissenschaft zuständig ist. Offensichtlich als Reaktion auf solche Entwicklungen wurde an der Akademie in den achtziger Jahren eine zunehmend stärkere und differenziertere Kontroll- und Eingriffsmöglichkeit des Ministeriums für Staatssicherheit spürbar.

Durch die für Politik und Gesellschaft zunehmende Bedeutung der Wissenschaft sieht die SED sich gezwungen, ihre Kontrolle insbesondere über ihre Wissenschaftskader zu intensivie-

ren. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dehnt deshalb seinen Machteinfluß weiter aus. Wie weit die Sicherheitskontrolle gegenüber Wissenschaftlern geht, zeigt z. B. eine interne Anordnung des Präsidenten der Akademie aus dem Jahre 1982. Diese Anordnung legt fest, daß westliche Bücher nur noch begrenzt an Wissenschaftler, entsprechend ihrem Forschungsauftrag, ausgeliehen werden. Systematische Buchkontrolle und -erfassung ermöglichen zugleich, Interessen und politische Orientierung der Mitarbeiter einzugrenzen.

Die parteiliche Kontrolle der Wissenschaftler in der DDR wird mit Hilfe des MfS um undurch-

sichtige Methoden erweitert. Daß dies dem immer wieder — gerade von Wissenschaftsfunktionären der SED — geforderten „Meinungsstreit“ unter den Wissenschaftlern keineswegs dienlich sein kann, liegt auf der Hand. Und diese Feststellung trifft dazu nicht einmal nur für die Entwicklung „kritischer“ Argumente, Vorstellungen und Denkweisen zu, sondern auch schon auf die gesamte Bandbreite von Denkmöglichkeiten, die sich im vorgegebenen Rahmen zur Lösung der gestellten Aufgaben anbieten. Mehr Kontrolle führt zu weniger Phantasie und Innovation, sie ist für die Effizienz des gesellschaftlichen Systems denkbar kontraproduktiv.

## Der Zentrale Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften in der DDR

Als erheblich akzeptabler — wenn auch nicht unproblematisch — erscheint dagegen eine zentrale Planung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung für einen überschaubaren Zeitraum. Problematisch sind hier vor allem Art und Umfang der politischen Einflußnahme sowie die partielle Beschränkung oder Ausschließung des einzelnen Wissenschaftlers bei der Formulierung der Fragestellungen. Die Zentrale (Wissenschaftliche Räte, ZK-Abteilung Wissenschaft, Politbüro) reduziert ihre Funktion schließlich nicht auf die Sammlung und Kenntnisnahme der bei den Forschungsträgern beabsichtigten Untersuchungen. Ziel der Planung ist vielmehr sicherzustellen, daß die inhaltliche Orientierung und Leitung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung vorgegebenen Kriterien entspricht. Die Parteiführung kontrolliert so die mittelfristige Entwicklung und versucht, ihre ideologischen Postulate, politischen Ziele und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit den sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen und -programmen in Einklang zu bringen.

Die zentrale Planung legt auch die Prioritäten von Forschungsprojekten fest. Mit dem vom Politbüro „bestätigten“ Plan werden den Gesellschaftswissenschaftlern Themen vorgegeben, die nach Ansicht der Parteiführung — wenn auch auf Vorschlag oder in Abstimmung mit Einrichtungen der Wissenschaft — vordringlich einer wissenschaftlichen Bearbeitung und Lösung bedürfen.

Die Zentralen Forschungspläne sind Rahmenpläne. Als solche liefern sie den Wissenschaftlern und den wissenschaftlichen Institutionen Orientierungsanweisungen für die eigenverantwortliche Forschungsplanung. Die Einzelheiten der Durchführung von Forschungsprojekten planen

die jeweiligen Institute selbst. Sie setzen auch die Vorgaben in Jahresarbeitspläne um. So erfolgt ein Zusammenspiel von mittelfristiger Planung, daraus abgeleiteten Jahresarbeitsplänen, Durchführung der Forschung und Berichterstattung über Forschungsergebnisse, Formulierung von Vorschlägen für den folgenden Planzeitraum, Verdichtung von Vorschlägen, Vergleich mit politischen Zielstellungen und Ableitung neuer Fragestellungen durch die beteiligten Gremien, Formulierung des Forschungsplans und schließlich Bestätigung durch das Politbüro.

Auf einer Konferenz der Ideologischen Kommission beim Politbüro beim ZK der SED mit Gesellschaftswissenschaftlern im März 1964 wurde erstmals eine Effektivierung der Wissenschaftsorganisation und die Erstellung eines Forschungsprogramms bis 1970 verlangt. 1968 wurde ein Beschluß des Politbüros über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR“ vorgelegt. Darin wurden den Gesellschaftswissenschaften bestimmte Funktionen zugewiesen, zentrale Leit- einrichtungen festgelegt und eine Liste von gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunktthemen formuliert<sup>31</sup>). Dieser Beschluß war der Vorläufer der später verabschiedeten Zentralen Forschungspläne.

Die einschneidende Bedeutung der Politik für den Forschungsplan verdeutlicht u. a. die Verabschiedung des — dem Namen nach — ersten Zentralen Plans für die Gesellschaftswissenschaften. Mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker

<sup>31</sup>) Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR (Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22.10.1968), in: Einheit, (1968) 12, S. 1455 ff.

im Mai 1971 vollzogen sich auch einschneidende Veränderungen in der Programmatik: Das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ wurde zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, der DDR-Zentrismus wurde suspendiert und von einer internationalistischen Orientierung in vielen Bereichen (so etwa der Geschichtsschreibung) abgelöst. Die Folge war, daß der Plan erst geraume Zeit nach dem Wechsel erscheinen konnte, obwohl er mit dem für die Wirtschaft geltenden Planzeitraum (1971 bis 1975) gekoppelt sein sollte<sup>32</sup>). In diesem Zentralen Forschungsplan, an dem sich alle Gesellschaftswissenschaftler in der DDR zu orientieren hatten, heißt es u. a.: „Die gesamte gesellschaftswissenschaftliche Arbeit ist so zu organisieren, daß dem Zentralkomitee in verstärkter Weise fundierte Informationen über theoretische und praktische Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung übergeben werden. Es ist zu gewährleisten, daß aus dem Forschungsprozeß ständig Informationen über reale Entwicklungsprozesse, wissenschaftliche Aussagen über künftige Entwicklungen, über Lösungswege für herangereifte Probleme erfolgen.“<sup>33</sup>)

Die Pläne 1976 bis 1980 und 1981 bis 1985 erschienen rechtzeitig vor Beginn des Planzeitraums; der für 1986 bis 1990 geltende Zentrale Forschungsplan erschien wiederum verspätet. Er wurde erst nach dem XI. Parteitag der SED (April 1986) vom Politbüro bestätigt und veröffentlicht<sup>34</sup>). Wie in den vorangegangenen Zentralen Forschungsplänen sind auch in dem jetzt vorliegenden Plan die bestimmten Forschungseinrichtungen zugewiesenen konkreten Forschungsthemen, die Vorhaben von Veröffentlichungen und die Pläne zur Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen nicht abgedruckt. Auf wissenschaftliches Interesse können jedoch auch die veröffentlichten Teile stoßen. Die enge Verknüpfung von Wissenschaft und Politik, insbesondere die Ausrichtung der Forschung auf bestimmte Ziele und die Ableitung von Forschungsthemen von politischen Leitlinien, ermöglichen Rückschlüsse aus dem Forschungsplan auf die mittel- bis langfristige Strategie der SED.

Zu einem großen Teil spiegelt der aktuelle Plan zweifellos Kontinuität in der Forschungslandschaft und -politik der DDR wider, was im Einzelfall bereits wichtig sein kann. Hierzu gehören

<sup>32</sup>) Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975, in: *Einheit*, (1972) 2, S. 169 ff.

<sup>33</sup>) Ebenda, S. 173.

<sup>34</sup>) Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986–1990, in: *Einheit*, (1986) 8, S. 681 ff.

u. a. die Untersuchung von „Gesetzmäßigkeiten der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, der Entwicklung der Sozialstruktur, Mittel zur und Folgen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Fragen der „sozialistischen Lebensweise“, der Bildung, des Geschichtsbildes, des „revolutionären Weltprozesses“ und „der allgemeinen Krise des Kapitalismus“. Sicher gibt es Themen, die den Beharrungstendenzen im Wissenschaftssystem zuzuschreiben sind, doch auch sie müssen in die politische Landschaft passen.

Die SED hält offensichtlich entschlossen an ihrer Wirtschaftsstrategie einer weiteren „Intensivierung“ und der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fest. Die Stimulierung von Leistung und die Initiierung sowie das Wirksamwerden von wissenschaftlich-technischem Fortschritt sind deshalb zentrale Themen der Gesellschaftswissenschaftler. Die SED rechnet jedoch auch auf längere Sicht nicht damit, daß sie im Bereich der Wirtschaft den Abstand zur Bundesrepublik aufholen könne. Wichtig sind deshalb weiterhin Forschungen zur Verbundenheit mit Region und Tradition, zur Identifizierung mit sozialistischen Normen und Werten, zum zunehmenden Stellenwert des Individuums in der Gesellschaft, die geeignet erscheinen, in der Bevölkerung Zustimmung zum Gesellschaftssystem zu erzeugen.

Die Veränderungen sind vor allem an zwei Punkten festzumachen:

1. Während im letzten ZFP im Zusammenhang mit der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ vom zugleich „allmählichen Übergang zum Kommunismus in allen Bereichen“ die Rede war, erscheint jetzt der Kommunismusbegriff nur noch als „kommunistische Erziehung“ und im Begriff des „Antikommunismus“. Erreicht werden soll, daß an dem hinter dem Horizont verschwundenen kommunistischen Idealbild selbst längerfristig die reale gesellschaftliche Entwicklung nicht gemessen werden kann. Die jetzt als progressiv erscheinende sozialistische Leistungsgesellschaft hat die kommunistische Gesellschaft als reale Utopie abgelöst.

2. Ein gravierender Wandel ist für die Konzeption der ideologischen Auseinandersetzung zu konstatieren. Die SED scheint entschlossen, den Dialog mit einem breiten Adressatenkreis aufzunehmen oder fortzuführen. Entschiedene Ablehnung dürfen künftig nur die „aggressivsten und reaktionärsten Kreise des Imperialismus“ erfahren. Mehrfach wird die Formulierung von der „Koalition der Vernunft und des Realismus“ gebraucht, die ein Interesse an vielseitigen Kontakten auf der Basis gemeinsam interessierender

Fragen signalisiert. Eine immerhin partielle ideologische Koexistenz könnte möglich werden.

Diese aus dem Zentralen Forschungsplan ableitbaren politischen Leitlinien der SED gehören für die Gesellschaftswissenschaftler in der DDR zum „wissenschaftlichen Weltbild“, das einen Teil des Inputs ihrer Forschungen darstellt. Die Vorgaben mögen für den einzelnen mehr oder weniger leicht nachzuvollziehen sein; zunächst jedenfalls, und für manchen wohl auch auf Dauer, werden sie als Außensteuerung des Forschungsprozesses,

als Begrenzung des Erkenntnisinteresses und der Interpretation von Forschungsergebnissen wahrgenommen. Die Politik definiert (zumindest begrenzt) wissenschaftliche Sachverhalte, sie transformiert den Forschungsprozeß. Der Zentrale Forschungsplan erweist sich nicht nur als Um- und Befriedung von Forschungsinteressen (letzteres durch Mitwirkung und Langfristigkeit), sondern auch als ein potentiell und nicht selten reales Instrument der „Entdifferenzierung“<sup>35</sup>), an der unmittelbaren Rückkoppelung der Wissenschaften an politische Interessen.

## Ambivalenz der weiteren Entwicklung

In wachsendem Ausmaß sind aber auch Transformationsprozesse zu erkennen, die nicht auf die Lenkung der Wissenschaft durch die SED zurückgehen. Sie resultieren vor allem aus der Übernahme nichtmarxistischer Konzepte (in der Soziologie z. B. Lebensweise, Sozialstruktur, Bedürfnisse) und finden Eingang in die Vorstellungswelt und die politische Zielstellung der SED. Innovationen in den Gesellschaftswissenschaften beeinflussen das politische Denken in der DDR. Ein Beispiel dafür ist die 1976 in das Parteiprogramm der SED aufgenommene Passage über die Sozialstruktur. Auch die inzwischen veränderte politische Beurteilung des Stadt-Land-Unterschieds ist den dazu vorliegenden Forschungsergebnissen zuzuschreiben.

Zweifellos bleibt die Wirkung einer wirklichkeitsbezogeneren Sichtweise der SED selektiv. Politik bleibt abhängig von Interessen, politischen Zielen und Utopien, von der geopolitischen Lage eines Landes, von der Machtbehauptung und -perpetuierung der Herrschenden. So ist es nicht verwunderlich, daß den Gesellschaftswissenschaften in der DDR „Einfluß auf politische Entscheidungen ... nur da eingeräumt worden (ist), wo ihre soziologischen Erkenntnisse nicht im Widerspruch zu den Interessen und Absichten der Herrschaftsgruppe standen“<sup>36</sup>).

Die Wissenschaften in der DDR konnten sich bislang immer nur im Rahmen eines — veränderten Umständen sich anpassenden — Machtsicherungssystems entfalten. Die Wissenschaftler und die übrige „Intelligenz“ erwiesen sich auch hier als eine „stabilisierend-technokratische als auch in begrenztem Maße... kritische Führungsschicht, wobei die repressiven Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse dieses Kritikpotential in Grenzen halten“<sup>37</sup>). Dabei kann diese Schicht offensichtlich über die von der Partei und ihren Kontrollorganen vorgezeichneten Denk- und Verhaltensmuster allenfalls partiell und allmählich hinausgehen. Über die vorgelegten Forschungsergebnisse verfügen die Partei oder ebenfalls der Parteikontrolle unterliegende Praxispartner — immer häufiger allerdings im Zusammenwirken mit den Forschern selbst und ihren Repräsentanten, den „Wissenschaftler-Politikern“.

Die Wissenschaftler in der DDR sind in das System integriert; eine „institutionalisierte Gegenelite“<sup>38</sup>) bilden sie nicht. Daß Wissenschaftler die wesentlichen Strukturen der Gesellschaft alternativ formulieren dürften, auch nur als Diskussionsgrundlage, bleibt weiterhin unvorstellbar. Erkenntnisfortschritt vollzieht sich im Spannungsfeld von ideologischen Normen und politischen Erwartungen einerseits und auf Objektivität und Emanzipation gerichtetem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse andererseits. Die Grenzen markiert die Politik.

<sup>35</sup>) „Der Begriff 'Entdifferenzierung' meint in erster Linie den Anspruch auf gesellschaftliche Durchsetzung totalitärer oder autoritärer politisch-ideologischer Orientierungs- und Einstellungsmuster, den immer wieder neu bekräftigten Führungsanspruch eines einzigen Teilsystems“. P. C. Ludz (Anm. 7), S. 60f.

<sup>36</sup>) H. Laatz (Anm. 2), S. 74

<sup>37</sup>) E. Gloeckner, Die Intelligenzia in der sozialistischen Gesellschaft, in: Osteuropa, (1984) 7, S. 477f.

<sup>38</sup>) Vgl. P. C. Ludz, Parteielite im Wandel, Köln und Opladen 1968.

## Politische Rituale in der Sowjetunion und der DDR

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges etablierten sich an der europäischen Peripherie der Sowjetunion bürokratische Herrschaftssysteme. In diesen von der Sowjetarmee besetzten Ländern bildeten sich nach revolutionsartigen Umwälzungen Regime, die bis heute durch die „Herrschaft der vereinigten Exekutiven von Partei, Staat und einigen Massenorganisationen“<sup>1)</sup> gekennzeichnet sind. Sie haben alle wichtigen politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse, Konfliktaustragungen und den gesellschaftlichen Interessenausgleich an sich gezogen. Damit sind einer Öffentlichkeit, in der Bürger ihre Interessen autonom und kontrovers artikulieren, die Herrschenden kontrollieren oder gar abwählen, die entscheidenden Voraussetzungen genommen.

Solcherart bürokratische Herrschaft beruht vor allem auf Massenloyalität. Sie zu sichern, ist eine vorrangige — wenn nicht die entscheidende — Aufgabe der oberen Nomenklaturkader. Diese Aufgabe gleicht einem Tausch ohne Alternative, bei welchem bürokratischen Steuerungs- und Sicherungsleistungen in der Innen- und Außenpolitik auf der einen Seite Arbeitsleistungen und systemkonforme Partizipation von Bürgern auf der anderen Seite gegenüberstehen.

Ein seit der Oktoberrevolution bis heute von der UdSSR und ihren Verbündeten begangener Weg der Loyalitätsbeschaffung führt über die Ideologie. Dabei zeigt die gegenwärtige Staatsideologie deutliche Abnutzungserscheinungen. Symptomatisch dafür ist das Verblässen der marxistischen Utopie, d. h. der Momente, die die Wirklichkeit

zu sprengen geeignet, nicht jedoch auf Versöhnung oder gar Verdeckung angelegt sind. Zwar verläuft der ideologische Betrieb in gewohnten Bahnen, doch die Kraft des Marxismus-Leninismus zu gesamtgesellschaftlicher Zielsetzung ist verbraucht.

Im entscheidenden geschichtsphilosophischen Punkt der absoluten Wegewißheit haben die Marxisten-Leninisten wohl nicht die Lehre, aber ihren Absolutheitsanspruch auf den einzigen „Weg zum Heil“<sup>2)</sup> faktisch aufgegeben. Damit ist auch die Gewißheit ins Wanken geraten, den Wettstreit der Ökonomien zwischen Ost und West gewinnen zu können. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die alte Programmatik des „Einholens“ und „Überholens“ desavouiert mit der Folge, daß sie in der offiziellen gesamtgesellschaftlichen Zielsetzung weitgehend in den Hintergrund tritt.

Paradoxerweise verhilft gerade ihre Abnutzung der Ideologie zu gewissen Erfolgen. In der DDR war es beispielsweise das unter der Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ laufende Programm, das das Bedürfnis der Bevölkerung nach Wohlstandsmehrung aufgriff. Zumindest seit Gorbatschow erkennt dies auch die Sowjetunion an und bezeichnet Sozialpolitik als „wichtigen Faktor der politischen Stabilität“<sup>3)</sup>. Darüber hinaus weisen beide Staaten dem „kulturellen Fortschritt“, der „sozialistischen Lebensweise“ bzw. der Anhebung des „kulturellen Lebensniveaus“ vorrangig die Aufgabe zu, die Bevölkerung in das Herrschaftssystem zu integrieren.

Das bedeutet einen neuen Abschnitt bürokratischer Gesellschaftssteuerung. Ein solcherart weites Kulturverständnis dokumentiert zum einen die nunmehr positive Auffassung von sozialstruktureller Immobilität. Die heutige Realität wird anerkannt. Soziale Umwälzungen als klassen- bzw. schichtsprennende Mobilität ist — anders als wirtschaftsstrukturell bedingte — längst verebbt. Die gegebenen klassen- bzw. schichtinternen Differenzierungen gelten zunehmend als

<sup>1)</sup> G. Meyer, Bürokratischer Sozialismus, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 33.

*Anregungen und Vorarbeiten verdanken die Verfasser Dr. Werner Rossade, Birgit Sauer und Dipl. Pol. Ulrike Treziak, die sich in einem Arbeitskreis am Institut für Innenpolitik und Komparatistik der Freien Universität Berlin mit der Untersuchung von Kulturmustern in sozialistischen Gesellschaften befassen. Dr. Rossade gewährte uns freundlicherweise Einblick in sein noch nicht veröffentlichtes Manuskript zur kulturellen und kulturpolitischen Entwicklung in der DDR. Ihnen sei hiermit stellvertretend für manche anderen gedankt.*

*Der Beitrag erscheint demnächst in dem von Hannelore Horn und Michael Reimann herausgegebenen Sammelband „Der unvollkommene Block“ im Wissenschaftlichen Autoren-Verlag (WAV) Berlin.*

<sup>2)</sup> P. Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin 1981, S. 60.

<sup>3)</sup> B. Knabe, Von der Arbeits- zur Leistungsgesellschaft? Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion nach dem 27. Parteitag, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86, S. 28, vgl. auch S. 24ff.

„Triebkräfte“. An Egalisierung gemäß marxistischem Postulat besteht kaum noch Interesse<sup>4)</sup>.

Wenn zum anderen die politische Stabilität nicht mehr ausschließlich auf der wirtschaftlichen gründet, scheint ein klassisches marxistisches Theorem außer Kraft gesetzt. Für das Verhältnis von Ökonomie und Kultur galt in der Vergangenheit, daß Menschen auf der Basis materieller Güter ihre „soziale Psychologie“ (Plechanow) errichten. Derart direkte Kausalbeziehungen erscheinen der heutigen DDR-Philosophie als zu eng<sup>5)</sup>; Kultur beansprucht eine gewisse Autonomie<sup>6)</sup>.

Das unübersehbare Defizit offizieller Ideologie zwingt die Politik zum Beschreiten neuer Wege: Bürokratische Herrschaft erprobt sich als kulturelle Gesellschaftspolitik. Formen eines Krisenmanagements rücken in den Vordergrund, die als Integrationsideologien begrenzte Zufriedenheit, diffuse Identifikation und Konflikthemmung der Bevölkerung bewirken sollen. Bekannt ist die typische Argumentationsfigur der Bürokratie, nach der gesellschaftliche Widersprüche und Krisenpotentiale geleugnet oder umgedeutet werden.

Ritualisierung von Politik ist eine dieser Formen. Sie ist als gesteuerte Sozialisation und Ideologisierung des Bewußtseins gleichermaßen zu verstehen. Eindeutiger in der UdSSR als in der DDR läßt sie sich als Bestandteil einer umfassenden kulturellen Gesellschaftspolitik begreifen. Ohne Zweifel trifft eine solche Politik auf einen Kulturzusammenhang, der sich in vielfältiger Weise als steuerbar, aber ebenso auch als dagegen resistent erweisen kann. Den gesellschaftlichen Wirkungen, die in diesem Kontext politische Rituale ausüben, versuchen wir im folgenden nachzugehen.

Der Ritualbegriff ist zunächst religiös geprägt. Nach kirchlichem Verständnis transportiert das Ritual bestimmte Vorstellungsinhalte und entfaltet um diese herum psychische und soziale Integrationskraft. Der Übergang zum Begriff des Kultes ist fließend. Orthodoxes, katholisches und protestantisches Christentum unterscheiden sich nicht nur nach Inhalt und Form wichtiger Rituale, sondern auch nach den kognitiven und emotionalen Prozessen selbst.

<sup>4)</sup> M. Lötsch/J. Freitag, Sozialstruktur und soziale Mobilität, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1981, Berlin (Ost) 1981, S. 94 ff., 99, 101.

<sup>5)</sup> S. Wollgast, Tradition und Philosophie, Berlin (Ost) 1975, S. 58 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. z. B. K. Hager, Beiträge zur Kulturpolitik, Berlin (Ost) 1981, S. 191, in seiner Aussage zur Kunst: „Die Kunst weist Elemente auf, die in gewisser Weise zeitlos sind.“

Ein Vergleich der beiden Gesellschaften hat deshalb von Beginn an zu bedenken, wie wenig die russisch-orthodoxe Tradition aus einer Perspektive erschlossen werden kann, die Symbole als konstitutiv für erfolgreiche Ritualisierungen setzt, wie es für die „westliche“ Auffassung typisch ist. Auf den orthodoxen Traditionshintergrund bezieht sich offenbar Christel Lane, wenn sie Rituale wegen ihrer Eigenschaft, direkt sinnlich wahrnehmbar zu sein, in der sowjetischen Gesellschaft für geeignet hält, soziales Verhalten zu beeinflussen. Mit Ritualen lassen sich Symbole außerhalb der unmittelbaren subjektiven Erfahrung bilden und fixieren, denen die Autorität einer von vielen geteilten Bedeutung zukommt<sup>7)</sup>.

Eine entsprechend säkularisierte Auffassung stützt sich insbesondere in jüngster Zeit auf eine zweite, ethnologisch geprägte Ritualdefinition. Sie setzt bei einem generellen, anthropologischen bzw. metaphysischen Bedürfnis des Menschen nach integrierender Sinnggebung an — ein Wissen, das der Kirche sicherlich seit Jahrhunderten zur Verfügung stand.

Schließlich wird ein herrschaftsbezogenes Ritualverständnis von denjenigen eingenommen, die Rituale als von oben gesteuerte Modelle sozialen Verhaltens ansehen. Eliten verhalten sich in solchen Fällen gegenüber Ritualen eher im Medium instrumenteller Vernunft — und d. h. auch sozial distanziert.

In jeder dieser Deutungen stellen Rituale stilisierte, sich wiederholende soziale Aktivitäten dar, die soziale Beziehungen ausdrücken und eingrenzen. Dies geschieht im westlichen Kulturkreis in der Regel unter Verwendung von Symbolen, die im Handlungsablauf dazu beitragen, eine Situation mit Verweis auf etwas anderes zu verarbeiten. Rituale verknüpfen den einzelnen mit der Gruppe und die Gruppe mit der weiteren sozialen politischen Umwelt. In der Praxis kommen sie sowohl den metaphysischen Bedürfnissen der Bevölkerung nach integrierender Sinnggebung wie den Bedürfnissen der Herrschenden nach Stabilität und Loyalität entgegen.

Rituale werden in der Regel „von oben“ eingesetzt. Sie verbinden in der UdSSR wie der DDR die Nomenklaturkader mit Bevölkerungsgruppen in der Form von institutionalisierten Handlungen und haben als solche zu einer spezifischen politischen Kultur dieser Staaten beigetragen. Zwar liegt die Kompetenz zur Ritualgestaltung bei den Nomenklaturkadern, doch darf daraus nicht ge-

<sup>7)</sup> Ch. Lane, The Rites of Rulers, Birmingham 1981, S. 18 ff.

schlossen werden, daß Rituale beliebig entworfen und gesellschaftlich installiert werden können. Dies lehren Ritualangebote der politischen Führungen wie etwa die Namensweihe' und das „sozialistische Begräbnis“ in der DDR, die von vielen Bevölkerungsgruppen und unteren Apparaten nicht angenommen wurden. Auffällig ist die vorherrschende Sicht der politischen Eliten, Rituale als Mittel der politisch-historischen Sozialisation zu begreifen. Diese sollen Ideologien und historische Erfahrung in menschliches Verhalten transformieren.

Mit dem Verlust konkreter Utopie schwindet ganz offenkundig die Kraft des Marxismus-Leninismus, die Bevölkerung für einen in marxisti-

schon Begriffen vorgestellten Weg zu einer kommunistischen Gesellschaftsordnung anhaltend zu mobilisieren. In dieser Situation gewinnen Rituale an Bedeutung. Sie können entscheidend dazu beitragen, kohärente Ausdruckssysteme für bereits organisierte Gesellschaften zu entwickeln, deren chaotische Anfangsstadien überwunden sind. Mit Hilfe dieser Systeme kann eine Art sozialer Kommunikation aufrechterhalten werden. Rituale gehen auf Sprach- und Verhaltensformen jeweils beteiligter Gruppierungen ein. Sie verbinden Altes und Neues, wobei im ursprünglichen marxistisch-leninistischen Verständnis die Überwindung des Alten ein grundlegender Topos der sozialen Kommunikation darstellte.

## Zur Geschichte des Ritualthemas

Die intensive Beschäftigung mit dem Thema Rituale ist spätestens mit dem Aufbau eines regelrechten Ritualsystems seit Beginn der sechziger Jahre — zunächst in einigen Teilen der UdSSR — nicht zu übersehen. Auch der umfassendere Begriff des Ritus (obrjad), der in der Regel die Gesamtheit einer vorwiegend religiösen Handlung bezeichnet und daher in der sowjetischen Vergangenheit der Ächtung unterlag, kommt neben dem des Rituals (obrjadnost', ritual)<sup>8)</sup> erneut zur Geltung. Die KPdSU zieht es allerdings ebenso wie die SED vor, in ihren Verlautbarungen im allgemeinen von „sozialistischen Traditionen und Bräuchen“ zu sprechen<sup>9)</sup>.

Eine Diskussion um Bräuche, insbesondere um die Neugestaltung der Riten des Lebenszyklus', hatte es schon in den zwanziger Jahren gegeben. Trotzki plädierte für die „Schaffung neuer Lebensformen und einer neuen Lebenstheatralik“ und stellte sie im selben Leitartikel der Prawda bewußt den Kirchenritualen gegenüber: „Ein revolutionäres ‚Lebenszeremoniell‘ [bytovaja obrjadnost'] (nehmen wir dieses Wort in Ermangelung eines besseren) zu schaffen und es dem kirchlichen Zeremoniell [oder Ritual, cerkovnaja obrjadnost'] entgegenzusetzen, ist nicht nur bei Ereignissen im öffentlich-staatlichen, sondern auch im Familienbereich durchsetzbar.“<sup>10)</sup>

<sup>8)</sup> Oft auch als Zeremoniell übersetzt, bezieht sich spezifischer auf die Anordnung von Schritten/Handlungen innerhalb eines religiösen Aktes. Ethymologisch beziehen sich beide Begriffe auf rjad, das altrussisch mit „Ordnung, Zeile, Schlachtreihe und Vertrag“ identifiziert wird. Vgl. M. Vasmer, Ethymologisches Wörterbuch, Heidelberg 1955.

<sup>9)</sup> Ch. A. P. Binns, Sowjetische Feste und Rituale, in: Osteuropa, (1979) I, S. 19.

<sup>10)</sup> Pravda vom 14. Juli 1923; siehe auch Leo Trotzki, Fragen des Alltagslebens, Dortmund 1977, S. 73.

Trotzki ist damit als der maßgebliche Initiator einer Politik anzusehen, die Rituale in ihren Dienst zu stellen bestrebt ist. Zu den eifrigsten Befürwortern der Schaffung von Ritualen zählte in dieser Zeit der Schriftsteller Veresaew. Ähnlich wie Trotzki warnte er jedoch vor einer Bürokratisierung der Feierlichkeiten, einer Tendenz, die er scharf kritisierte<sup>11)</sup>. An der Bürokratisierung scheiterten neu entstandene sowjetische Rituale wie z. B. die Roten Hochzeiten und die Namensgebung (oktjabriny). Geprägt war die nachrevolutionäre Periode von der pragmatisch-positiven Haltung Lenins gegenüber der Bewahrung und Erneuerung von Traditionen<sup>12)</sup>.

Während das offizielle Zeremoniell in der Ära des liturgisch versierten Stalin eine bedeutende Rolle spielte und in den umfassenden Führerkult um ihn eingebettet wurde, gerieten die Riten des Lebenszyklus' in Vergessenheit. Eine Diskussion und Auseinandersetzung über die Thematik fand bis zum Ende der fünfziger Jahre nicht mehr statt. Im Laufe der Entstalinisierung wurden — mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten — Experimente mit Ritualen besonders durch den Jugendverband Komsomol unternommen. Anlaß gab das Freizeitverhalten sowjetischer Jugendlicher, unter denen die wachsende Kriminalität eine verhängnisvolle Rolle zu spielen begann. In diesem Zusammenhang wurde an geglückte Experimente Makarenkos in den zwanziger Jahren erinnert. Aber auch von den Aktivisten der athei-

<sup>11)</sup> V. V. Veresaev, Polnoe sobranie sočinenij, T. 8, Moskau 1930, S. 200—234, zit. bei Ch. A. P. Binns (Anm. 9), S. 15.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 12 ff., R. Stites, Iconoclastic Currents in the Russian Revolution: Destroying and Preserving the Past, in: A. Gleason/P. Kenez/R. Stites (Hrsg.), Bolshevik Culture, Bloomington 1985, S. 17 ff.

stischen Propaganda gingen Impulse zur Stärkung der Rolle von Ritualen aus<sup>13)</sup>.

Erst mit dem sich nunmehr entwickelnden Aufbau eines umfassenden Ritualsystems lebte unter Wissenschaftlern und Praktikern die Diskussion über Rituale erneut auf. Sie führte bisher nicht zu einer einhelligen Auffassung über deren Funktion und Nutzen. Der sowjetische Soziologe Ugrinovitsch gibt in Dialogform eine Art Resümee der Debatte. Demnach beharren die Kritiker und Skeptiker auf der Unvereinbarkeit von Riten mit dem Geist des Marxismus-Leninismus und betonen ihren strikten Übergangscharakter. Traditionelle Formen und heimliche Zeremonien gelten danach als Ausweis eines unvollkommenen Erkenntnisprozesses, in dem Gefühle die Oberhand über den Verstand gewinnen. Rituale bedeuteten zudem die Orientierung an der Vergangenheit, denn sie erinnerten an primitive Epochen der Menschheitsgeschichte und seien eines freien Menschen unwürdig. Ihre planmäßige, bewußte Einführung widerspräche ihrer natürlichen, spontanen Entstehungsweise. In einer dynamischen Gesellschaft wie der sowjetischen hätten sie immer weniger Platz und Daseinsberechtigung, während sie nach Aussage der Kritiker in den kapitalistischen Gesellschaften dazu herhalten müßten, Herrschafts- und Klasseninteresse zu mystifizieren.

Diejenigen, die die Gestaltung und Anwendung von Ritualen befürworteten, führen dagegen ins Feld, daß ein soziales Bedürfnis bestehe, welches Wiederholungen und bestimmte Stereotypisierungen im Leben der Gesellschaft erfordere. Die Gemeinsamkeit von Zielen, Interessen und Ideen trete durch kollektive symbolische Handlungen stark hervor. Wichtig sei zudem die historische Etappe, in die der Mensch als Personifikation sozialer Beziehungen gestellt sei. Sie bestimme den Inhalt der zeitgenössischen atheistischen Rituale. Auch bei der Übernahme von Traditionen gelte es zu differenzieren, wie überhaupt die marxistische Analyse den Platz des Rituals in der Geschichte und seine sozialen Funktionen noch näher klären müsse. Ein besonders wichtiger Untersuchungsgegenstand sei die gegenwärtige Ritualpraxis<sup>14)</sup>.

Insgesamt schätzen die Befürworter am Ritual besonders, daß damit das marxistisch-leninistische Wertesystem wirkungsvoll übertragen werden könne, da es soziales Wissen, Traditionen und Verhaltensmodelle übermittele. Die ideologi-

schon, regulatorischen und normativen Funktionen der Rituale, d. h. ihre sozialen Kontrollfunktionen, finden die größte Aufmerksamkeit. In diesem Kontext wird die Effizienz von Ritualen darin gesehen, daß sie als rituell dargestellte Normen klarer und weniger zwiespältig seien als Begriffe und, indem sie als kollektive Werte erscheinen, erhöhte Autorität beanspruchen können. Sie seien eine Form politischer Sozialisation und ein Mittel zur Gruppensolidarität. Zwar teilten sozialistisch und religiös bestimmte Rituale bestimmte Grundfunktionen, doch konzentrierte sich die Erörterung und Analyse ganz auf den Aspekt marxistisch-leninistischer Normen.

Sozialistische Rituale gelten per definitionem als progressiv, da sie sich aus dem übergreifenden ideologischen System ableiten lassen und somit die Ritualisierung sanktionieren. Sie werden zum einen als Ausdruck der bereits existierenden Wertintegration angesehen, zum anderen aber — besonders in der Sicht der Ritualpraktiker — als ein Mittel, Emotionen in neue Richtungen zu lenken. Möglicherweise lassen sich von derartigen Erkenntnissen auch die höchsten Gremien der KPdSU leiten, wenn sie von der „Schaffung und weiten Verbreitung neuer sowjetischer Riten (obrjady)“ im auf dem 27. Parteitag 1986 verabschiedeten Parteiprogramm sprechen<sup>15)</sup>.

Auch die westliche Forschung stimmt mit der sowjetischen Literatur darin überein, daß die Internalisierung marxistisch-leninistischer Werte leichter auf dem Wege über das Ritual als allein auf der Verstandesebene erfolgen kann, da im Ritual emotionale und ästhetische Bedürfnisse gleichermaßen befriedigt werden<sup>16)</sup>.

Demgegenüber bestehen in der DDR nach wie vor allergrößte Vorbehalte gegenüber einer Verwendung des Begriffs Ritual. Während sowjetische Autoren in Ritualen geeignete Formen für die gesteuerte gesellschaftliche Entwicklung erkennen, schwächen Autoren aus der DDR deren Bedeutung für den sozialistischen Transformationsprozeß erheblich ab. Der Philosoph Wollgast betrachtet den von Ugrinovitsch zur Klassifikation von Sitten und Bräuchen genutzten Ritualbegriff als „für die deutsche Sprache völlig unangemessen“, da er „stark religiös bzw. emotional negativ belastet“ sei<sup>17)</sup>. Diese Begründung entspricht einer in kontinentaleuropäischen bzw. christlich-protestantisch-aufklärerisch geprägten

<sup>13)</sup> Vgl. Ch. A. P. Binns (Anm. 9), S. 20, siehe auch seinen Hinweis auf Makarenko (S. 15).

<sup>14)</sup> D. M. Ugrinovič, Obrjady, Za i protiv, Moskau 1975, S. 3—10.

<sup>15)</sup> Izvestija vom 26. Oktober 1985. Die offizielle Novosti-Übersetzung spricht bezeichnenderweise von „Bräuchen“.

<sup>16)</sup> Ch. Lane (Anm. 7), S. 18 ff.

<sup>17)</sup> Bemerkungen zu Sitten und Bräuchen, in: Deutsche Zeitschrift zur Philosophie, (1978) 26, S. 622.

Gesellschaften verbreiteten antiritualistischen Einstellung, welche die Sozialanthropologin Douglas auf die Geschichte der religiösen Erweckungsbewegungen zurückführt. Sie erinnert damit an die historische Herkunft und die Quellen der Rituale, die einmal in der Religion und zum anderen in einem grundlegenden menschlichen Bedürfnis nach Ästhetik und Gemeinschaft zu finden seien<sup>18)</sup>.

Dementsprechend wird auch in den westlichen Sozialwissenschaften häufig nur ein religionshistorisch bestimmter Ritenbegriff akzeptiert. Der Ausdruck Ritualismus bezieht sich dann — im Anschluß an Merton — pejorativ auf das Verhalten von Personen oder Gruppen, die routinemäßig bestimmte Gesten, die die Bindung an ein Wertesystem ausdrücken sollen, nur äußerlich vollziehen. Die Distanz, die sich darin ausdrücken kann, daß sich Teilnehmer eines Rituals auf die eine oder andere Weise der Gemeinschaftlichkeit entziehen, ohne sich körperlich zu entfernen, wird in der sowjetischen Sicht durch Pädagogisierung des Rituals positiv gedeutet. Unter den möglichen Funktionen des Rituals rangiert hier die ideologisch-erzieherische an erster Stelle.

Im Anschluß an die sozialanthropologischen und ethnologischen Studien von Douglas, Bocoock und Greverus sollte terminologisch und in der Sache daran festgehalten werden, daß immer dann, wenn eine derartige Indifferenz und soziale Distanz zur herrschenden Idee kennzeichnend für die Teilnahme am Ritual wird, auf die Existenz eines Kultes geschlossen werden kann. Die Befolgung eines Kultes setzt das routinisierte körperliche Verhalten der einzelnen oder der Gruppen gegenüber dem Kultobjekt voraus, das sich meistens als mystische Erhöhung einer Person bzw. von Gegenständen darstellt (Führerkult, Starkult, Marienkult, Konsumkult)<sup>19)</sup>. Handelt es sich beim Kult um die Verehrung einer höheren Instanz, eines Idols, etwa nach dem hierarchisch gestuften Schema von Star und Masse, so stellt das Ritual die soziale Form des (symbolischen) Ausdrucks von gemeinsamen Überzeugungen dar, wobei die Gemeinsamkeit durchaus divergente Akzente analog den unterschiedlichen sozialen Positionen der Beteiligten umfassen kann.

Der Abwehr des Ritualbegriffs — vom Kultbegriff ganz zu schweigen — korrespondiert in der

<sup>18)</sup> Vgl. auch R. Bocoock, *Ritual in Industrial Society*, London 1974, S. 52.

<sup>19)</sup> Vgl. G. Seeßlen, Stichwort „Kult“, in: W. R. Langenbucher/R. Rytlewski/B. Weyergraf (Hrsg.), *Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich*, Stuttgart 1983, S. 342—344.

DDR eine gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber den Begriffen Tradition, Sitte und Brauchtum sowie den damit bezeichneten konkreten alltagsweltlichen Sozialformen. Bis zu den siebziger Jahren assoziierte man mit dem Wort Tradition bevorzugt Marx' Diktum, wonach die Tradition aller toten Geschlechter wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden laste. Der Begriff selbst blieb unbestimmt und vage. Ab Mitte der siebziger Jahre vollzog sich jedoch eine weitgezogene Wende, in deren Verlauf grundlegende Positionen der praktischen Politik wie der politisch-ideologischen Programmatik modifiziert wurden:

— Ein weitgefaßtes, alltagskundlich inspiriertes Kulturverständnis wurde Bestandteil der offiziellen Politik.

— Darin eingeschlossen waren die Revitalisierung bzw. die gezielte Förderung zum einen von Traditionen, Sitten und Bräuchen, zum anderen von Massenkultur, etwa der Mode, der Rockmusik und der Laienkunst.

— Die offizielle Geschichtsbetrachtung begann auch die Perspektiven der Regional- und Ortsgeschichte — neben der der Betriebsgeschichte — in die historiographische Arbeit zu integrieren.

Die kulturelle Gesellschaftspolitik der DDR bemüht sich seitdem auf verschiedenen Wegen, die „Beheimatung“ der Bevölkerung zu intensivieren. In den Bezirken der DDR wurden längerfristige Konzeptionen „zur Pflege, Verbreitung und sozialistischen Aneignung des kulturellen Erbes und der revolutionären Traditionen“ verabschiedet. In deren Rahmen wurden zahlreiche örtliche Volksfeste, die sich auf alte Traditionen berufen können, erstmals wieder gefeiert. Ebenso wurden lokal- und berufsspezifische Feste und Bräuche wie die Austreibung des Winters, Faschingsbräuche, Bauernmärkte und das Mähen der letzten Garbe reaktiviert. Daneben traten neue Veranstaltungen wie Liederfeste, Literaturtage, Museumstage der Jugend sowie orts- und betriebsgesellschaftliche Exkursionen.

Nicht bei allen Veranstaltungen kann man von Ritualen sprechen. Dies gilt vielmehr nur für solche, deren erkennbar auf Wiederholung angelegte, in ihrem Ablauf vorgeschriebene Handlung in gemeinsamen Traditionen, Symbolen und Mythen der Beteiligten begründet ist. Der gesellschaftspolitisch steuernde Zugriff „von oben“ wird keinesfalls geleugnet: „Traditionen entstammen zwar der Vergangenheit, werden aber mit dem Blick auf das Heute, besser gesagt auf das Morgen als solche bewußt oder unbewußt konstituiert. In der sozialistischen Gesellschaft ist jetzt

erstmalig die gesamtgesellschaftliche Spontaneität der Bewußtheit gewichen.“<sup>20)</sup>

Unverkennbar ist diese Politik primär um die Identifikation der Bevölkerung mit der näheren Heimat und eine systemadäquat vermittelte Geschichte und Kultur der Region bemüht<sup>21)</sup>. Wie ähnlich in der Sowjetunion ist auch in der DDR der starke pädagogische Impetus kennzeichnend, der von der „bewußten Erziehung“ der Bevölkerung die entscheidenden Schritte zur Institutionalisierung neuer Traditionen bzw. zur Modifikation überkommener Traditionen erwartet.

Es ist offensichtlich, daß das breite Spektrum aller Arten von Ritualen einen besonders geeigneten Bereich gesellschaftlicher Beeinflussung darstellt. Eine keineswegs vollständige Aufzählung am Beispiel der Sowjetunion macht deutlich, in welchem dichten Netz von Riten der sowjetische Bürger eingebunden ist. Dabei mischen sich Traditionen mit neuem sozialistischem Brauchtum — gleichermaßen auf öffentlich-staatlicher Ebene wie im privaten Bereich.

So können inhaltlich grob unterschieden werden:

— *allgemein-staatliche Veranstaltungen*: Massenfeiertage wie der 1. Mai, der 9. Mai (Tag des Sieges), Lenins Geburtstag (22. April) und Leninscher Subbotnik (freiwilliger Arbeitstag), der 7. Oktober als Tag der Verfassung, der 18. März als Tag der Pariser Kommune, der 8. März als Weltfrauentag und als wichtigster: der 7. November als Revolutionsfeiertag;

— *der Arbeit gewidmete Veranstaltungen*: Feiertage von Berufsgruppen, Feiern von Arbeiterdynastien, Tag der Betriebsgründung, Aufnahme in die Arbeiterklasse, Tag des ersten Lohns, Tag des jungen Arbeiters, Jubiläum des werktätigen Menschen, Feier des Pensionsantritts, Festtag von Hammer und Sichel;

## Die Feier zum 1. Mai in der Sowjetunion

Anders als bei den Feiern zum Geburtstag Lenins, beim Tag des Sieges oder dem Tag der Konstitution greift die Sowjetunion mit diesem Feiertag auf Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung zurück. Im Jahre 1890 wurde der 1. Mai auf Beschluß des Gründungskongresses der II. Internationale erstmals gefeiert. Die Ter-

— *militärische Veranstaltungen*: Tage der Truppengattungen, Heldengedenktage, Einberufung und Entlassung aus der Armee;

— *der Jugend gewidmete Veranstaltungen*: Aufnahme in die Jugendorganisationen Pioniere und Komsomol, Tage der Gründung der Pionierorganisation und des Komsomols, Internationaler Jugendtag;

— *Lebens- und Naturzyklusrituale*: Geburt, Namensgebung, Aushändigung des ersten Passes, Hochzeit, Silberne und Goldene Hochzeit, Beerdigung, Neujahrsfest, Verabschiedung des Winters, Fest der russischen Birke, regionale und bäuerliche Feste<sup>22)</sup>.

Wenn im folgenden exemplarisch die Feiern anläßlich des 1. Mai und der Jugendweihe näher dargestellt werden sollen, dann sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen, die Aufschlüsse über die politische und gesellschaftliche Lage der beiden Länder geben. Zunächst gilt es im Auge zu behalten, daß offenbar in der modernen Herrschafts- und Gesellschaftspraxis sozialistischer Länder ein starkes Bedürfnis nach Ritualisierungen fortbesteht. Weiterhin ist zu fragen, inwieweit vorhandene Ritualisierungen die gegebene politische Hegemonie der UdSSR reflektieren und zu einer Durchdringung der politischen Kulturen beider Länder nach sowjetischem Muster geführt haben. Eine solche Frage ergibt sich insbesondere aus der Nähe, in der Gesellschaftsteuerung und Ritualbildung zueinander stehen.

Schließlich ist das Verhältnis von religiöser und atheistischer Ritualstiftung zu beachten. Handelt es sich vorzugsweise um Rituale, die ihren letzten Grund im Marxismus-Leninismus finden, oder behaupten sich noch christliche oder naturphilosophisch begründete Bräuche und Mentalitäten? Haben wir es eventuell mit langwierigen sozialen Prozessen zu tun, in denen „alte“ und „neue“ Ritualelemente koexistieren?

minierung erinnert an das Massaker von Chicago vom Mai 1886, in dessen Folge die Arbeiterbewegung acht zu Unrecht zum Tode Verurteilte als ihre ersten Märtyrer beklagte. So symbolisiert das Datum zunächst internationale Solidarität. Aber wichtiger wird die Gleichsetzung des Tages mit der konkreten Einforderung von Arbeiterrechten, insbesondere des Acht-Stunden-Arbeitstages. Mit

<sup>20)</sup> S. Wollgast, Tradition und Philosophie, Berlin (Ost) 1975, S. 93 f.

<sup>21)</sup> Vgl. z. B. Der Bürger und seine Heimatstadt, hrsg. von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin (Ost) 1979.

<sup>22)</sup> Die Übersicht folgt im wesentlichen der Einteilung in Naši Prazdniki, hrsg. von V. G. Sinicyn, Moskau 1977.

„illegalen“ Streiks, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zur Durchsetzung dieser Ziele gewann der 1. Mai Kampfcharakter und avancierte international zum Tag der Forderungen gegenüber der öffentlichen Gewalt und den Unternehmern, auch wenn die Teilnahme der Arbeiterschaft im Laufe der Jahre stark schwankte<sup>23</sup>).

Besonders ausgeprägt trat dieser kämpferische Charakter im zaristischen Rußland hervor. Die Maidemonstrationen wie -losungen waren nicht nur sozialpolitischer, sondern auch dezidiert politischer Natur. Sie zielten auf den Sturz des Zarismus<sup>24</sup>).

In oft blutigen Auseinandersetzungen spiegelten sich die sozialen Mißstände Rußlands. Vor diesem Hintergrund ist die Radikalität Lenins zu sehen, der insbesondere die deutsche Sozialdemokratie „antisozialistischer und trade-unionistischer“ Tendenzen bezichtigte. Seiner Kritik schlossen sich Rosa Luxemburg<sup>25</sup>) und die spätere KPD an.

Schon dieser historische Rückblick erklärt, warum sich der 1. Mai mit seiner Übernahme als offizieller Staatsfeiertag in der neuentstandenen Sowjetrepublik in Form und Inhalt wandeln mußte. Wesentliche vorrevolutionäre Forderungen waren erfüllt, sein Kampfcharakter konnte nur noch auf internationaler Ebene zum Ausdruck kommen. Welche Rolle fiel damit dem Feiertag zu?

Heute sprechen ihm Ritualexperthen eine „tiefe und langwährende ideelle Erziehungswirkung“<sup>26</sup>) zu. Sie sehen dadurch vornehmlich sozialintegrative Eigenschaften wie die Bereitschaft zu gesellschaftlichen Aktivitäten, kollektivistische Persönlichkeitsmerkmale und das Gefühl für ein kollektives Gedächtnis gefördert. Die Sicht des Volksbildungskommissars Lunatscharskij aus den zwanziger Jahren wird 1977 erneut zitiert: „Unser Festtag ist nicht dekorativ, strebt nicht danach, einen Stimmungsaufschwung mittels offizieller, aufgebauschter Phrasen zu schaffen, sondern tatsächlich jedem einzelnen Menschen zu ermöglichen, aus kollektiver Energie mannhaft Einsatzbereitschaft zu schöpfen und die Fähigkeit, der Wahrheit ins Auge zu sehen, weil wir Wahrheit nicht fürchten. Wir wissen, daß im großen und ganzen die Sache, der wir dienen, siegreich ist.“<sup>27</sup>)

In dieser Perspektive sind Maifeiern Quellen gemeinsamer Inspiration und Animation. Von ihr leitet sich die programmatische Beschreibung des 1. Mai als eines Festes der Arbeit, des Frühlings und des Schöpfertums ab. So überwölbte bereits in der Frühphase des Sowjetsystems eine geradezu prometheische Metaphorik die Geschichte vom 1. Mai.

Inwiefern entsprachen und entsprechen die Maifeiern diesen Erwartungen? Das Bild vom unerschöpflichen Kraftquell kommunistischer Wegegüßheit läßt sich am ehesten noch für die unmittelbar nachrevolutionäre Phase zeichnen. Mit der Aufnahme in den „Roten Kalender“<sup>28</sup>) wurde der 1. Mai ein legaler, regelmäßig begangener und offiziell organisierter Festtag. Trotz oder gerade wegen der großen Entbehrungen im Bürgerkrieg bestimmte die Freude über den Sieg der Revolution die ersten Maifeiern. Bei der Suche nach neuen Ausdrucksformen entfaltete sich ungeachtet der straffen Organisation eine beachtliche Kreativität. Die Chance eines Neubeginns inspirierte. Weitere Revolutionen wurden erwartet.

Bis zum Tode Lenins beherrschte die Frühlingsymbolik die Maifeiern. Im Aufruf 1922 hieß es: „Jedes Jahr am 1. Mai des Frühlingsmonates feiern die Arbeiter aller Länder den künftigen Frühling der Menschheit... Alle Versuche, den revolutionären Strom erneut in Frost erstarren zu lassen, sind abgeschlagen“<sup>29</sup>), und die Transparente der marschierenden Arbeiterkolonnen variierten das Thema des „schöpferischen Frühlingsfestes“<sup>30</sup>). Deutlichsten Ausdruck erfuhr das Thema Arbeit am „Tag der Arbeit“ 1920. Unter Teilnahme Lenins fand ein kommunistischer „Subbotnik“ statt — die 1919 geschaffene Institution eines freiwilligen, unbezahlten Arbeitstages<sup>31</sup>). Dies kündigt — neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten — von dem programmatischen Versuch, Arbeit in ein Lebensbedürfnis umzuwandeln. Ein Jahr darauf, als das orthodoxe Ostern auf den 1. Mai fiel, wurde dieser symbolisch zum eigentlichen Osterfest, dessen Friedensbotschaft nunmehr auf die Internationale ausstrahlen sollte<sup>32</sup>).

In diesen Jahren verliefen die Feiern nach folgendem Muster<sup>33</sup>). Um 11.00 Uhr trat die Mos-

<sup>23</sup>) M. Dommaget, *Histoire du premier mai*, Paris 1953, S. 41 ff., 48 ff., 355 f.

<sup>24</sup>) *Bol' šaja Sovetskaja Ėnciklopedija* (BSE), 2. Aufl., Bd. 32 (1955), S. 362.

<sup>25</sup>) BSE, Bd. 44 (1939), Sp. 782 ff.

<sup>26</sup>) *Naši Prazdniki*, Moskau 1977, S. 24 f.

<sup>27</sup>) Ebd.

<sup>28</sup>) A. I. Mazaev, *Prazdnik kak social'no-chudožestvennoe javlenie*, Moskau 1978, S. 235 ff.

<sup>29</sup>) *Pravda* vom 30. April 1922.

<sup>30</sup>) *Pravda* vom 15. Januar 1923.

<sup>31</sup>) Vgl. A. I. Mazaev (Anm. 28), S. 300 ff.

<sup>32</sup>) *Pravda* vom 1. Mai 1921.

<sup>33</sup>) Vgl. zu den ersten Maifeiern — insbesondere 1918 — in Petrograd A. I. Mazaev (Anm. 28), S. 245 ff.

kauer Garnison auf den Roten Platz. Es spielte ein Militärorchester. Der Kriegskommissar — zu dieser Zeit Trotzki — schritt die Front ab und begann um 11.20 die Maiansprache. Dann kam es zum Eid auf die Rote Fahne, der Treue bis zum letzten Tropfen Blut geschworen wurde. Der Kommissar grüßte Arbeiter und Rote Armee, die mit Hurra-Rufen und dem Singen der Internationalen antworteten. Es schloß sich eine feierliche Parade an, die von Absolventen der Roten Akademie angeführt wurde. Der nun folgende Vorbeimarsch der Arbeiter dauerte bis sechs Uhr abends. Die Atmosphäre und die Aktivitäten auf den Straßen kennzeichnete die Prawda 1923 beispielhaft mit folgenden Worten: „Ganz Moskau ist ein riesiges Theater mit Zehntausenden Statisten. Es gibt kollektive Schauspiele ohne vorher gelernte Rollen und ohne Berufsartisten. In freiem schöpferischem Pathos spielen die Massen — ohne dies selbst gewahr zu werden — das revolutionäre Mysterium.“<sup>34)</sup>

Dieses typische und mit zahllosen weiteren Beispielen belegbare Bild der Maifeiern dieser Periode zeigt in Ablauf und Programmatik, daß und wie die Hoffnung auf Fortschritt, die Dimension der Zukunft, durch Natursymbolik anschaulich vermittelt wurde. Es ist zu fragen, ob der dieser Symbolik innewohnende zyklische Charakter der Jahreszeiten übersehen wurde. Wurde je ein „Herbst“ der Revolution gefeiert? Darüber hinaus sind es unverkennbar orthodoxe Traditionen und christliche Symbolik — die Prozession, der Eid —, die unter neuem Vorzeichen aufgegriffen wurden. Dies wird auch offen zu erkennen gegeben, wenn von revolutionärer Mission, vom 1. Mai als Osterfest und von revolutionärem Mysterium die Rede ist.

Verstärkt wurde diese Symbolik nach dem Tode Lenins, als dieser selbst zum Symbol wurde: „Gib Dich selbst der Revolution, wie es Lenin tat... Wir erfüllen Dein Vermächtnis... Das Banner — Lenin, die Waffe — Leninismus, die Aufgabe — Revolution.“ In einem Meer von Roten Fahnen bekundeten Kolonnen aus verschiedenen Stadtteilen Moskaus: „Das Herz Lenins ist unsere flammende Fahne.“<sup>35)</sup> Berufsgruppen dokumentierten ebenfalls ihre Verehrung: „Die Hausfrau zum Tag des Ersten Mais — auf Leninschem Wege.“ In die Lobpreisungen der Revolutionsführer, die teilweise namentlich genannt wurden, floß auch das Selbstlob der neuen Klasse ein: „Es lebe das Moskauer Proletariat“<sup>36)</sup>. Zudem traten Produktionsparolen stärker

<sup>34)</sup> Pravda vom 3. Mai 1923, Hervorhebungen v. Verfasser.

<sup>35)</sup> Pravda vom 1. und 2. Mai 1924.

<sup>36)</sup> Pravda vom 3. Mai 1925.

in Erscheinung. So galten im Mai 1925 42% der Losungen der Produktion, knapp ein Viertel dem Kampf gegen den Imperialismus und 17% dem neuen Staatswesen<sup>37)</sup>. Insgesamt boten die zwanziger Jahre ein Bild großer Aktivität und Vitalität. Von den revolutionären Ereignissen gingen noch Ausstrahlungen aus.

Hatten sich in der nachrevolutionären Zeit marxistische Inhalte auch noch traditioneller symbolischer Formen bedient — wobei zu fragen ist, ob und welche Implikationen sich für die marxistische Perspektive hieraus ergaben —, so gerieten Rituale und Symbole in der folgenden Stalinära mehr und mehr in einen offensichtlichen Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Lehre. Die Herausstellung eines einzelnen Individuums gegenüber dem Kollektiv, die Verehrung des „großen und teuren Stalins“, des „Führers des sowjetischen Volkes“<sup>38)</sup>, hatte — bis zur Abstrusität vor allem in der Nachkriegszeit — eine Verstärkung kultischer Momente in den militärisch geprägten Maifeiern zur Folge.

Ebenso deutlich spiegeln die Maifeiern das Schwinden der internationalistischen Perspektive. Schon 1928 hieß es gemäß der Stalinschen Formel vom „Sozialismus in einem Lande“: „Der Sozialismus wird in der UdSSR siegen.“<sup>39)</sup> Auch die von der Industrialisierung geprägten Formeln variierten lediglich das Thema der Konzentration aller Kräfte auf das eigene Land. Der 1. Mai wurde zum „Fest der Mobilisierung der Kräfte für neue Siege“ erklärt und die Parolen forderten auf: „Siegen wir im Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit... beherrschen wir die Technik.“<sup>40)</sup> An die Stelle internationaler Solidarität trat nun die Solidarität mit der Sowjetunion, die zum „Vaterland aller Proletarier der ganzen Welt“<sup>41)</sup> wurde. Patriotische Traditionen, Symbole der Heimat und des Vaterlandes traten zunehmend in den Vordergrund. Die russische vorrevolutionäre Geschichte und ihre Helden — ein Ergebnis der Geschichtsrevision, die am 8. August 1934 durch Stalin, Kirow und Schdanow eingeleitet wurde<sup>42)</sup> — kamen erneut zu Ehren. Traditionell-patriotische Rituale und Symbole erreichten ihren Höhepunkt zur Zeit des Krieges. Symbole der Flamme, ausgeprägte Heldenverehrung und der Rückgriff auf die Symbolkraft der orthodoxen Kirche waren allgegenwärtig<sup>43)</sup>.

<sup>37)</sup> N. P. Izvekov, 1. Maja 1925, in: Massovye prazdnestva, L. 1926, zit. in: Ch. Lane (Anm. 7), S. 167.

<sup>38)</sup> Pravda vom 1. Mai 1928,

<sup>39)</sup> Ebd.

<sup>40)</sup> Pravda vom 1. Mai 1932.

<sup>41)</sup> BSĚ, Bd. 44 (1939), Sp. 793.

<sup>42)</sup> Izvestija vom 27. Januar 1936.

<sup>43)</sup> Siehe auch Ch. Lane (Anm. 7), S. 181.

Der äußerliche Ablauf der Maifeiern folgte dem Muster aus den zwanziger Jahren. Die Demonstration begann bereits um 9.00 Uhr. Anstelle von Dekorationen wurden nunmehr Porträts und Bilder mitgeführt — meist von angesehenen Persönlichkeiten wie den „Helden der Arbeit“<sup>44)</sup>. Zur Schau gestellte Diagramme und Daten zeigten direkte politische Verpflichtungen zur Produktionserhöhung. Großprojekte wie der Moskau-Wolgakanal und politische Ereignisse wie die Sowjetverfassung von 1936 wurden gefeiert. Aufrufe zum Kampf gegen kapitalistische Elemente, zur revolutionären Wachsamkeit und aggressive anti-religiöse Parolen beherrschten das Bild<sup>45)</sup>. Die Bevölkerung vergnügte sich nach Abschluß des offiziellen Teils in den Kulturparks; Orchestermusik ersetzte weitgehend die vormals beliebten Schauspiele. Die Führung der Kommunistischen Partei und die Regierung gaben am folgenden Tag einen Empfang für die Teilnehmer der Parade<sup>46)</sup>.

Offensichtlich war sich die neue politische Führung unter Chruschtschow ab 1953 der verkürzten Perspektive Stalinscher Rituale und Symbolik bewußt, denn es ging ihr darum, revolutionäre Motivationen zu reaktivieren und die Vision des Kommunismus wiederzubeleben. Zwar beschwor die Formel von der „mächtigen Einheit des sowjetischen Volkes“ anfangs noch das Stalinsche Erbe, aber die Transparente sprachen neben der Lenin-Verehrung vor allem von den Produktionserfolgen und den programmatisch formulierten glänzenden Aussichten des Landes<sup>47)</sup>. Stolz auf die erreichten Leistungen und das Bewußtsein von Macht und Größe der UdSSR läßt sich in der Verkündung des neuen großen Ziels, des Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft, ablesen: „Der Kommunismus siegt... Es lebe der Kommunismus — die leuchtende Zukunft der ganzen Menschheit... Vorwärts in neuen und zu neuen Siegen im Aufbau des Kommunismus... Der Partei unseres Ruhms!“<sup>48)</sup>

Schon 1954 begeisterten sich die Demonstranten an dem von Akademiemitgliedern gewiesenen neuen Horizont des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts und dem Versprechen: „Der Mensch wird im Kosmos sein.“ Die Vision des Kommunismus wurde konkretisiert, terminiert und damit als unmittelbar erreichbar vor Augen gestellt. Die zunehmende Professionalisierung der Festtagsgestaltung kam auch der Wiederanknüpfung an die Revolutionstradition zugute —

wie etwa 1957, als die Maifeier von 1917 in Uniformen und mit allen Details historisch rekonstruiert wurde.

In Abkehr von bombastischen Zukunftserwartungen trug der Maifeiertag in der Breschnew-Ära den traditionelleren Charakter als „Fest des Frühlings, der Arbeit und des Friedens“. Neben der nie fehlenden Verehrung des „großen Lenin“ stand pragmatisch das Thema der „friedlichen Arbeit“ im Mittelpunkt und schlug sich beispielsweise in Parolen zum sozialistischen Wettbewerb nieder. Militärparaden entfielen, so daß nur noch organisierte und nichtorganisierte Werktätige das Bild prägten. Die Maiansprache hielt der Generalsekretär der KPdSU<sup>49)</sup>. Die Zukunftsmetaphorik war verblaßt, lediglich die Porträts der Klassiker des Marxismus-Leninismus erinnerten an die Vergangenheit.

„Über das Land weht der Frühlingswind“<sup>50)</sup> lautete das Motto der Reportage zu den Maifeierlichkeiten in den Unionsrepubliken des Jahres 1986, dem 100. Jahrestag der Ereignisse von Chicago als dem Ursprung des 1. Mai. In der Tat sprach die Frühlingsymbolik aus allen Maiartikeln der Presse. Frieden und sozialen Fortschritt propagierte die neue Führung unter Gorbatschow. Die Parole vom „Bund von Wissenschaft und Arbeit“<sup>51)</sup> unterstrich die herausgehobene Rolle von Studentenschaft und Angehörigen der technischen Intelligenz ebenso wie die gleichzeitige Erdumrundung zweier Kosmonauten — offensichtlich eine Anknüpfung an die Chruschtschow-Ära. Die Ziele der Partei für die Gesellschaft wurden deutlich und vor allem konkret benannt: „Wohlstandssteigerung aller Schichten und sozialen Gruppen auf eine neue qualitative Stufe in Übereinstimmung mit den ökonomischen Möglichkeiten des Landes.“<sup>52)</sup> „Sichern wir die scharfe Wende zur Ökonomie höchster Organisation und Effektivität!“ lautete die Parole, und „eine dynamische Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft“ wurde verheißen<sup>53)</sup>.

Die Gestaltung des 1. Mai 1986 war frei von Spontaneität und in allen Einzelheiten organisiert. Kurz vor zehn Uhr betraten die Politbüromitglieder die zentrale Tribüne des Lenin-Mausoleums und wurden mit einem Hurra der auf dem Roten Platz Versammelten begrüßt. Mit dem Zehn-Uhr-Schlag ertönten Fanfaren und Glückwünsche auf den 1. Mai und zu Ehren der KPdSU; Pioniere eilten auf die Tribüne und

<sup>44)</sup> Pravda vom 4. Mai 1938.

<sup>45)</sup> Vgl. Ch. Lane (Anm. 7), S. 173 ff.

<sup>46)</sup> Vgl. z. B. Pravda vom 4. Mai 1934.

<sup>47)</sup> Pravda vom 1./2. Mai 1954.

<sup>48)</sup> Pravda vom 1./2. Mai 1959.

<sup>49)</sup> Pravda vom 2. Mai 1973.

<sup>50)</sup> Pravda vom 2. Mai 1986.

<sup>51)</sup> Ebd.

<sup>52)</sup> Pravda vom 1. Mai 1986.

<sup>53)</sup> Pravda vom 2. Mai 1986.

überreichten der obersten Sowjetführung rote Sträuße. Bei Marschmusik zogen Vertreter aller Bezirke über den Roten Platz — ihnen voran ein riesiges Leninporträt. Sie, deren Teilnahme vorher — meist in den Arbeitskollektiven — genauestens festgelegt wurde, repräsentierten das Volk. Bezirke, Institutionen und Betriebe stellten sich, ihre Leistungen und Leistungszusagen auf Spruchbändern vor. Wenn es auch darum ging, Partei und Volk als geschlossene Einheit zu zeigen, so irritierte doch die herrschaftliche Distanz

zwischen den Nomenklaturkadern auf der Höhe der Balustrade des Mausoleums und dem in der Ferne vorbeigeführten Volk. Mehrere Soldatenreihen sicherten als „lebende Korridore“<sup>54)</sup> die von der Tribüne herabwinkenden Sowjetführer ab. Während sich beim eiligen — teilweise im Laufschrift — Überqueren des Roten Platzes die individuelle Begeisterung in Grenzen hielt<sup>55)</sup>, ließen erst die abendlichen Spaziergänge durch das vielfarbig dekorierte Stadtzentrum den Charakter des Frühlingsfestes hervortreten.

## Die Feier zum 1. Mai in der DDR

Noch vor der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht fanden in den am 1. Mai 1945 schon sowjetisch besetzten Gebieten bereits wieder kleinere Maifeiern statt, die sich häufig „jedoch von einander in ihrer Form“<sup>56)</sup> unterschieden. Zu groß angelegten einheitlichen Mai-Demonstrationen wurde in der SBZ erstmals 1946 aufgerufen. Das Zentrale Maikomitee, das sich aus Vertretern politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, der Betriebe und der wissenschaftlichen und künstlerischen Institutionen zusammensetzte, richtete sich „an das schaffende deutsche Volk in Stadt und Land“. In Berlin nahmen 500 000 Menschen an der zentralen Maikundgebung im Lustgarten teil. Der Aufruf von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, den beiden Vorsitzenden der am 21./22. April 1946 unter massivem politischen Druck der sowjetischen Besatzungsmacht zur SED vereinigten SPD und KPD machte deutlich, daß die Demonstration sich nicht mehr auf die Forderungen gegenüber der öffentlichen Gewalt und den Arbeitgebern konzentrierte. In der bisher einzigen historischen Darstellung zum 1. Mai aus der DDR heißt es: „Aus den historischen Aufgaben, die die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone unter der Führung der SED bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und im Kampf um den Sozialismus zu bewältigen hatte, ergab sich ein neuer Inhalt des Ersten Mai. Die deutschen Arbeiter konnten nun dem weltgeschichtlichen Beispiel folgen, das ihnen ihre sowjetischen Klassengenossen mit dem ersten gesamtrossischen Subbotnik und den ihm folgen-

den Maifeiern im ersten Arbeiter- und Bauernstaat gegeben hatten.“<sup>57)</sup>

Das zentrale politische Ereignis im Frühjahr 1946 war die Gründung der SED, womit ein „30jähriger Bruderkrieg“ beendet wurde. Die Maifeiern des Jahres 1946 schickten sich an, dies in einem „Frühlingsfest“ zu würdigen. Entsprechend hieß es im Maiaufruf: „Wie das Blühen und Wachsen im Frühling des Menschen Herz höherschlagen läßt und mit Hoffnung erfüllt, so erfüllt die Wiedergeburt der einigen und geschlossenen Arbeiterpartei, ihr Wachstum und Werden die Arbeiterherzen mit Freude und Zuversicht.“<sup>58)</sup>

Dem sowjetischen Vorbild folgend, wurden aktuelle politische Ereignisse unter Einbeziehung der Massen so thematisiert, daß daraus zugleich Zukunftsoptimismus und eine bestimmte Art der gegenseitigen weltanschaulichen Vergewisserung über den geschichtlichen Weg des Landes entstehen konnten.

Die Zahl der Teilnehmer stieg in Berlin (Ost) bis 1953 auf nahezu eine Million an<sup>59)</sup>. In den drei folgenden Jahren wurden keine Teilnehmerzahlen veröffentlicht<sup>60)</sup>. Ausgehend von 200 000 Teilnehmern 1957 stieg deren Zahl langsam bis auf 320 000 im Jahr 1967 an, um 1971 auf 250 000 zu sinken. Zwischen 1972 und 1978 lag sie gleichbleibend bei 350 000 und bewegt sich seit 1981 bei einer halben Million<sup>61)</sup>.

Die thematische Ausrichtung folgt weitgehend dem Moskauer Ritual und weist doch interessante Abweichungen auf. Birgit Sauer und Ulrike

<sup>54)</sup> Pravda vom 2. Mai 1984.

<sup>55)</sup> Vgl. das Urteil eines ehemaligen Mitarbeiters der Literaturnaja Gazeta, Evgenij Turovskij, Sila tradicii, in: Posev, (1978) 4, S. 53f., die Zusammenfassung seiner Artikel siehe Michel Slavinsky, Rites et routines en Union soviétique, in: Est et Ouest, (1978) 620, S. 304ff.

<sup>56)</sup> D. Fricke, Kleine Geschichte des Ersten Mai, Berlin (Ost) 1980, S. 247.

<sup>57)</sup> Ebd. S. 260.

<sup>58)</sup> Ebd. S. 255.

<sup>59)</sup> Neues Deutschland vom 2. Mai 1953. Nach glaubhaften Berichten von Teilnehmern wurde für die Teilnahme Geldbeträge gezahlt.

<sup>60)</sup> Vgl. B. Sauer/U. Treziak, DDR: Loyalität im Ritual (Vortrag auf dem 16. Kongreß der Dt. Vereinigung für Politische Wissenschaft 1985), Ms., S. 14.

<sup>61)</sup> Ebd.

Treziak fassen in ihrer Untersuchung des Feierri-  
tuals eine Abfolge der Schwerpunkte zusammen,  
die inhaltlichen und formalen Anordnungen der  
Moskauer Feiern ähneln. Die politischen Bezüge  
schwankten im ersten Jahrzehnt aufgrund der  
Führungswechsel in der UdSSR und in einigen  
Blockländern. Wurden bis 1953 als politisch-  
weltanschauliche Symbole Transparente mit den  
Porträts von Marx, Engels, Lenin und Stalin ge-  
tragen, so trug man 1956 nur Porträts von Marx  
und Lenin und 1957 auch wieder von Engels.  
Von Beginn an bis 1955 war die Volkspolizei an  
den Feiern beteiligt, anschließend die Nationale  
Volksarmee. Unabhängig von diesen Schwan-  
kungen wurden regelmäßig jedoch dargestellt:

- der Stand und die Entwicklung der Leistungen  
der verschiedenen Berufsgruppen;
- das Verhältnis von politischer Führung und  
Bevölkerung (Verbundenheit von Partei, Staat  
und Volk);
- das Bündnis mit der UdSSR;
- die internationale Solidarität und der proleta-  
rische Internationalismus;
- die Verteidigungsfähigkeit<sup>62</sup>).

Der formale Ablauf stellte und stellt sich wie  
folgt dar: Zeitlich weit vorausliegende Vorberei-  
tungen, von denen zu vermuten ist, daß sie einen  
Großteil der Teilnehmer in der einen oder ande-  
ren Form in die Inszenierung schon in diesem  
Stadium einbeziehen, resultieren in 40 bis 50 vom  
Mai-Komitee publizierten Losungen, den veröf-  
fentlichten Demonstrationswegen sowie einem  
detaillierten Durchführungsplan. Während die  
Einheiten der Volkspolizei in den Demonstra-  
tionszug integriert sind, hielten Truppen der neu-  
gegründeten Nationalen Volksarmee erstmals  
1956 eine Parade ab.

Die Parade begann nach der Eröffnung durch  
den Glockenschlag vom Roten Rathaus mit einer  
Fanfare, dem Kommando „Stillgestanden“ und  
der von Marschmusik begleiteten Meldung des  
Kommandeurs der Parade an den Minister für  
Verteidigung, der die Meldung zur Ehrentribüne  
überbrachte und die dort versammelten politi-  
schen Führungskader begrüßte. Die Bereitschaft  
zur Landesverteidigung symbolisierten seit 1955  
ferner Betriebskampfgruppen und die den Zug  
meistens abschließenden Gruppen der Gesell-  
schaft für Sport und Technik (GST). Das da-  
durch entstehende militärische Gepräge wurde  
später zugunsten der anderen Komponenten ab-  
geschwächt. Seit 1978 entfiel die Parade, wie  
Jahre zuvor bereits in Moskau. Auch verzichteten  
heute die Gruppen der GST auf das Vorzeigen

<sup>62</sup>) Ebd., S. 8 f.

von Waffen. Nach der Eröffnung und Begrüßung  
hält der Vorsitzende des Freien Deutschen Ge-  
werkschaftsbundes eine Rede. Danach folgt der  
Vorbeimarsch der Abordnungen der Betriebe  
und Verwaltungen, der Bezirke, einzelner wissen-  
schaftlicher Institutionen sowie des Blocks der  
Jugend, der Sportler und der Kampfgruppen.

Wie in der UdSSR spielen die am Vorabend prä-  
mierten Aktivisten eine besondere Rolle. Zwi-  
schen 1949 und 1967 führten sie die Demonstra-  
tionen an; seitdem wechseln sich die einzelnen  
Gruppen darin ab. Wenn der letzte Block an der  
Tribüne vorbeizieht, wird die Internationale an-  
gestimmt und wenig später das umfangreiche  
symbolhaltige Zubehör wie Transparente, Fah-  
nen, Schaumuster und Dekorationen abgelegt.  
Das sich anschließende Volksfest endet erst in  
der Nacht. Am Alexanderplatz und in den ver-  
schiedenen Stadtbezirken werden Musik, Volks-  
kunst und Filme geboten, Sport, Kinderprogram-  
me, Kaffeetafeln und Kunstbasare veranstaltet.  
Es wird gesungen und getanzt, Anfang der fünf-  
ziger Jahre noch im Freien, später auf Tanz-  
veranstaltungen in Klubhäusern und in Disko-  
theken. Dazu kommen Fackelzüge und Feuer-  
werke.

Nach Sauer und Treziak läßt sich die Gesamtent-  
wicklung je nach der generellen Anschauung und  
Wahrnehmung der politisch-sozialen Situation  
durch die Teilnehmer in Phasen einteilen. Bis  
1953 herrschte das Gefühl vor, das Schlimmste —  
der Krieg und das nationalsozialistische Regime  
— sei überwunden und die Zeit sei reif zum  
erneuten Aufbau, was in der ideologischen Sicht  
als „Befreiung vom Faschismus“ und „Sieg der  
Arbeiterbewegung“ benannt wird.

Dem folgte bis Ende der sechziger Jahre eine  
Phase, in der sich Stolz auf Erreichtes und Hoff-  
nung auch auf persönliches Vorwärtskommen  
mischten. Bis Mitte der siebziger Jahre erhielt das  
Gefühl, auch international ernst genommen zu  
werden, starke Impulse. Ideologisch wurde die  
Anerkennung der DDR als internationale Solida-  
rität und Beleg für die Stärke des eigenen Blocks  
ausgegeben. Diese Wahrnehmung wurde in der  
Folge von einem sich differenzierenden Gefühl  
für die DDR als Heimat überlagert.

Mit Blick auf die verschiedenen Führungen der  
SED lassen sich seit dem Wechsel von Ulbricht  
zu Honecker markante Abweichungen feststellen.  
Vor allem weiteten sich die Traditionsbezüge.  
Während die Verbundenheit mit marxistisch-le-  
nistischen Klassikern und Parteiführern wie  
Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Thälmann und  
Pieck sowie den Mitgliedern und Kandidaten des  
jeweiligen Politbüros der SED konstant in akusti-

scher, textlicher und bildlicher Weise ausgedrückt wird, finden sich seit 1978 auch Porträts von solchen historischen Persönlichkeiten, die eine „lange humanistische Tradition“<sup>63)</sup> symbolisieren. So stehen Leibniz, Koch, Virchow, von Helmholtz, Einstein u. a. für die Wissenschaften, von Knobelsdorff und Schinkel für die Baukunst, Brecht, Eisler, Kollwitz, Weinert für die übrigen Künste sowie Gneisenau und Scharnhorst für ein reformiertes Heereswesen. Neben dem Thema der Blockintegration sind es besonders alltagskulturelle Phänomene wie der Sport und das Kleingärtnerum, die ebenfalls eine größere Rolle spielen. Dies geht einher mit einem generellen Perspektivenwechsel vom traditionellen

Kampftag zum sozialistischen Festtag, der sich u. a. in einer stärkeren Emotionalisierung der Maifeiern zeigt.

Größere Farbigkeit, eigengefertigte Transparente, aktive Musik-, Kleinkunst- und Sportgruppen erzielen emotionssteigernde Effekte. Auch das veränderte Verhalten der Führungsgruppe trägt dazu bei. Im Unterschied zur Moskauer Maifeier wurde die Ehrentribüne gesenkt, so daß Kinder leicht auf das Podium gelangen können und der Generalsekretär die Hände Vorbeiziehender schütteln kann. So tritt dieser weniger mit der Attitüde des unnahbaren Ersten Mannes des Herrschaftsapparates auf, sondern vielmehr als „Genosse Erich“ oder als Landesvater.

## Jugendweihe in der DDR

Völlig verschieden zwischen Sowjetunion und DDR ist das Übergangsritual der Jugendweihe. Beim Mairitual lag und liegt der Gestaltungsprimat unabhängig von der landestypischen Geschichte der Maifeiern bei der Sowjetunion. Im Falle der Jugendweihe hingegen handelt es sich um ein nur in der DDR in nahezu allen Bevölkerungsgruppen anzutreffendes Ritual. Nicht ohne Genugtuung resümierte der Generalsekretär der SED 1984 die 30jährige Geschichte der Jugendweihe in der DDR dahin gehend, daß mehr als sechs Millionen Schülerinnen und Schüler in den der Weihe vorausgehenden „Jugendstunden“ mit ideologischen Kenntnissen, gesellschaftlichen Werten und kulturellen Leistungen vertraut gemacht worden seien<sup>64)</sup>.

Vermutlich ist aber gerade diese Lernphase bei den Jugendlichen am wenigsten beliebt. Dazu tragen der monologische Unterricht sowie der bürokratisch organisierte Ablauf entscheidend bei. Nach einem wechselvollen Beginn — die Jugendweihe war offenbar aus gesamtdeutschem Kalkül 1950 für einige Zeit verboten — gilt sie ab 1954 als offizieller „Übergang der Jugendlichen in das Leben der Erwachsenen“<sup>65)</sup>. Die kommunistisch-proletarische Kulturtradition wurde da-

mit vor allem der Konfirmation der evangelischen Kirche gegenübergestellt.

Allerdings feierten seit dem vergangenen Jahrhundert auch Sozialdemokraten, Freireligiöse, Freidenker, Deutschgläubige und Nationalsozialisten die Jugendweihe. Wie in der Sowjetunion bei der Maifeier hob die Aneignung dieses Rituals 1954 die traditionelle Kampfintention auf und formulierte die Jugendweihe als Integrationsregel. Billerbecks unterstellte Zielsetzung, nach der die Jugendweihe „alle Jugendlichen auf die Aufgaben zur Vollendung des Sieges des Sozialismus“<sup>66)</sup> vorbereiten soll, greift insofern zu weit, als es in diesem Übergangsritual nahezu ausschließlich darum geht, einen neuen Schuljahrgang mit möglichst geringen Konflikten zwischen den Generationen in die Erwachsenenwelt zu übernehmen. Solche Riten, die individuelle und gemeinschaftliche Übergänge zwischen verschiedenen Lebensabschnitten in komplexen und differenzierten Industriegesellschaften regeln und erleichtern sollen, werden als so grundlegend für das Generationenverhältnis und die innergesellschaftliche Kohäsion angesehen, daß nur ihre Bewältigung durch die Gruppe gesamtgesellschaftliche Störungen vermeiden kann.

Wenn sich die Jugendweihe in der DDR gegenüber der Konfirmation durchsetzen konnte, dann verdankt sie dies zum Teil der entsprechenden Agitation und Pressuren der Massenorganisationen und der Schulleitungen. Das Christentum und alle anderen „unwissenschaftlichen Anschauungen“ wurden als zeitgenössischer Aberglaube ideologisch attackiert. Nahmen 1954/55

<sup>63)</sup> Neues Deutschland vom 2. Mai 1978.

<sup>64)</sup> Vgl. Grußadresse des ZK der SED zum 30. Jahrestag der Gründung der Ausschüsse für Jugendweihe in: Jugendweihe, (1984) 8, S. 1.

<sup>65)</sup> R. Rytlewski, Politik in der DDR als Ritual — Das Beispiel der Jugendweihe, in: DDR Report, (1984) 12, S. 714, vgl. ferner B. Hallberg, Die Jugendweihe, Göttingen 1972<sup>2</sup>; K. Richter, Ritenbildung im gesellschaftspolitischen System der DDR, in: Liturgisches Jahrbuch, (1977) 27, S. 172 ff.; D. Urban/H. W. Weizen, Jugend ohne Bekenntnis. 30 Jahre Konfirmation und Jugendweihe im anderen Deutschland 1954—1984, Berlin 1984.

<sup>66)</sup> B. Billerbeck, Die Jugendweihe — eine revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterklasse, in: Pädagogik, (1962) 3, S. 267.

etwa 18% des Altersjahrgangs an der Jugendweihe teil, so sind es seit 1960 etwa 90%. Der Erfolg gründet sich aber auch auf das gesellschaftliche Bedürfnis nach kontinuierlich stiftender Handlungsanleitung und Sinngebung in der kritischen Phase der jugendlichen Pubertät. Gewöhnlich erfolgt in diesem Alter die Loslösung von kindlichen Bindungen und die Herausbildung einer Identität, die mit neuen sozialen Rollen und gelegentlich auch mit einer Lösung von der Familie zugunsten weiterfassender gesellschaftlicher Bezüge verbunden ist. Beteiligt sind an der Jugendweihe neben den Schülern und Funktionären, Pädagogen und Arbeiterveteranen der in allen Orten anzutreffenden Ausschüsse für Jugendweihe auch die Eltern.

Gegenwärtig wird die Jugendweihe als eine der neuen „sozialistischen Feiern“, als „gesellschaftliche Einrichtung in der DDR zur Unterstützung der kommunistischen Erziehung der Jugendlichen im 8. Schuljahr“<sup>67)</sup> verstanden. Sie teilt sich in ein Vorbereitungsjahr mit zehn Jugendstunden und einer Exkursion — häufig zu Gedenkstätten wie Sachsenhausen oder Buchenwald —, die staatliche Gelöbnisfeier und die private Familienfeier. Die Schwierigkeiten des Übergangs aus der Kindheit und der Schulzeit in die Arbeits- und Konsumwelt wird in einem Tausch dargestellt. Die möglichst protestfreie Zustimmung zur gegebenen Lebensweise der Erwachsenen und der darin angelegte Verzicht auf andere Lebensoptionen soll mit Sach- und Geldgeschenken, die

seit den siebziger Jahren deutlich aufwendiger wurden, belohnt und die Eingewöhnung zugleich bestätigt werden. Die Geschenke stellen zugleich eine Art Grundausstattung in alltäglichen Konsumartikeln dar und drücken geschlechtstypische Rollen aus. Bezieht sich dieser Aspekt mehr auf die Familienseite, so steht das durch wiederholtes Ja-Sagen unter Zeugen vollzogene Gelöbnis für die erklärte Bereitschaft, sich als „junger Bürger“ den soziopolitischen Grundzielen, d. h. der „edlen Sache des Sozialismus“, dem „Arbeiter- und Bauern-Staat“, der „sozialistischen Gemeinschaft“ und dem „Bruderbund mit den sozialistischen Ländern“<sup>68)</sup>, tendenziell ein- und unterzuordnen. Als Erinnerungszeichen erhalten die jungen Bürger einen in der Abteilung Volksbildung beim SED-Zentralkomitee zusammengestellten Geschenkband „Vom Sinn des Lebens“.

Von den drei Bestandteilen der Jugendweihe ist die Familienfeier am beliebtesten. Nach den Resultaten einer ethnographischen Untersuchung der Jugendweihe in Ost-Berlin kann sie „zumindest seit den siebziger Jahren als eines der größten Familienfeste, wenn nicht als bedeutendstes überhaupt, eingeschätzt werden“<sup>69)</sup>. Damit trägt sich ein anderes Resultat, wonach die Motivationen zur Jugendweihe „z. T. allerdings formalen Charakter tragen, wonach sich einige Jugendliche an Äußerlichkeiten orientieren“. Zusammenfassend werten die Autoren das entfaltete Ritual der Jugendweihe inzwischen „als nationale Tradition der DDR-Bevölkerung“<sup>70)</sup>.

## Jugendweihe in der Sowjetunion

Trotz einiger Bemühungen um Popularisierung ist die Jugendweihe im größten Teil der Sowjetunion unbekannt. Schon die Schwierigkeiten, den Begriff zu übersetzen, deuten darauf hin. Einmal handelt es sich um das Lehnwort „Jugendvaje“, dessen Übersetzung von der DDR mit „Posvjaščenie v Junošestvo“ (Jugendweihung) versucht wird<sup>71)</sup>. Zum anderen wird auf die kurzlebige Tradition der bürgerlichen Konfirmation (Graždanskaja Konfirmacija) im Estland der zwanziger Jahre zurückgegriffen<sup>72)</sup> und damit die

Säkularisierung des religiösen Festes schon im Wort offenkundig.

In der Tat ist die Jugendweihe nach wie vor auf die baltischen Unionsrepubliken beschränkt. In den protestantisch geprägten Ländern Lettland und Estland wird sie seit den fünfziger Jahren praktiziert. Sie wird in Estland als „Sommertage der Jugend“ (letnie dni molodeži) und in Lettland als „Fest der Reife“ (Prazdnik soveršennotija) bezeichnet. Die einander ähnlichen Rituale finden in der Bevölkerung große Resonanz<sup>73)</sup>. Sie sollen Jugendliche — hier jedoch erst im Alter von 18 Jahren — symbolisch mit der Arbeitswelt vertraut machen und werden bewußt als Gegengewicht zur kirchlichen Konfirmation angeboten. Die Teilnahme daran ist im Gegensatz zur religiösen Feier kostenlos. Die festlichen Veran-

<sup>67)</sup> Stichwort „Jugendweihe“, in: Kulturpolitisches Wörterbuch, hrsg. von M. Berger u. a., Berlin (Ost) 1978<sup>2</sup>, S. 321.

<sup>68)</sup> Gelöbnis (3. Fassung), in: DDR Report, (1984) 12, S. 717.

<sup>69)</sup> J. Winkelmann, Jugendweihe — Bestandteil unserer Lebensweise, in: Jugendweihe, (1985) 3, S. 17.

<sup>70)</sup> Ebd. S. 16.

<sup>71)</sup> Deutsch-russisches Wörterbuch, Akademie Verlag, Berlin (Ost) 1978.

<sup>72)</sup> Naši Prazdniki, Moskau 1977, S. 104.

<sup>73)</sup> Ebd., vgl. ferner Ch. Lane, Christian Religion in the Soviet Union, London 1978, S. 194.

staltungen finden zeitgleich mit den Gottesdiensten statt.

Alle Formen der neugestalteten Feier konterkarieren deutlich kirchliche Traditionen. Zur Vorbereitung finden Seminare mit Experten und lokalen politischen Funktionären statt, die die Jugendlichen auf ihre Rolle in Staat und Gesellschaft vorzubereiten suchen. Häufig werden eine Woche vor der Feier Sporttage veranstaltet, auf denen neben Sport auch Lagerfeuer, Gespräche und Konzerte stattfinden. Ferner kommt es zu Treffen mit prämierten Werktätigen, Kriegsveteranen, Schriftstellern und Künstlern. Der Festtag beginnt mit einem Umzug der Mädchen in hellen Festkleidern und der Jungen in schwarzen Anzügen durch die festlich geschmückte Stadt. Er wird von jungen Pionieren angeführt, die eine Fahne und Blumensträuße tragen. Vor dem Klubhaus oder dem Park, in dem der Festakt stattfindet, steht eine Ehrenwache der Pioniere in Nationalkostümen. Nach Eröffnung der Feier durch den Sekretär des Bezirkskomitees des Komsomol werden die National- und Landeshymne gesungen. Der lokale Parteisekretär dankt Schulen und Eltern in einer Ansprache für ihre erzieherischen Leistungen. Lehrer, Eltern und Vertreter der Be-

triebe kommen zu Wort. Darauf erhalten die Jugendlichen ein Album mit einem Grußbrief des zuständigen Zentralkomitees des Komsomol, weitere Geschenke und Blumen von Freunden, Eltern und Arbeitskollegen.

Nach anderen Quellen werden auch Volljährigkeitsausweise in Buchform überreicht<sup>74</sup>). Abschließend wird ein großes Festkonzert veranstaltet. Die Jugendlichen ehren Lenin und die Kriegshelden, indem sie Blumen an Denkmälern und Grabstätten niederlegen.

Die Jugendweihe im Baltikum gilt offenbar in der Sowjetunion als eine gut und erfolgreich organisierte Feier, denn gelegentlich wird in der Literatur bedauert, daß Sommertage der Jugend nicht in der ganzen Sowjetunion Anklang finden<sup>75</sup>). Eine vergleichbare Bedeutung für die gesamte Sowjetunion kann lediglich die Feier beim Eintritt des Jugendlichen in den Komsomol beanspruchen. Das 1976 für alle Staatsbürger der UdSSR eingeführte Ritual der Aushändigung des Passes, das Jugendliche im Alter von 16 Jahren als vollwertige Staatsbürger integrieren soll<sup>76</sup>), weist noch nicht den sorgfältig ausgefeilten Aufbau der Gegenkonfirmation in den baltischen Ländern auf.

## Schlußbetrachtung

Beide Rituale sind weit davon entfernt, als Ausdruckssystem eindeutig zu sein. Die Ambivalenz der Maifeiern ergibt sich aus der Vermischung von proletarisch-emanzipatorischen Akzenten mit Siegesymbolen, Kampfaufrufen und dem Naturzyklus. Einen ähnlich mehrdimensionalen Charakter trägt die Jugendweihe. Sie demonstriert die Fürsorge der Erwachsenen beim Übergang der Jugendlichen in das Erwachsenenalter und versucht, im verdichteten Ritus künftige Aggressionsminderungen, soziale Kontrolle und staatsbürgerliche Selbstverpflichtung gleichermaßen zu erzielen. Materielle Zuwendungen fehlen nicht. Sie sollen symbolisch die bei der Anpassung von den Jugendlichen geforderten Verzichtleistungen kompensieren. Detaillierten Untersuchungen bleibt es vorbehalten, hier vorliegende Divergenzen eingehender zu erforschen. Dabei wird es im Falle der Maifeier darum gehen, offensichtliche Auffassungsunterschiede zu überbrücken, etwa wenn dieses Ritual einmal als Ausdruck sozialistischen Selbstbewußtseins und gestiegenen geistig-kulturellen und politischen Niveaus der Arbeiterschaft, zum andern aber als Ausdruck der Unterhaltungs- und Massenkultur gesehen wird.

In funktionaler Hinsicht lassen sich in der Geschichte beider Rituale bestimmte Wirkungen

verfolgen, die eine kulturelle Gesellschaftspolitik kennzeichnen, deren überragendes Ziel darin besteht, Loyalität zu sichern:

— An die Stelle gesellschaftlicher, bürgerlicher Öffentlichkeit tritt eine Art Gemeinschaft, auf deren Erleben — einem klassischen philosophischen Topos zufolge — auch und gerade der kulturell und geistig aufgeschlossene Mensch angewiesen ist.

— Da alle soziale Spontaneität generell und kanonisch abgewiesen wird, läßt sich Gemeinschaft nur regelmäßig inszeniert im Ritual, d. h. in bürokratisierter Form, herbeiführen. Dies wiederum hat entsprechende, schon früh kritisierte negative Auswirkungen auf pädagogisch-ideologischem Felde zur Folge.

— Trotz des von ideologischer Warte aus einheitlich gelenkten Prozesses der Ritualbildung wirken sich nationalkulturelle, ethnische oder religionshistorische Bedingungen aus, wie beispielsweise die geographische Verbreitung der Jugendweihe demonstriert.

<sup>74</sup>) Molodoj Kommunist, (1959) 2, S. 98f.

<sup>75</sup>) Naši Prazdniki, Moskau 1977, S. 105.

<sup>76</sup>) Ebd., S. 137ff.

— Rituale dienen der politisch-ideologischen Sozialisation einer Schicht oder Klasse der Bevölkerung durch eine andere. Das hierbei zutage tretende Kompetenzgefälle drückt sich darin aus, daß als Adressat das unkritische Massenpublikum — Handarbeiter, Kollektivbauern, kleine Angestellte, Kinder, Jugendliche und nicht berufstätige Frauen — fungiert. Intelligenz und Nomenklaturkader zählen nicht dazu.

— Inhaltlich verdeutlichen Rituale einen oktroyierten Wertkonsens, der wiederum innergesellschaftliche Bündnisse und Erwartungshaltungen widerspiegelt.

Ritualbildung in diesem Kontext ist sicher ein Vorgang, der genauer Planung seitens seiner Initiatoren unterliegt. Es ist anzunehmen, daß dabei vorhandene transzendente Vorstellungen, religiöse Artikulationsformen und Alltagsgewohnheiten bewußt einbezogen werden, um die jeweilige Überlieferung in die auf Vereinheitlichung angelegte eschatologische Ideologie zu integrieren. Dabei sind inhaltliche wie prozedurale Gemeinsamkeiten beider hier miteinander verglichenen Staaten unverkennbar und prägen das nach außen zur Schau gestellte einheitliche Bild der sozialistischen Staatengemeinschaften. Doch einer eingehenderen Prüfung erschließen sich Unterschiede, die auf weit zurückliegende historisch-kulturelle Entwicklungen zurückzuführen sind und sich in der heutigen Auffassung von Ritualen und ihrer Handhabung niederschlagen.

### Rituale als Anknüpfung an orthodoxe Traditionen

Offenbar ist die Einsetzung von Ritualen in der Sowjetunion als eine Anknüpfung an orthodoxe Traditionen zu werten. Vorschismatische Denkmuster scheinen bis heute wirksam, nach denen Symbole (i. e. Rituale) immer von der Wirklichkeit erfüllt sind, die sie bezeugen. Demnach ist das „Mysterium der Revolution“ als Einheit zu begreifen. Die westliche Trennung von Wesen und äußerer Erscheinung<sup>77)</sup> ist dem Osten traditionell fremd. Der rechte Vollzug — die reiche Liturgie der Ostkirche weist darauf hin — steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der orthodoxen Kirche, die dieses Denken übernahm. Theoriebildung wird abgelehnt<sup>78)</sup>.

<sup>77)</sup> Thomas von Aquin: Substanz-Akzidenz (s. Anm. 78).

<sup>78)</sup> Vgl. das Stichwort „Orthodoxie“ in den Lexika Religion in Geschichte und Gegenwart/Lexikon für Theologie und Kirche; E. Benz, Geist und Leben der Ostkirche, Reinbek 1957; F. Heiler, Die Ostkirche, München — Basel 1971.

Aus einer solchen Sicht folgt zum einen, daß der individuellen Übereinstimmung mit dem Ritual in der Sowjetunion keine sonderliche Bedeutung beigemessen wird. Die Tatsache allein, daß eine gewaltige Maifeier Zehntausende auf die Beine bringen kann, ist Beweis genug für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Darüber hinaus wird die besondere Betonung der Schulung von Kadern zur pedantisch genauen professionellen Gestaltung von Ritualen erklärbar. Die überwiegende Zustimmung, der sich die Ritualbildung seitens der damit befaßten Wissenschaftler und Funktionäre erfreut, ist neben dem klar herausgehobenen pädagogisch-ideologischen Nutzen sicher auch auf die traditionelle Vertrautheit mit Ritualen zurückzuführen. Indiz für diesen Zusammenhang ist die Argumentationsweise, in der Ritual und ideologischer Inhalt als Einheit gesehen werden. Dagegen ziehen die Kritiker mit marxistischen — d. h. westlich-aufklärerischen — Kategorien zu Felde.

### Rituale als Mittel zur Entpluralisierung

In einer ganz anderen Tradition steht die DDR. Dies wird deutlich an der Ablehnung, auf die allein schon der Begriff Ritual bei Wissenschaftlern stößt. Mit dieser Haltung dokumentieren sie offenkundig ein protestantisch-aufklärerisches Erbe. Dies hindert die politische Führung indes nicht, Rituale — auch unter anderem Namen — in vielfältiger Weise ihren Zwecken dienstbar zu machen. Wenn es ihr Ziel ist, „solche ökonomischen, politischen und geistigen Bedingungen (zu schaffen), unter denen die Werktätigen nicht mehr Spielball spontan wirkender Kräfte sind“<sup>79)</sup>, so können Rituale ihrer innewohnenden stetigen Wiederholung wegen als geeignetes Mittel zur Beendigung von Spontaneität erscheinen. Das hieße mit anderen Worten, einer sich differenzierenden Gesellschaft eine Fülle von Traditionen und eben Ritualen als Ersatz für politischen Pluralismus und Partizipation anzubieten — Rituale als Mittel zur Entpluralisierung.

### Ritualisierung der Zukunft

Ohne einen immanenten Bezug auf die Zeithorizonte von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gibt es keine Rituale. Die Rituale des Ersten Mai und der Jugendweihe stellen eine Einheit zwischen den Zeiten her, jeder Teilhorizont ist unverzichtbar. Mit der Einsetzung und Nut-

<sup>79)</sup> M. Schumann, Gesellschaftliche Bewußtheit, Spontaneität und sozialistische Demokratie, in: Staat und Recht, (1985) 2, S. 100.

zung von Ritualen scheinen sich die politischen Führungen der UdSSR und der DDR das Verblässen realer kommunistischer Zukunftsperspektiven einzugestehen. Andererseits sind sie sich dessen bewußt, daß ein Zukunftshorizont bei Strafe politischer Instabilisierung niemals aufgegeben werden darf. Die existierende sozialistische Gesellschaft verlöre ihren Impetus und ihre Antriebskraft. Aus aktuellen herrschaftssoziologischen Gründen aber darf der Kommunismus als Endstadium einer Gesellschaft nicht erreicht werden.

Die Lösung dieses Dilemmas besteht in der Ritualisierung der Zukunft. Die in Ritualen dargestellte Kontinuität wie Zukunftsperspektive sind damit wesentlich für das Überleben einer Gesellschaft, die eine ‚wissenschaftlich‘ bewiesene Zukunftsvorstellung zu haben behauptet. Da diese Zukunft nicht in greifbarer Nähe ist, sich vielmehr zu entfernen scheint, wird neben dem formelhaften Theoriegebäude die Institutionalisierung von Ritualen immer notwendiger. Nur im Ritual ist die Utopie aufgehoben und als realisierbar emotional darzustellen.

# Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern: Modell oder Herausforderung für die Sowjetunion?

## I. Einleitung

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern — wie die dortige Wirtschaft und Politik generell — seitens der UdSSR mit großem Interesse verfolgt werden. Zunächst stößt man immer wieder auf Berichte in der Tages- und Fachpresse, auf Konferenzberichte sowie auf Buchpublikationen, in denen Reformprojekte insgesamt oder einzelne systempolitische Maßnahmen beschrieben und kommentiert werden. Teilnahme an der Systementwicklung anderswo im Sozialismus signalisieren auch wiederholte Stellungnahmen führender sowjetischer Politiker, etwa der Generalsekretäre der KPdSU.

Ein weiteres Indiz für das sowjetische Interesse sind die großen Forschungseinrichtungen zur Analyse wirtschaftlicher und politischer Vorgänge in den sozialistischen Ländern. So verfügt die sowjetische Osteuropaforschung mit dem von Akademiemitglied Oleg Bogomolow geleiteten „Institut für die Ökonomik des sozialistischen Weltsystems“ über das größte Osteuropainstitut der Welt. Das gleichfalls zur Akademie der Wissenschaften gehörende Fernostinstitut tritt heute nicht zuletzt als leistungsfähiges Zentrum der sowjetischen Chinaforschung in Erscheinung.

Neben wissenschaftlichen beschäftigen sich zunehmend auch politische Institutionen mit Wirtschaftsreformen in anderen Planwirtschaften. So gibt es seit 1981 innerhalb des „Staatlichen Plankomitees“ (Gosplan) eine „Kommission zum Studium der Erfahrungen der sozialistischen Länder“, die die Entwicklung von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystemen vor allem in Osteuropa beobachten und auswerten soll. Die von ihr ermittelten Ergebnisse dürften auf höchster Ebene durch die Politbüro-Kommission zur „Vervollkommnung der Lenkung und Effizienzsteigerung der Volkswirtschaft der UdSSR“ verarbeitet wer-

den<sup>1)</sup>. Zur Beobachtung der chinesischen Reform gibt es dem Vernehmen nach eine Kommission im ZK-Sekretariat.

Schließlich befaßt sich die UdSSR auch über die Institutionen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ mit den Wirtschaftssystemen sozialistischer Länder, vor allem in Osteuropa. Innerhalb des „Komitees für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planungstätigkeit“ besteht eine ständige Arbeitsgruppe, die Reformexperimente auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auswertet<sup>2)</sup>. Auch die auf dem RGW-Gipfel vom Juni 1984 beschlossene ständige Konferenz der ZK-Sekretäre für Wirtschaftsfragen, die erstmals im Mai 1985 in Moskau zusammentrat, soll den Erfahrungsaustausch über die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftssysteme vertiefen<sup>3)</sup>.

Aus dieser Auflistung geht zum einen hervor, daß „sowjetisches Interesse“ somit konkret das Interesse vieler Institutionen und Personen bedeutet. Deren Perzeptionen können mehr oder weniger voneinander abweichen. Sie spiegeln Konflikte und Unsicherheiten über Lageeinschätzung und politische Optionen, sei es in bezug auf die sowjetische Haltung zu anderen sozialistischen Ländern, sei es im Hinblick auf Reformen in der UdSSR selbst. Dies ist im Rahmen der folgenden Erörterungen stets im Bewußtsein zu behalten. Zum anderen dürfte die zunehmende Publizität im Hinblick auf Reformen in anderen Ländern nur die Spitze eines Eisberges darstellen. Vieles von dem, was diskutiert wird, vor allem auf höherer politischer Ebene, bleibt wegen der erheblichen innen- und außenpolitischen Brisanz des Gegenstandes hinter verschlossenen Türen.

<sup>1)</sup> Interview mit O. Bogomolov, in: *Bor'ba* vom 26. Juli 1984.

<sup>2)</sup> Ebd.

<sup>3)</sup> Interview mit M. Jakes, in: *Radio Prag* vom 21. Mai 1985.

## II. Gründe für das sowjetische Interesse

Die Gründe für das offenkundige sowjetische Interesse an Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern sind auf verschiedenen Ebenen zu suchen. Einmal muß die UdSSR wegen dringender eigener Reformen daran interessiert sein, von den systempolitischen Erfahrungen anderer Planwirtschaften zu profitieren.

Mit diesem *Lerninteresse* verbindet sich das *Kontrollinteresse*, dessen Bedeutung vermutlich weit höher einzuschätzen ist. Die UdSSR hat nämlich die unverkennbare Absicht, die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Weltsozialismus unter Kontrolle zu halten — vor allem innerhalb Osteuropas, soweit wie möglich aber auch darüber hinaus. Schließlich hängen von den Strukturen der Wirtschaftssysteme auch die Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Kooperation zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ab. So kommt zum Lern- und Kontrollinteresse das *Kooperations-* bzw. *Koordinierungsinteresse* hinzu.

Die unterschiedlichen Interessen führen zu prinzipiell unterschiedlichen Einstellungen: Während aus dem Lerninteresse die Anpassung der Sowjetunion an das Vorbild anderer Länder folgen würde, ergibt sich aus dem Kontroll- und Kooperationsinteresse das Bestreben, anderen sozialistischen Ländern eine Anpassung an die UdSSR abzufordern.

### 1. Lerninteresse

Was das Lerninteresse betrifft, so hat die sowjetische Absicht, aus den Erfahrungen anderer sozialistischer Länder systempolitischen Nutzen zu ziehen, wiederum eine Reihe spezifischer Ursachen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich die UdSSR seit Ende der siebziger Jahre in einem neuen und verstärkten Prozeß der Suche nach besseren organisatorischen Strukturen und Methoden der administrativen Planwirtschaft befindet<sup>4)</sup>. Dieser Prozeß fällt mit ähnlichen Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern zusammen. Die Verwirklichung der dringend notwendigen „Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung“ — so lautet seit Michail Gorbatschows Machtantritt das Leitmotiv der sowjetischen Wirtschaftspolitik — erfordert eine nachhaltige Intensivierung der Wirtschaftsprozesse. Gorbatschows wirtschaftspolitisches Kon-

zept ist auf ein Maßnahmenbündel (policy mix) hin angelegt, das neben wirtschaftspolitischen Elementen wie der Verbesserung zentraler Wirtschaftsführung, Festigung der Arbeitsdisziplin, Änderungen im Lohnsystem, Umstrukturierung der Investitionspolitik und Ausnutzung von Außenhandlungsmöglichkeiten auch Veränderungen im Wirtschaftssystem, neue Reformen also, vorsieht<sup>5)</sup>.

Für neue systempolitische Maßnahmen — und dies führt unmittelbar zum Lerninteresse — fehlt allerdings eine zuverlässige konzeptionelle Basis. Die Gründe hierfür sind wichtig und sollen erläutert werden:

— Auf der einen Seite mangelt es an Erfahrungen mit Reformvarianten, wie sie jetzt angestrebt werden: Reformen, die im Grundsatz beim Prinzip administrativ-direktiver Wirtschaftsplanung bleiben, zugleich aber größere Spielräume für dezentrale Entscheidungen der Vereinigungen und Betriebe vorsehen, und zwar in unterschiedlichem Ausmaß von Sektor zu Sektor. Nun gab es freilich auch im Kontext der bisherigen sowjetischen Reformen dezentralisierende Maßnahmen, doch waren diese aus vielen Gründen nicht sehr erfolgreich. Deshalb wurden sie meist so schnell wieder zurückgenommen oder zumindest verwässert, daß eine konzeptionelle Verallgemeinerung, auf die sich zukünftige Reformen stützen könnten, allenfalls begrenzt möglich war.

— Auf der anderen Seite müssen die erheblichen Defizite an wirtschaftspolitisch nutzbarer ökonomischer Theorie in der UdSSR hervorgehoben werden. Der erste unter den neueren sowjetischen Führern, der hierauf mit Bedauern hinwies, war Jurij Andropow<sup>6)</sup>. Er sah in diesem theoretischen Mangel geradezu eine der Hauptursachen für den diskontinuierlichen Prozeß der Wirtschaftsreformen in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte der UdSSR. Es sei nicht zuletzt das Defizit an praktikabler, d. h. für ökonomisches Handeln relevanter Theorie gewesen, das immer wieder zu unbegründetem und daher wenig erfolgreichem Ad-hoc-Improvisieren gezwungen hätte<sup>7)</sup>.

In der Tat: Im bisherigen Prozeß der Wirtschaftsreformen wurde keine Theorie ökonomischer,

<sup>4)</sup> H.-H. Höhmann, Sowjetische Wirtschaftsreformen: Mit neuen Ansätzen zu größerem Erfolg?, in: Sowjetunion 1984/85, München 1985, S. 201—211.

<sup>5)</sup> M. S. Gorbačev, Politischer Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU, in: Pravda vom 26. Februar 1986.

<sup>6)</sup> J. Andropov, Učenie Karla Marksa i nekotorye voprosy socialističeskogo stroitel'stva v SSSR, in: Kommunist, (1983) 3, S. 9—23.

<sup>7)</sup> Pravda vom 16. Juni 1983.

politischer und sozialer Interaktion geschaffen, auf die sich die Wirtschaftspolitik in einer stärker dezentralisierten Planwirtschaft mit einem hohen Anteil zentral nicht mehr steuerbarer Wechselbeziehungen zwischen den Akteuren der verschiedenen Entscheidungsebenen stützen könnte.

Für dieses Defizit an ökonomisch praktikabler Theorie, das in der UdSSR zweifellos größer ist als in vielen anderen sozialistischen Ländern, gibt es wiederum verschiedene Ursachen. Einige wenige Stichwörter müssen hier genügen, sie sind andererseits aber wichtig für die Beurteilung zukünftiger sowjetischer Reformperspektiven.

Es seien erwähnt:

— der Mangel an mikroökonomischen Denktraditionen in der russisch-sowjetischen Geschichte der Wirtschaftswissenschaften;

— die ideologischen Vorbehalte gegen eine Theorie wirtschaftlicher Interaktionen, denn eine empirisch gehaltvolle Interaktionstheorie muß zugleich auch immer eine Konfliktstheorie sein und verstößt insofern gegen das traditionelle Postulat einer „solidarischen Gesellschaft“ (Gregory Grossman);

— die moralischen Bedenken gegen eine solche Theorie, die bessere und schlechtere Alternativen des Verhaltens untersucht, hierdurch als möglich ausweist und somit gleichzeitig auch immer etwas vom Charakter einer „Theorie systemwidrigen Verhaltens“ annimmt, sowie schließlich, aber keinesfalls zuletzt:

— die politischen Vorbehalte gegen eine Theorie, die die Wahl politischer Optionen „wissenschaftlich“ bewertet und sich damit zum Schiedsrichter gegenüber den politischen Akteuren aufwirft<sup>8)</sup>.

Begründen nun die erwähnten Erfahrungs- und Theoriedefizite generell ein sowjetisches Interesse, von anderen zu lernen, so macht die zu Recht oder Unrecht angenommene „Modellfähigkeit“ anderer sozialistischer Länder diese Länder zum bevorzugten Objekt für das Lerninteresse der UdSSR. Die Annahme einer solchen „Modellfähigkeit“ wird in sowjetischen Stellungnahmen explizit oder implizit auf folgende Gesichtspunkte gestützt:

— auf das in Prinzip und Hauptinstitutionen mit dem der UdSSR übereinstimmende Wirtschaftssystem — vor allem bezüglich des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der administrativen Wirtschaftsplanung;

— auf die ähnliche Problemlage in der Wirtschaftspolitik, die Notwendigkeit nämlich, die Produktionsprozesse gleichfalls zu „intensivieren“, d. h. anstelle weiterer Bemühungen um Steigerung des Faktoreinsatzes einen Kurs der Produktivitätsverbesserung einzuleiten und zu diesem Zwecke u. a. auch systempolitische Maßnahmen, Reformen also, einzusetzen;

— auf das in anderen sozialistischen Ländern mittlerweile erreichte breite Spektrum von Reformmaßnahmen, die zudem nicht in Form einzelner Experimente, sondern im Rahmen ganzer (wenn auch vergleichsweise kleiner) Volkswirtschaften durchgeführt werden;

— schließlich auf gewisse Erfolge der dortigen Reformen, nicht zuletzt in der Selbstdarstellung der betreffenden Länder — etwa in der von sowjetischen Ökonomen mit besonderem Interesse studierten DDR.

Inwieweit de facto von Lernmöglichkeiten und Modellfähigkeit ausgegangen werden kann und welche tatsächlichen „Übernahmeprozesse“ zu beobachten sind, ist später ausführlicher zu erörtern. Das Resultat wird bescheidener ausfallen, als vielleicht zunächst vermutet.

## 2. Kontrollinteresse

Neben dem Lerninteresse wurde als zweites sowjetisches Interesse das Kontrollinteresse genannt. Die Sowjetunion versteht sich ideologisch und machtpolitisch als Führungsmacht des Weltsozialismus. Aus diesem Führungsanspruch ergibt sich für die UdSSR ein elementares Interesse an Kontrolle, insbesondere der zum unmittelbaren Hegemonialbereich der UdSSR gehörenden kleineren osteuropäischen Länder. Dieses Kontrollinteresse hat verschiedene Aspekte und führt zu unterschiedlichen Typen von Kontrolle. Im Kontext dieses Beitrags sind unter ihnen Systemkontrolle, Sicherheitskontrolle, Stabilitätskontrolle, Loyalitätskontrolle, Leistungskontrolle und Konkurrenzkontrolle von besonderer Bedeutung.

Was die Systemkontrolle betrifft, so gehört es nach wie vor zu den politischen Grundinteressen der UdSSR, ein möglichst hohes Maß an systempolitischer Übereinstimmung zwischen ihr selbst und den Ländern ihres Hegemonialbereiches herzustellen. Dies bedeutet nicht das Anstreben einer vollständigen Systemkongruenz. Im Gegenteil: Differenzierungen auf gemeinsamer Grundlage werden nicht nur akzeptiert, sondern als Leistungsvoraussetzung und als Quelle nutzbarer Erfahrungen sogar begrüßt.

Dennoch bleibt ein grundsätzliches sowjetisches Interesse an systempolitischen Gemeinsamkeiten

<sup>8)</sup> Diese Sorge hatte bereits J. Stalin. Vgl. seine letzte Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Berlin 1953.

bestehen. Denn solche Gemeinsamkeiten gehören zum zentralen ideologischen Legitimierungspotential des Kommunismus in der UdSSR. Ein Zurück zum „Sozialismus in einem Lande“ mit zerbröckelnder Systembasis in Osteuropa würde die Herrschaft der KPdSU auch zu Hause über kurz oder lang in Frage stellen, zumal wenn sich anderswo erfolgreiche sozialistische Systeme „mit menschlichem Antlitz“ etablieren würden und den Sozialismus sowjetischen Typs repressiv und antiquiert erscheinen ließen.

Die Systemkontrolle der UdSSR bezieht sich auf mindestens drei zentrale Elemente:

— Übereinstimmung in den wesentlichen *Institutionen politischer Herrschaft* wie insbesondere dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei;

— Übereinstimmung in den wesentlichen *Institutionen sozialistischer Ökonomie* wie sozialistischen Eigentumsverhältnissen und staatlicher Wirtschaftsplanung;

— Übereinstimmung in der *ideologischen Grundlegung* kommunistischer Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Entwicklung, d. h. in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus.

Abweichungen im Systembereich dürften um so weniger hingenommen werden, je gehäuft sie auftreten. Konkret heißt dies: *Ein* Ungarn stellt sich für sowjetische Systemkontrolle anders dar als eine mögliche „Kadarisierung“ ganz Osteuropas, wenn es auch in mancherlei Hinsicht bereits Herausforderung genug ist oder zumindest als solche empfunden wird.

Unter der Rubrik *Sicherheitskontrolle* geht es zunächst um die militärische Präsenz der UdSSR in Osteuropa. Das strategische Vorfeld soll unter Kontrolle bleiben, die bestehenden sicherheitspolitischen Arrangements dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Darüber hinaus gehören aber auch die politische und die wirtschaftliche Stabilität in Osteuropa zu den Sicherheitsinteressen der UdSSR. Diese wiederum sind in sowjetischer Perzeption eng mit der Stabilität sozialistischer Wirtschaftssysteme verbunden (*Stabilitätskontrolle*).

Die Sicherheitsbelange berühren sich mit einem weiteren Typ von Kontrolle zur Wahrung sowjetischer Interessen in Osteuropa: der *Loyalitätskontrolle*. Der UdSSR muß es darauf ankommen, ein erneutes politisches Manifestwerden von sowjetfeindlichen Einstellungen zu verhindern, wie sie im Zusammenhang mit Systemveränderungen in Politik und Wirtschaft von Zeit zu Zeit im RGW/Waschauer-Pakt-Bereich aufgetreten sind

(Beispiele: DDR [1953], Polen [1956, 1980], Ungarn [1956], ČSSR [1968]).

Wiederum von großer Bedeutung im ökonomischen Kontext ist die *Leistungskontrolle*: Die Sowjetunion ist in Anbetracht begrenzter eigener Wirtschaftskraft an ökonomischer Leistungssteigerung innerhalb ihres Hegemonialbereichs interessiert. Heute stellen die RGW-Staaten insgesamt eher eine wirtschaftliche Last für die UdSSR dar. Seit dem Ende der Phase der Ausbeutung der kleineren osteuropäischen Länder im Zuge der Sowjetisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, d. h. seit Mitte der fünfziger Jahre, sind die RGW-Länder Empfänger direkter oder indirekter Zuwendungen seitens der Sowjetunion geworden<sup>9)</sup>.

Die UdSSR bemüht sich, hier eine Veränderung zu ihren Gunsten zu erreichen. Zumindest sollen zukünftig massive sowjetische Hilfen in akuten Notfällen vermieden werden, und längerfristig ist auch die Einschränkung der bisherigen Subventionspraxis geplant. Darüber hinaus sollen die Transferbeziehungen zwischen der UdSSR und den übrigen RGW-Staaten nach Möglichkeit in stärkerem Maße zugunsten der sowjetischen Wachstumsbeschleunigung umgepolt werden, wie es auch die Beschlüsse des Moskauer RGW-Gipfels von 1984 vorsehen<sup>10)</sup>. All dies ist ohne Leistungsverbesserung der osteuropäischen Wirtschaftssysteme nicht möglich.

Es sei jedoch angemerkt, daß die Wirtschaftsverbindungen zwischen der UdSSR und den kleineren osteuropäischen Ländern keineswegs auf Austauschbeziehungen mit den erwähnten *Transfereffekten* beschränkt sind. Mögen sich letztere seit längerem mehr zugunsten Osteuropas und zu Lasten der UdSSR ausgewirkt haben, so gilt das Umgekehrte für die zweite Gruppe von Effekten, die als *Struktureffekte* bezeichnet werden sollen. Auf dreierlei Weise hat die UdSSR auf die Wirtschaftsstrukturen ihrer Partnerländer Einfluß genommen und zum Entstehen von Produktionsstrukturen beigetragen, die mehr sowjetischen Importbedürfnissen als den Erfordernissen der eigenen wirtschaftlichen Modernisierung entsprachen und die sich insofern nachteilig für die kleineren RGW-Länder auswirkten: durch die sowjetische Verhandlungsmacht in bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen, durch die sowjetischerseits betriebene, den freien weltwirtschaftli-

<sup>9)</sup> M. Marrese/J. Vanous, Soviet Subsidization of Trade with Eastern Europe — a Soviet Perspective, Research Series No. 52, Berkeley (Cal.) 1983.

<sup>10)</sup> H.-H. Höhmann/C. Meier, Wirtschaftslage, Außenwirtschaft und Außenpolitik in Osteuropa: Zur Politischen Ökonomie der RGW-Gipfelkonferenz, in: Berichte des BIOst, (1984) 55.

chen Austausch beschränkende ökonomische Blockbildung sowie durch die Vorgabe des sowjetischen Modells für Industrialisierungsstrategie und Wirtschaftssystem.

Damit ist zugleich die dritte Gruppe von Effekten, die der *Systemeffekte*, angesprochen. Der von sowjetischer Seite verordnete Zwangsimpport der sozialistischen Planwirtschaft sowjetischen Typs verhinderte in vielen Fällen das rechtzeitige Entstehen eigenständiger Wirtschaftsmechanismen und trug so zu vielen Systemdysfunktionen bei, die die Wirtschaftsleistung der kleineren RGW-Länder beeinträchtigen, ohne der UdSSR zu nützen. Jene Reformen, die wiederum die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehenden sowjetischen Lern-, Kontroll- und Kooperations- bzw. Koordinierungsinteressen auslösten, haben hier ihren Ausgangspunkt.

Ein besonderes Kontrollinteresse hat die UdSSR schließlich im Hinblick auf die Volksrepublik China. Hier geht es nicht um Kontrolle im Rahmen hegemonialer Vorherrschaft, sondern um *Konkurrenzkontrolle*. Sowohl als sozialistische Großmacht wie auch als Entwicklungsmodell wächst China mehr und mehr in die Rolle eines Wettbewerbers der Sowjetunion hinein. Die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China sind für die UdSSR eine doppelte Herausforderung: einmal wegen ihres weitreichenden Charakters und zum anderen aufgrund ihres derzeitigen Erfolgs. Das sowjetische Bestreben, auf der einen Seite systempolitische Führerschaft zu behaupten, auf der anderen Seite aber die Beziehungen zu Peking zu normalisieren und die Volksrepublik China als sozialistisches Land wieder mehr in das eigene Lager einzubinden, schlägt sich in einer charakteristischen Mischung von Kritik und Anerkennung nieder<sup>11)</sup>.

Anerkannt wird der Aufschwung der chinesischen Wirtschaft im Agrarsektor und in der Industrie seit der Wende zu den achtziger Jahren. Kritisiert werden einmal Grundpositionen der chinesischen Reformer, denen man vorwirft, vom unverzichtbaren Junktim zwischen Industrialisierung und sozialistischer Planwirtschaft abzurücken. Kritisiert werden auch eine Reihe konkreter Folgeerscheinungen der Reformpolitik in China

wie inflationäre Tendenzen, neue soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit. Bei alledem wird jedoch zunehmend ein objektives und informationsreiches Bild der chinesischen Wirtschaft vermittelt, etwa in den Artikeln, die die Zeitschrift des Fernost-Instituts unter der Rubrik „Wirtschaftsreform in China“ veröffentlicht. Die angestrebte Entspannung mit Peking läßt diese Objektivität opportun erscheinen, möglich wird sie durch die Gewißheit, daß ein „Modell China“ für die UdSSR nicht existiert.

### 3. Kooperations- bzw. Koordinierungsinteresse

In bezug auf die Wirtschaftsreformen in den anderen sozialistischen Ländern ist nicht nur ein sowjetisches Lern- und Kontrollinteresse, sondern in zunehmendem Maße auch ein ausgeprägtes *Kooperations- bzw. Koordinierungsinteresse* festzustellen. Dabei geht es der UdSSR vor allem darum, die wirtschaftliche Reformentwicklung in Osteuropa eng mit dem Aufbau eines leistungsfähigen Integrationsmechanismus für den gesamten RGW-Wirtschaftsraum zu verbinden<sup>12)</sup>. Um dieses Ziel zu erreichen, möchte sie im Rahmen einer langfristigen Entwicklungsstrategie für den RGW bis zum Jahre 2000, die in Grundzügen auf dem RGW-Gipfel im Juni 1984 sowie auf den seither abgehaltenen RGW-Ratstagen festgelegt und in bilateralen Übereinkünften zwischen der UdSSR und den einzelnen RGW-Staaten konkretisiert worden ist, eine stärkere Harmonisierung der nationalen Wirtschaftsmechanismen in kooperationsrelevanten Bereichen gewährleisten.

Als dafür besonders geeignete Methoden empfiehlt die Sowjetunion eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik, vor allem der Investitionspolitik, eine Systematisierung des Erfahrungsaustauschs über alle Fragen der weiteren Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus, eine Vereinheitlichung des Informationswesens, verbindliche Absprachen über technische Standards sowie eine Angleichung der rechtlichen Regelungen für Vereinigungen und Betriebe<sup>13)</sup>. Insgesamt zeigt sich, daß das Kooperationsinteresse in einem engen Zusammenhang mit dem Kontrollinteresse steht.

<sup>11)</sup> Vgl. C. Herrmann-Pillath, Sowjetische Darstellungen der chinesischen Wirtschaftsreform, 1979—1985, Berichte des BIOst, 1986, in Vorbereitung.

<sup>12)</sup> Vgl. R. Evstigneev, Chozjajstvennye mehanizmy stran SEV i integracija, in: Voprosy ekonomiki, (1986) 1, S. 138—145.

<sup>13)</sup> Ebd.

### III. Die Darstellung der Reformen anderer sozialistischer Länder in sowjetischen Quellen

Die skizzierten unterschiedlichen Interessen geben nun ein nützliches Raster ab zum Verständnis sowjetischen Verhaltens. Sie determinieren dieses Verhalten jedoch keineswegs auf eindeutige Weise. Dies liegt nicht nur an den Meinungsverschiedenheiten in der UdSSR hinsichtlich der verbindlichen Perzeption dieser Interessen. Es liegt auch an den Widersprüchen zwischen den einzelnen Interessen selbst. Legen etwa Lerninteresse und Leistungskontrolle ein Konzedieren von breiteren Reformspielräumen nahe, so folgt aus System-, Sicherheits- und Loyalitätskontrolle die sowjetische Neigung, die Reformmöglichkeiten in Osteuropa eher zu beschränken. Läßt das Lerninteresse andere sozialistische Systeme als Modelle in Frage kommen, so erscheinen diese Länder vom Kontrollinteresse her gesehen eher als Herausforderungen. Konzentriert sich das sowjetische Interesse unter dem Stichwort „Modell“ insbesondere auf die DDR, Bulgarien und Ungarn, so sind unter dem Stichwort „Herausforderung“ vor allem Polen, die Volksrepublik China und wiederum Ungarn hervorzuheben.

Allerdings ist zu beachten, daß sich nicht jede sowjetische Kritik auf Systementwicklungen bezieht. Warnungen an die ungarische Adresse etwa reflektieren mehr Moskaus Befürchtungen, Ungarn könne sich durch eine zu sehr auf westliche Belange eingehende Außen- und Außenwirtschaftspolitik von den sowjetischerseits definierten gemeinsamen Interessen des Ostblocks entfernen. Auch Rumänien ist in mancherlei Hinsicht außenpolitisches Ärgernis, systempolitisch aber weder Modell noch Herausforderung. Die ČSSR wird freundlich, aber ohne großes Interesse für systempolitische Entwicklungen erwähnt, nachdem die Herausforderung des „Prager Frühlings“ Geschichte geworden ist und sich die Tschechoslowakei zum blockpolitischen Sachwalter Moskaus gemacht hat. Als mögliches Modell ist die ČSSR wiederum zu wenig originell.

Wie zu Beginn hervorgehoben, finden sich in sowjetischen Quellen zahlreiche Stellungnahmen zu den Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern. Die wichtigsten sind naturgemäß die der sowjetischen Spitzenpolitiker, vor allem die des Generalsekretärs der KPdSU, Michail S. Gorbatschow. In seinem „Politischen Bericht“ auf dem XXVII. Parteitag sprach er über die Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern allerdings nur in recht allgemeiner Form — und deutete dabei eine gewisse Lernbereitschaft an: „Heute ist es besonders wichtig, aufgrund der Entwicklungen nicht eines einzigen, sondern

mehrerer Länder den Charakter der sozialistischen Lebensweise zu analysieren sowie die Prozesse der Vervollkommnung von Demokratie, Leitungsmethoden und Kaderpolitik neu zu überdenken. Eine aufmerksame, rücksichtsvolle Haltung zu den gegenseitigen Erfahrungen und deren praktischer Verwertung sind eine riesige Reserve der sozialistischen Welt.“<sup>14)</sup>

Die Hervorhebung „rücksichtsvoller Haltung“ ließ wohl besonders die ungarischen Reformer erleichtert aufatmen. Auf der anderen Seite ist Gorbatschow zweifellos bestrebt, die systempolitischen Entwicklungen in Osteuropa unter Kontrolle zu halten und auch zu verhindern, daß neue Reformbemühungen in der UdSSR, wie schon öfters in der Nachkriegszeit, als Signal für einen weiterreichenden systempolitischen Aufbruch in Osteuropa mißdeutet werden. Deshalb betonte er in seiner Dnepropetrowsker Rede vom Juni 1985, daß die Bruderländer den „sozialistischen Charakter“ der sowjetischen Bemühungen wohl einzuschätzen verstünden — ein deutlicher Wink, bei eigenen Reformen auf gleicher Grundlage zu prozedieren und vor allem die „riesigen Möglichkeiten der Planwirtschaft“ zu nutzen<sup>15)</sup>.

Im Kontext politikbezogener Wirtschaftswissenschaft hat das Akademiemitglied Bogomolow die sowjetische Einstellung zu Reformen in den europäischen RGW-Ländern besonders klar und wiederholt zum Ausdruck gebracht<sup>16)</sup>. Seine Gesamteinschätzung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

— Aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemlage werden notwendigerweise *in allen osteuropäischen RGW-Ländern* „Maßnahmen zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus“, d. h. Reformen durchgeführt.

— Diese Maßnahmen weisen eine *Reihe gemeinsamer Grundzüge* auf: Festigung der zentralen Planung zur Durchsetzung gesamtstaatlicher Interessen, Ausbau von Entscheidungsspielräumen und der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Vereinigungen und Betrieben, verstärkter Einsatz von ökonomischen Regulatoren anstelle direkter Planaufgaben zur Wirtschaftslenkung, Reformen im Verteilungssystem, um eine bessere

<sup>14)</sup> Pravda vom 26. Februar 1986.

<sup>15)</sup> Pravda vom 28. Juni 1985.

<sup>16)</sup> Vgl. O. Bogomolov, in: Pravda vom 14. März 1983; ders.: SĖV: ekonomičeskaja strategija 80-ch godov, in: Kommunist, (1983) 7, S. 73—84; ders.: Soglasovanie ekonomičeskich interesov i politiki pri socializme, in: Kommunist, (1985) 10, S. 82—93.

Entsprechung zwischen Entlohnung und Leistung sicherzustellen, Integration von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Weiterentwicklung der „sozialistischen Demokratie“ in Produktion und Leitung.

— Zugleich sind in jedem Land jedoch *Besonderheiten in der Systementwicklung* zu registrieren. Die Wirtschaftsreformen der RGW-Länder unterscheiden sich in bezug auf Intensität, Tempo, Komplexität sowie durch viele konkrete Regelungen. Ihre Ergebnisse sind im ganzen ermutigend, reichen aber zur Erfüllung der Anforderungen der „intensiven Phase“ der Wirtschaftsentwicklung noch nicht aus. Insofern muß die Suche nach neuen Institutionen und wirksamen Methoden der Planung und Leitung weitergehen.

— Die Vervollkommnung der Leitungssysteme und ihre gegenseitige Abstimmung gehört zu den *Hauptvoraussetzungen für eine verstärkte Wirtschaftsintegration* im RGW-Raum. Deshalb kann von einem wachsenden gemeinsamen Interesse an der Erörterung der Reformfrage und am Austausch von Erfahrungen ausgegangen werden. Dabei dürfen die sozialistischen Länder einander ihre Entwicklungen nicht aufdrängen. Der Austausch von Erfahrungen kann — so Bogomolow — jedoch dazu beitragen, „bewährte allgemeine Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsführung unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder anzuwenden“.

Für die UdSSR sind somit das Studium der allgemeinen Grundrichtung osteuropäischer Reformen und ihre spezifische Konkretisierung gleichermaßen aufschlußreich. Dabei konzentriert sich das sowjetische Interesse — vom Sonderfall China abgesehen — vor allem auf die drei Länder DDR, Bulgarien und Ungarn.

Bei der DDR findet vor allem das recht erfolgreiche — und auch von Gorbatschow wiederholt gelobte<sup>17)</sup> — „administrative streamlining“ in der Industrie Beachtung<sup>18)</sup>. Als bemerkenswert gelten:

— die Organisation der Kombinate, insbesondere die engere Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion;

— die straffe Struktur der Ministerien sowie die mehr auf Interaktion als auf Unterordnung beruhende Regelung der Planbeziehungen zwischen Ministerien und Kombinat;

— schließlich die spezifische Mischung von obligatorischen Kennziffern und „ökonomischen Hebeln“, der spürbare Fortschritte bei der Material- und Energieeinsparung sowie bei der Beschleunigung des technischen Fortschritts zugeschrieben werden.

Außer über die Industrie der DDR wird mit Interesse berichtet über:

— Erfahrungen mit spezialisierten Landwirtschaftsbetrieben,

— private Kleinbetriebe in Handwerk und Handel,

— Genossenschaften im Dienstleistungsbereich sowie über

— spezifische Formen der Abstimmung zwischen Handel und Konsumgütererzeugung.

Die Berichterstattung über *Bulgarien*<sup>19)</sup> ist einmal auf meist positiv bewertete Entwicklungen in der Landwirtschaft sowie im Konsumgüter- und Dienstleistungssektor konzentriert. Bei der bulgarischen Industrie interessieren vor allem die Erfahrungen mit:

— der Umwandlung von Ministerien in Organisationen auf der Basis von „Wirtschaftlicher Rechnungsführung“,

— Methoden erweiterter betrieblicher Selbstfinanzierung,

— neuen Typen von Kooperationsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsvereinigungen,

— Ansätzen, die Beziehungen zwischen Ministerien und Vereinigungen auf vertikale Vertragsbeziehungen umzustellen, sowie

— Versuchen, die Fünfjahresplanung durch eine Senkung der Anspruchsniveaus effizienter zu machen, d. h. die traditionell „angespannte“ Planung durch eine Planung mit Spielräumen und Reserven zu ersetzen.

Auch über den „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ *Ungarns* wird in vielen Beiträgen objektiv und ohne erkennbare ideologische Voreingenom-

<sup>17)</sup> Zuletzt auf dem 11. Parteitag der SED. Vgl. Neues Deutschland vom 19. April 1986.

<sup>18)</sup> Vgl. z. B. V. Senčagov, *Kollektivnyj opyt soversšenstvovanija chozjajstvovanija*, in: *Kommunist*, (1986) 3, S. 105—115; O. Bogomolov, in: *Pravda* vom 14. März 1983; D. Valovoj/J. Kaz'min, *Sistema pokazatelej*, in: *Pravda* vom 6. Januar 1986; M. Podključnikov, *Rubeži uspecha*, in: *Pravda* vom 2. Oktober 1985.

<sup>19)</sup> Vgl. z. B. V. Senčagov (Anm. 18); L. Petrov, *Soversšenstvovanie planirovanija kapital'nych vloženij v NRB*, in: *Planovoe chozjajstvo*, (1983) 11, S. 8—11; *Proizvodstvennye svjazi agrarno-promyšlennogo kompleksa NRB*, in: *Planovoe chozjajstvo*, (1983) 7, S. 112—116; A. Kručinskij, ... *Pljus otvetstvennost'*, in: *Pravda* vom 15. Juli 1985, s. auch *Pravda* vom 11. Oktober 1985.

menheit berichtet<sup>20</sup>). Dabei wird der spezifische Charakter des ungarischen Wirtschaftssystems durchaus deutlich. So wird darauf hingewiesen, daß Volkswirtschaftsplan und Betriebssphäre in Ungarn stärker voneinander abgegrenzt sind als anderswo und deshalb „ökonomischen Regulatoren“ wie Preisen, Kreditzinsen, Steuern, Wechselkursen und Subventionen besondere Bedeutung zukommt. Freilich wird Ungarn insgesamt zu Recht kein Modellcharakter für die UdSSR zugesprochen. Es gelten aber einzelne Elemente des ungarischen Systems als beachtenswert, etwa im Bereich der Landwirtschaft sowie im Konsum- und Dienstleistungssektor. Diese Elemente haben auch eine Reihe lokaler sowjetischer Experimente beeinflußt, etwa in der Moldau und in Georgien.

Neben der skizzierten versachlichten Linie der Ungarn-Berichterstattung gibt es nun allerdings auch ideologische Warnungen, wobei Ungarn als Adressat in der Regel nicht ausdrücklich erwähnt wird. So wandte sich ein in Ost und West vielbeachteter (vermutlich von ZK-Funktionär Oleg Rachmanin unter dem Pseudonym O. Wladimirov verfaßter) Prawda-Artikel im Juni 1985 gegen Versuche, Privateigentum auf Kosten des sozialistischen Eigentums auszudehnen, die staatliche Wirtschaftsplanung zu schwächen und marktwirtschaftliche Wettbewerbsbeziehungen einzuführen<sup>21</sup>). All dies müsse zu ernsthaften wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Konsequenzen führen. Die kritische Warnung Rachmanins wurde durch unmittelbar folgende Artikel anderer Autoren, darunter auch Bogomo-

low<sup>22</sup>), abgeschwächt. Hierbei wurde deutlich, daß sowjetische Stellungnahmen zu Reformentwicklungen anderswo im Sozialismus auch eine Funktion in der eigenen internen Auseinandersetzung um den zukünftigen Reformkurs der UdSSR haben, insbesondere in einer Periode wirtschaftspolitischer Neuorientierung.

Das sowjetische Interesse, aus den Erfahrungen anderer sozialistischer Länder Nutzen zu ziehen, wird in der Regel mit dem Hinweis verbunden, Institutionen und Verfahren dürften nicht „mechanisch“ übernommen werden. Zur Begründung heißt es<sup>23</sup>): „Elemente und Ansätze der Wirtschaftsführung, die eine positive Auswirkung auf die Entwicklung der Wirtschaft eines entsprechenden Landes haben, führen bei ihrer blinden Kopierung unter anderen Bedingungen in der Regel nicht zu den erwarteten Ergebnissen“. So gelte es, bei der Übertragung von Erfahrungen „schöpferisch und komplex“ vorzugehen. Was aber auch immer von positiven Entwicklungen anderswo zu nutzen sei, vor allem käme es darauf an, sich auf „die vertiefte Analyse der umfassenden eigenen sowjetischen Erfahrungen zu stützen“. Alle Perioden der Wirtschaftspolitik müßten dabei studiert werden: der Kriegskommunismus, die „Neue Ökonomische Politik“, Industrialisierung und Kollektivierung sowie auch alle weiteren Veränderungen. Lernen aus der Vergangenheit wie von der Praxis anderer setze allerdings voraus, daß es gelänge, entsprechende theoretische Ansätze zu entwickeln. Der analytische Kreis hat sich wieder geschlossen.

#### IV. Probleme der Übertragung von Reformverfahren anderer Länder auf die UdSSR

Beim Versuch, die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen eines „Erfahrungstransfers“ von Land zu Land zu beantworten, ist der Einschätzung vieler sowjetischer Beobachter zuzustimmen: Es ist schwierig, die in osteuropäischen RGW-Ländern erprobten Formen von Planung, Leitung und Wirtschaftsmechanismus auf die UdSSR zu übertragen bzw. zu gewährleisten, daß sie dort vergleichbar funktionieren.

Einen ersten Schwachpunkt macht die Art und Weise deutlich, wie Wirtschaftsreformen anderer

Länder von sowjetischen Autoren behandelt werden, jedenfalls soweit dies in Veröffentlichungen geschieht. Die publizierten Stellungnahmen sind rein beschreibend angelegt und enthalten sich weitgehend einer kritischen, komparativen Analyse, wie sie für die Prüfung der Übertragbarkeit erforderlich wäre.

Dies gilt für alle drei Typen von Berichterstattung, die sich in sowjetischen Fachpublikationen unterscheiden lassen:

— für zusammenfassende Beiträge vom Bogomolow-Typ, die das sowjetische Interesse generell begründen und auf die erwähnten attraktiven Einzelbeispiele verweisen;

<sup>20</sup>) Vgl. z. B. V. Senčagov (Anm. 18); Itogi i perspektivy sotrudničestva sovetskich i vengerskich ekonomistov, in: Voprosy ekonomiki, (1984) 3, S. 156—159; I. Vorožejkin/V. Gerasimov, Grani vsaimnosti, in: Pravda vom 22. Januar 1986; V. Gerasimov, Pročnoj zakalki, in: Pravda vom 5. August 1985.

<sup>21</sup>) Pravda vom 21. Juni 1985.

<sup>22</sup>) O. Bogomolov, Soglasovanie (Anm. 16).

<sup>23</sup>) V. Senčagov (Anm. 18), S. 115.

— für länderspezifische Berichte, wie sie meist auf den hinteren Seiten von Fachzeitschriften oder unter Rubriken wie „Erfahrungen unserer Freunde“ auch in der Tagespresse veröffentlicht werden;

— schließlich auch für die vertrauten, meist nicht weiter kommentierten Hinweise auf erfolgversprechende Vorbilder in den Veröffentlichungen führender sowjetischer Reformökonomien wie beispielsweise Nikolaj Fedorenko<sup>24)</sup> oder Boris Kuraschwili<sup>25)</sup>.

Die Dimension kritischen Vergleichens fehlt auch in den zahlreichen Berichten von gemeinsamen Konferenzen der RGW-Länder. Auch hier wird parallel berichtet und kaum komparativ analysiert. Allerdings ist anzunehmen, daß in den für die Partei- und Staatsführung der UdSSR angefertigten, nicht veröffentlichten Berichten diese Dimension Berücksichtigung findet.

Weitere Probleme hängen mit dem Zugang zu relevanten Informationen zusammen. Zunächst versucht jedes Land in der Eigendarstellung, „seine“ Reformentwicklung in einem möglichst positiven Licht erscheinen zu lassen. Dies kann ausländische — in diesem Fall sowjetische — Beobachter täuschen, und wenn die Dimensionen des „*corriger la fortune*“ von Land zu Land unterschiedlich ausfallen, hilft auch Alec Nove's „*law of equal cheating*“ nicht weiter. Doch auch bei intensiver Bemühung um objektive Beurteilung ist es äußerst schwierig, Reformeffekte empirisch zu überprüfen.

Schließlich gibt es das erwähnte Problem der Übertragbarkeit von Reformlösungen eines Landes auf ein anderes Land. Können, um ein erstes Beispiel zu nennen, die Erfahrungen mit den Kombinat der DDR auf die UdSSR übertragen werden? Über 130 zentral geleiteten Kombinate stehen mehr als 4 000 Produktionsvereinigungen in den verschiedenen Landesteilen der UdSSR gegenüber. Auf etwa zehn Industrieministerien der DDR kommen mehrere Dutzend sowjetische Gegenstücke. Ganz abgesehen von traditionsbedingten Unterschieden in Arbeitsstil und Organisationsvermögen: Schon die mit der anderen Größenordnung der Sowjetunion verbundenen „*diseconomies of scale*“ müssen die Effizienz beeinträchtigen.

Kann, um ein zweites Beispiel zu erwähnen, der marktorientierte „*Neue Wirtschaftsmechanis-*

mus“ Ungarns — dort bereits mit vielen Funktionsproblemen belastet — unter sowjetischen Bedingungen auch nur einigermaßen zufriedenstellend funktionieren?

Zweifel daran sind nur allzu berechtigt, sowohl aus der Sicht westlicher Beobachter Osteuropas und der UdSSR als auch aus der Perspektive möglicher Moskauer „*Anwender*“.

Für jede Übernahme aus anderen Ländern, aber auch für jede eigene weitreichende Reform gelten die Grenzen einer, von der anderer sozialistischer Länder verschiedenen, spezifisch sowjetischen Struktur von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Besonders wichtig sind dabei<sup>26)</sup>:

— die *Größe des Landes und seine unausgeglichene Wirtschaftsstruktur*, die jede weitreichende Reform mit besonderen Risiken belasten;

— die *Multinationalität der UdSSR* mit der Gefahr staatsgefährdender zentrifugaler Tendenzen bei weitreichenden, marktsozialistischen Reformen;

— die bereits erwähnten, für Rußland und die UdSSR traditionellen *Defizite an mikroökonomischem Denken und unternehmerischem Potential* bei gleichfalls traditionell hoher Interventionsneigung des Staates;

— die *Weltmachtrolle der UdSSR* mit der Konsequenz, ökonomische Kräfte disponibel zu halten und zu diesem Zweck das traditionelle Verfügungsinstrumentarium zentraler Lenkung — wenn auch nicht im Detail, so doch im Prinzip — zu konservieren;

— das besondere *Gewicht des militärisch-industriellen Komplexes*, aber auch anderer, etwa mit der *Regionalpolitik* verbundener öffentlicher Aufgaben und Ausgaben, die marktwirtschaftlich-budgetär nur schwer finanzierbar wären, sowie schließlich, aber nicht zuletzt:

— die mittlerweile vergangene *lange Zeit unter dem zentral-administrativen Wirtschaftssystem* mit seinen verhaltens- und strukturprägenden Effekten.

Insgesamt kann angenommen werden, daß die UdSSR nur begrenzt von anderen sozialistischen Ländern zu lernen vermag, wenn unter „*lernen*“ die mehr oder weniger direkte Übernahme von anderswo erprobten Institutionen verstanden wird. Dies wird auch durch die Erfahrungen der Vergangenheit bestätigt. Gewiß: Die systempolitische Entwicklung in Osteuropa zeigt eine Reihe

<sup>24)</sup> N. P. Fedorenko, *Planirovanie i upravlenie: kakimi im byt'?*, in: *ÉKO* (1984) 12, S. 3—20.

<sup>25)</sup> B. P. Kurašvili, *Gosudarstvennoe upravlenie narodnym chozjajstvom: perspektivy razvitija*, in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo*, (1982) 6, S. 42.

<sup>26)</sup> Vgl. H.-H. Höhmann, *Wirtschaftsreformen in Osteuropa: Was ist neu an neuen Entwicklungen?*, Berichte des BIOst, (1985) 41.

von Ähnlichkeiten. Diese dürften jedoch vor allem als problembedingte Parallelentwicklungen und kaum als Übernahmen aus anderen Ländern zu verstehen sein. Absehen muß man hier natürlich immer vom Zwangsimport des gesamten sowjetischen Wirtschaftssystems durch die Länder Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für alle Reformelemente, die sich in der UdSSR seit den sechziger Jahren entwickelt haben, gibt es sicher prinzipiell ähnliche Beispiele in anderen sozialistischen Ländern. Doch für keine Maßnahme kann ein direktes, von der UdSSR nachgeahmtes Vorbild genannt werden. Auch die gelegentlich angeführten Fälle der agroindustriellen Integration in Bulgarien (und später in der UdSSR) oder der Kombinate und anderer Vereinigungstypen in der DDR (und wiederum später in der UdSSR) widersprechen dem nicht. Erstens gibt es durchaus Unterschiede zwischen den bulgarischen bzw. ostdeutschen Organisationen und denen der UdSSR. Zweitens gab es in beiden Bereichen sowjetische Experimente, die wiederum früher waren, etwa die Formen agroindustrieller Kooperation in der Moldau oder die sogenannten „Firmen“ als Betriebszusammenschlüsse in der Industrie der Ukraine bereits zu Zeiten Chruschtschows.

Die relativ geringe Bedeutung von Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern als *direkte* Modelle für die Sowjetunion bedeutet jedoch nicht, daß die Systempolitik der UdSSR von Reformentwicklungen anderswo gänzlich unbeeinflusst bliebe. Im Gegenteil: Es lassen sich durchaus vielfältige Zusammenhänge aufzeigen.

Zum einen verstärken Reformen in anderen Ländern — vor allem, wenn sie mit Erfolgen verbunden sind — den Reformdruck, unter dem die sowjetische Führung aufgrund der Diskrepanz zwischen Wirtschaftslage und ökonomischen Entwicklungszielen ohnehin steht. Die UdSSR

muß zur Untermauerung ihrer Führungsposition am Nachweis interessiert sein, über ausreichende wirtschaftliche Handlungskapazitäten zur Lösung der anstehenden Probleme zu verfügen, und will sicher den Eindruck vermeiden, das „systempolitische Schlußlicht“ unter den sozialistischen Ländern zu sein.

Zum anderen erweitern die Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern den reformpolitischen Erfahrungshorizont auch für die UdSSR, nicht (wie beschrieben), indem sie Modelle anbieten, die im Detail übertragen werden könnten, wohl aber durch das Aufzeigen prinzipieller Möglichkeiten, wirtschaftliche Institutionen und Mechanismen im Kontext sozialistischer Systeme umzugestalten oder sie mit markt- bzw. privatwirtschaftlichen Elementen anzureichern. Der Wert der Erfahrungen der kleineren Länder des RGW besteht zudem darin, daß neue Organisationsformen und Methoden der Wirtschaftsführung vielfach im Maßstab ganzer Volkswirtschaften und nicht nur als partielle Experimente eingeführt werden. Freilich mögen die Entwicklungen anderswo auch zu Entscheidungen darüber beitragen, wohin die systempolitische Reise der UdSSR nicht gehen soll. In jedem Fall können die Erfahrungen der anderen jedoch einen Beitrag zu größerer eigener konzeptioneller Sicherheit leisten.

Schließlich bieten die Reformen einiger osteuropäischer Länder sowjetischen Reformern mit weiterreichenden Veränderungsvorstellungen vielfältige Identifizierungsmöglichkeiten, was wiederum auf den Modernisierungsprozeß in Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR zurückwirkt. Die kleineren RGW-Staaten haben auch für das ökonomische und soziologische Denken eine wichtige „West-Ost-Schleusenfunktion“, deren Bedeutung für Wandlungsprozesse in der UdSSR nicht unterschätzt werden sollte.

## V. Die sowjetische Systempolitik unter Gorbatschow und ihre Bedeutung für andere sozialistische Länder

Welches sind nun auf diesem Hintergrund die zukünftigen Strukturen sowjetischer Systempolitik? Welche Ergebnisse sind von ihr zu erwarten? Welche Bedeutung hat die Entwicklung des Wirtschaftssystems in der UdSSR für den Reformspielraum der Länder Osteuropas?

Seit seinem Machtantritt im März 1985 hat Generalsekretär Gorbatschow immer wieder erklärt, daß Wachstumsaufschwung und Intensivierung der Wirtschaftsprozesse ohne eine gründliche „Vervollkommnung“, „Verbesserung“ oder „Um-

gestaltung“ von Planung, Leitung und Wirtschaftsmechanismus nicht zu erreichen sind<sup>27)</sup>. Auf dem XXVII. Parteitag wurde dann sogar eine „radikale Reform“ gefordert. Es wurde jedoch zugleich deutlich, daß die zukünftige sowjetische Systempolitik trotz dieses Entschiedenheitssignals im Rahmen der aus der Vergangenheit bekannten Versuche bleiben wird, das Sy-

<sup>27)</sup> Vgl. seine Rede auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU (1985), in: Pravda vom 24. April 1985.

stem der Planwirtschaft durch organisatorische Verbesserungen und modernere Planungsverfahren zu rationalisieren, durch neue Plankennziffern- und Prämiensysteme effizienter zu machen, durch Teildezentralisierungen stärker aufzulockern und zur Wirtschaftslenkung in stärkerem Maße indirekte Steuerungsinstrumente einzusetzen. Durch Entlastung der zentralen Planung von unnötigen Details soll zugleich die teilweise verlorengegangene Steuerbarkeit der Wirtschaft wiederhergestellt werden.

Diese Grundprinzipien sowjetischer Systempolitik orientieren sich in vielem am Reformkurs der Vergangenheit. Doch sie enthalten auch neue Elemente bzw. greifen alte, aber nicht zum Zuge gekommene Ansätze neu auf wie etwa Elemente der Kossygin-Liberman-Reform von 1965. Von der Spätphase der Ära Breschnew heben sich neben der unverkennbaren Handlungsentschlossenheit die stärkere Betonung von Dezentralisierungs- und Ökonomisierungserfordernissen, aber auch die Idee einer stärkeren Sektoralisierung von systempolitischen Veränderungen ab. So kündigte Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag weitergehende Dezentralisierungen für Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion und Dienstleistungssektor an. Inzwischen kam es auch zu einer Reihe entsprechender Beschlüsse von Parteiführung und Regierung<sup>28)</sup>. Gemeinsame Grundidee der Regelungen für konsumnahe Bereiche ist die Verbindung von erweiterten betrieblichen Dispositionsspielräumen mit einer Einschränkung und größeren Stabilität direkter Plankennziffern, einer stärkeren Marktorientierung der Wirtschaftsaktivitäten sowie einer signifikanten Erhöhung der Rolle ökonomischer Normative als Instrumente indirekter Steuerung.

Von besonderer Bedeutung ist die systempolitische Weiterentwicklung im Rahmen der sowjetischen Industrie, die im Laufe dieses Jahres vollständig auf veränderte, im Rahmen eines „großangelegten Experiments“ entwickelte und erprobte Planungs-, Lenkungs- und Prämierungsverfahren umgestellt sein soll.

Übertriebene Erwartungen an die sowjetische Reformpolitik versuchte der Generalsekretär allerdings selbst zu dämpfen<sup>29)</sup>: Die UdSSR stünde erst am Anfang des Weges. Für die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus seien unter den Bedingungen der UdSSR mit ihrer großen und komplizierten Wirtschaft Zeit und energische Anstrengungen erforderlich. Es könne Schwierigkei-

ten geben, und man sei auch nicht gegen Fehlallokationen gefeit.

Gründe für Schwierigkeiten wurden auf dem XXVII. Parteitag nur allzu deutlich. Einerseits wurde die bürokratische Unbeweglichkeit und Willkür angeprangert, andererseits auf noch nicht überwundene ideologische Vorbehalte aufmerksam gemacht, wie z. B. gegen eine erweiterte Nutzung der „Ware-Geld-Beziehungen“ oder eine verstärkte Anwendung von Formen parametrischer Steuerung. Gegenüber solchen Stellungnahmen betonten Gorbatschow und Ministerpräsident Ryschkow<sup>30)</sup> die unveränderte Gültigkeit der „Grundsätze des Sozialismus“, deren Umsetzung allerdings am Nutzen für die „sozialökonomische Beschleunigung“ pragmatisch zu messen sei.

Die Aussichten des reformpolitischen Konzepts Gorbatschows können als offen gelten. Gewiß: Die zukünftige Systempolitik der UdSSR behält die aus der Vergangenheit bekannte Mischung von direkten Lenkungsinstrumenten und ökonomischen Hebeln bei, und eine solche Mischung hat unaufhebbare Funktionswidersprüche. Vor allem erlaubt sie es, ja lädt sie förmlich dazu ein, die direkten administrativen Interventionen wieder zu erweitern, sei es abrupt oder gleitend. Dies droht insbesondere, wenn preisbedingte Fehlallokationen zu Diskrepanzen zwischen Betriebsergebnissen und den politisch gesetzten zentralen Prioritäten führen. Aus solchen und noch weiteren Gründen beurteilen westliche Beobachter die Aussichten zukünftiger „Reformen innerhalb des Systems“ in der Regel skeptisch und halten — wie auch manche Stimme aus der sich belebenden sowjetischen Reformszenerie — tiefgreifende, marktsozialistische Reformen für erforderlich.

Es fragt sich jedoch, ob nicht eine solche Perzeption einerseits die Spielräume systemimmanenter Verbesserungen unterschätzt, andererseits aber Möglichkeiten und Erfolgsaussichten tiefgreifender Reformen — generell, insbesondere aber unter den gegenwärtigen sowjetischen Bedingungen — zu hoch ansetzt.

Was die Chancen zukünftiger begrenzter Reformen betrifft, so darf das Anknüpfen an alte Reformprinzipien nicht von vornherein mit der Gewißheit neuer Mißerfolge gleichgesetzt werden. Wie schon gesagt: Prinzipielle Funktionsmängel werden bleiben. Jedes Wirtschaftssystem hat solche. Aber ebenso sicher ist, daß eine Reihe bisher nur unzureichend genutzter Möglichkeiten für

<sup>28)</sup> Pravda vom 29. März 1986 und *Ékonomičeskaja gazeta*, (1986) 20.

<sup>29)</sup> Pravda vom 26. Februar 1986.

<sup>30)</sup> Pravda vom 4. März 1986.

Funktionsverbesserungen der administrativen Wirtschaftsplanung vorhanden ist<sup>31</sup>).

So können die organisatorischen und verfahrenstechnischen Arrangements konsistenter gemacht, die Implementierung systempolitischer Veränderungen zügiger gestaltet, die Reformen durch prozeß- und strukturpolitische Maßnahmen besser flankiert, ihre personelle und motivationelle Basis verbessert werden. Mehr eigene Erfahrung, lernen von anderen (wenngleich die Möglichkeiten hierzu begrenzt sind) und mehr Forschung mit wirtschaftspolitischer Relevanz könnten gleichfalls zu systempolitischen Fortschritten beitragen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß es der sowjetischen Führung realistischerweise ja auch nicht um den Sprung in die beste aller ökonomischen Welten, sondern lediglich — aber lediglich wäre viel — um partielle Verbesserungen des Leistungsstandes der Wirtschaft gehen kann.

Was die Probleme und Grenzen radikaler, systemverändernder Reformen betrifft, so wurde mit Recht immer wieder auf die bremsende Wirkung politischer und gesellschaftlicher Faktoren hingewiesen. Mindestens ebenso gravierend sind jedoch die bereits erörterten, reformbeeinträchtigenden Elemente der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialstruktur.

Unter diesen Strukturbedingungen ist es eine unabdingbare Voraussetzung jeder weiterreichenden Reform, daß zuvor reformadäquate, und das heißt vor allem gleichgewichtsorientierte und damit zum Abfangen reformbedingter „Schocks“ geeignete, quasi „prä-marktwirtschaftliche“ Wirtschafts- und Sozialstrukturen geschaffen werden bzw. entstehen können. Die Realisierung der gegenwärtigen Strategie einer technokratisch-konservativen Modernisierung muß zwar keineswegs zwangsläufig in radikale Reformen einmünden, kann aber wohl zur Etablierung reformbegünstigender Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen beitragen.

Modernere Wirtschaftsformen, ein höheres Niveau der Technik, zunehmende Managerverantwortung, vertiefte außenwirtschaftliche Beziehungen, ein gehobenes Ausbildungsniveau und ein besserer Stand der Wirtschafts- und Organisationswissenschaft könnten in fernerer Zukunft Reformbedingungen schaffen, die auf kürzere und mittlere Sicht nicht gegeben sind. So könnte dem XXVII. Parteitag aus späterer Sicht eine größere Bedeutung zukommen, als ihm manche

eher enttäuschte Kommentatoren im Westen heute zu konzedieren bereit sind.

Was bedeutet die gegenwärtige sowjetische Reformkonzeption, was bedeutet die weitere systempolitische Zukunft der UdSSR für die Entwicklung der Wirtschaftssysteme in den kleineren Ländern des sowjetischen Hegemonialbereichs?

Ohne Zweifel hängen aufgrund des erörterten Moskauer Anspruchs auf Systemführerschaft und Systemkontrolle die Perspektiven für Reformen in Osteuropa, insbesondere die Aussichten weitreichender, marktorientierter Reformen, sehr wesentlich von der Reformentwicklung in der UdSSR selbst ab. Die Meinungen in Moskau über den exakten Spielraum für andere Länder sind offensichtlich geteilt.

Dennoch gibt es so etwas wie eine herrschende Meinung. Diese wird vermutlich nicht von dem erwähnten scharfmacherischen Prawda-Artikel Wladimirow-Rachmanins vom Juni 1985 repräsentiert. Auf dem Hintergrund von Erklärungen Gorbatschows dürfte ein Artikel typischer sein, der etwas später in der Zeitschrift „Nowoe vremja“ veröffentlicht wurde. Der dort geäußerten Auffassung nach soll es in allen sozialistischen Ländern darum gehen, „die Vorzüge der sozialistischen Ordnung umfassender für die Lösung der politischen, sozialen und ökonomischen Aufgaben zu nutzen und sich um die bessere Verbindung der Vorzüge der zentralen Planung mit der realen Gewährleistung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit einzelner Vereinigungen, Betriebe und Arbeitskollektive, um die Vervollkommnung der Leitung der Volkswirtschaft zu bemühen“<sup>32</sup>).

Dies sind nun freilich genau jene Formeln, die gegenwärtig für die Kennzeichnung der eigenen sowjetischen Reformbemühungen gebraucht werden. Für die anderen sozialistischen Länder dürften sie Spielraum für systemimmanente Verbesserungen mit durchaus nicht unbeträchtlicher Spannbreite bedeuten. Spielraum für eine tiefergehende, marktorientierte Reform kann aus ihnen allerdings nicht abgeleitet werden.

Die Auswirkungen der sowjetischen Systemkontrolle auf den Reformprozeß in Osteuropa müssen sich jedoch ändern, wenn sich die Reformszenerie in der UdSSR selbst belebt. Aufgrund der Systemführerschaft Moskaus kann für den Fall weiterreichender sowjetischer Reformen auch mit wesentlich erweiterten Reformspielräumen für Osteuropa gerechnet werden. Es dürfte neben der negativen hier auch eine positive Inter-

<sup>31</sup>) Vgl. H.-H. Höhmann, Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Wege zur Effizienzsteigerung oder Sackgasen?, in: DIW-Vierteljahrshefte, (1985) 2, S. 157 ff.

<sup>32</sup>) Novoe vremja, (1985) 35.

dependenz geben. Letztlich können sich Osteuropa und die UdSSR systempolitisch nur insgesamt transformieren.

Von außen ist der Reformprozeß in sozialistischen Ländern nur bedingt zu beeinflussen. Die westliche Außenpolitik wird allerdings zu bedenken haben, auf welche Weise sie — in allen Grenzen — auf den äußeren Rahmen der dortigen systempolitischen Entwicklung einwirkt. Sie tut gut daran, die Interdependenzen zwischen der

UdSSR und den Staaten Osteuropas in ihr strategisches Kalkül einzubeziehen. Es gilt auch zu berücksichtigen, daß die sowjetische Führung auf zunehmende Wirtschaftsschwierigkeiten und sich verschärfende außenpolitische Spannungen mit Rezentralisierungen und zunehmendem administrativem Druck reagieren wird. Der sich dann wieder verengende Reformspielraum der Führungsmacht würde zugleich die Reformmöglichkeiten in den Ländern ihres Hegemonialbereichs beschränken.

## **Fred Klinger: Die Krise des Fortschritts in der DDR. Innovationsprobleme und Mikroelektronik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/87, S. 3—19

Trotz erheblicher finanzieller und personeller Aufwendungen, die sich durchaus mit internationalen Spitzenwerten messen können, bleiben die Leistungen der Forschungs- und Entwicklungsbereiche (FE) der DDR unbefriedigend. Mittelmäßigkeit der Forschungsergebnisse und niedrige Ansprüche in den Projekten bilden die Hauptkritikpunkte der aktuellen DDR-Diskussion.

Die bestimmenden Einflußfaktoren für diesen Zustand sind systembedingt und ergeben sich aus den Wechselwirkungen verschiedener Determinanten: Das politische Herrschaftssystem bedingt einen hochgradigen Zentralismus der Steuerungsformen im FE-Bereich. Praktisch wirkt sich das in mangelnder Flexibilität, einseitigen Prioritätenbildungen und Desorganisationen aus. Dem korrespondiert ein Gefüge defensiver Interessenlagen und Verhaltensstrategien des FE-Personals, das vor allem eine risikolose Planerfüllung sicherstellen will. Und schließlich werden innovationsfeindliche Wirtschaftspraktiken durch die im Wirtschaftsmechanismus vorgegebenen Rahmenbedingungen — vor allem durch die Wirkungen des Preissystems — von außen verstärkt.

Die weltweite Entwicklung der Mikroelektronik hat diese strukturell wirksamen Innovationshemmnisse in der DDR überdeutlich werden lassen. Erhebliche technologische Rückstände und die qualitative Veränderung des Zeitfaktors im Innovationszyklus deuten für die DDR eine verhängnisvolle Entwicklung an: Zum einen unterliegen ihre konventionellen Erzeugnisse und Wirtschaftspotentiale aufgrund technologischer Veralterung einem progressiven Preisverfall, zum anderen kann das politische und wirtschaftliche System in seinem gegenwärtigen Erscheinungsbild mit dem Tempo und dem Leistungsniveau der internationalen Entwicklung immer weniger mithalten.

## **Bernhard Marquardt/Emil Schmickl: Wissenschaft, Macht und Modernisierung in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/87, S. 20—37

Die gegenwärtige Situation in der DDR ist durch zahlreiche „Suchprozesse“ auf verschiedenen Handlungsfeldern gekennzeichnet. Zu den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft laufen diverse Experimente und auch im Forschungs- und Technologiesektor sowie im Bildungssystem wird nach spezifischen Lösungen komplizierter Probleme gesucht.

Um die notwendige Modernisierung für die sozialistischen „essentials“ nicht bedrohlich werden zu lassen, bedarf es einer engen Verflechtung von Politik und Wissenschaft. Durch Institutionen, gesetzliche Bestimmungen, Verordnungen, Forschungspläne und die Politik der SED wird diese enge Verflechtung gewährleistet. Der Übergang vom extensiven zum überwiegend intensiven Wirtschaftswachstum, ein Prozeß, den die Wirtschaftspolitik aller osteuropäischen Staaten gegenwärtig zu fördern versuchen, führte dazu, daß die Wissenschaftspolitik in der DDR unter einem veränderten Blickwinkel angegangen wird. Die Institution Wissenschaft wurde jetzt nicht mehr nur als ideologische Reproduktions- und Umsetzungseinrichtung, sondern auch mehr und mehr im Sinne ihrer eigentlichen Funktion als Produktionsstätte von Innovationen verstanden. Im Rahmen des zentralistischen Systems entwickelten sich spezifische Mechanismen der Wissenschaftssteuerung, entsprechend mußten Impulse dazu von der Partei und dem Staatsapparat ausgehen. Die SED-Führung zielt auf eine zunehmend „effizienzbetonte Wissenschaftssteuerung“.

Zweifellos bleibt die Wirkung einer wirklichkeitsbezogeneren Sichtweise der SED selektiv. Politik bleibt abhängig von Interessen, politischen Zielen und Utopien, von der Machtbehauptung und -perpetuierung der Herrschenden. Die Wissenschaften in der DDR konnten sich bislang immer nur im Rahmen eines — veränderten Umständen sich anpassenden — Machtsicherungssystems entfalten. Die Wissenschaftler der DDR sind in das System integriert; eine „institutionalisierte Gegenelite“ bilden sie nicht. Daß Wissenschaftler die wesentlichen Strukturen der DDR-Gesellschaft alternativ formulieren dürften, auch nur als Diskussionsgrundlage, bleibt weiterhin unvorstellbar.

## **Ralf Rytlewski/Detlef Kraa: Politische Rituale in der Sowjetunion und der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/87, S. 33—48

Die unübersehbaren Defizite offizieller Ideologie zwingen die Politik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zum Beschreiten neuer Wege: Bürokratische Herrschaft erprobt sich als kulturelle Gesellschaftspolitik; die Ritualisierung von Politik ist eine ihrer Formen. Sie versteht sich als gesteuerte Sozialisation und Ideologisierung des Bewußtseins. Ohne Zweifel trifft eine solche Politik auf einen Kulturzusammenhang, der sich in vielfältiger Weise als steuerbar, aber ebenso auch als dagegen resistent erweisen kann.

Mit dem Aufbau eines Ritualsystems in der Sowjetunion seit Anfang der sechziger Jahre lebte auch die Diskussion über Rituale unter den Wissenschaftlern und den politischen Praktikern erneut auf. Sie führte bisher nicht zu einer einhelligen Auffassung von der Funktion und dem Nutzen von Ritualen. So bestehen in der DDR nach wie vor große Vorbehalte gegenüber einer Verwendung des Begriffs „Ritual“. Vorgezogen wird die Bezeichnung „Sitten und Bräuche“.

Das breite Spektrum verschiedener Arten von Ritualen umfaßt neben den bekannten staatlichen Massenfeiertagen Veranstaltungen, die speziell der Arbeit oder der Jugend gewidmet sind, sowie militärische Veranstaltungen. An den Beispielen der Feiern des 1. Mai und der Jugendweihe wird gezeigt, wie sich Traditionen mit neuem sozialistischem Brauchtum mischen. Allem Anschein nach werden Rituale den sich differenzierenden Gesellschaften der Sowjetunion und der DDR als Ersatz für politischen Pluralismus und Partizipation angeboten.

## **Hans-Hermann Höhmann: Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern: Modell oder Herausforderung für die Sowjetunion?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/87, S. 49—61

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern von seiten der Sowjetunion mit großem Interesse verfolgt werden. So muß die UdSSR daran interessiert sein, wegen dringend notwendiger eigener Reformen von den systempolitischen Erfahrungen anderer Planwirtschaften zu profitieren (Lerninteresse). Weiter hat sie die unverkennbare Absicht, die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Weltsozialismus, vor allem aber in ihrem osteuropäischen Hegemonialbereich, im Sinne ihrer strategischen Vorstellungen unter Kontrolle zu halten (Kontrollinteresse). Schließlich hängen von den Strukturen der Wirtschaftssysteme auch die Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Kooperation zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern nicht unwesentlich ab. So kommt zum Lern- und Kontrollinteresse das Kooperations- bzw. Koordinierungsinteresse hinzu.

Auch nach Einschätzung vieler sowjetischer Beobachter ist es indessen schwierig, die in osteuropäischen RGW-Ländern erprobten Formen von Planung, Leitung und Wirtschaftsmechanismus auf die UdSSR zu übertragen bzw. zu gewährleisten, daß sie dort vergleichbar funktionieren. Die relativ geringe Bedeutung von Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern als *direkte* Modelle für die Sowjetunion bedeutet jedoch nicht, daß die Systempolitik der UdSSR von Reformentwicklungen anderswo gänzlich unbeeinflußt bliebe. Im Gegenteil: Es lassen sich durchaus vielfältige Zusammenhänge aufzeigen.

Aufgrund des Moskauer Anspruchs auf Systemführerschaft und Systemkontrolle hängen die Perspektiven für Reformen in Osteuropa, insbesondere die Aussichten weitreichender, marktorientierter Reformen, sehr wesentlich von der Reformentwicklung in der UdSSR selbst ab. Die Meinungen in Moskau über den exakten Spielraum für andere Länder sind offensichtlich geteilt. Dennoch gibt es so etwas wie eine herrschende Meinung. Für die anderen sozialistischen Länder dürfte sie Spielraum für systemimmanente Verbesserungen mit durchaus nicht unbedeutender Spannbreite bedeuten. Spielraum für eine tiefgehende, marktorientierte Reform kann daraus allerdings nicht abgeleitet werden.